Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll
16/79
30.01.2015

79. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 30. Januar 2015

FMitteilungen der Präsidentin 8007

1 Vereidigung von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen.....8007

2 Überwachung löst keine Probleme – Sofortprogramm zur Deradikalisierung starten

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7816 8008

Frank Herrmann (PIRATEN) 8008
Thomas Stotko (SPD).....8010
Lothar Hegemann (CDU) 8011
Verena Schäffer (GRÜNE).....8012
Dr. Joachim Stamp (FDP) 8014
Minister Ralf Jäger.....8016
Serap Güler (CDU) 8017
Hans-Willi Körfges (SPD) 8019
Marc Lürbke (FDP) 8020
Ali Bas (GRÜNE) 8022
Simone Brand (PIRATEN).....8023
Minister Ralf Jäger.....8023

3 Bürger wirksam schützen statt überwachen – Sicherheit braucht personalstarke Sicherheitsbehörden statt anlasslose Vorratsdatenspeicherung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7775

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen fordert eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7772

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7849 8025

Dr. Robert Orth (FDP)..... 8025
Gregor Golland (CDU) 8026
Sven Wolf (SPD)..... 8027
Dagmar Hanses (GRÜNE) 8028
Daniel Schwerd (PIRATEN)..... 8030
Minister Thomas Kutschaty 8031

Ergebnis..... 8032

4 Den Rohstoff Braunkohle auch über das Jahr 2030 hinaus anerkennen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7159

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
Drucksache 16/7796 8032

Guido van den Berg (SPD) 8032
Dr. Gerd Hachen (CDU) 8033
Wibke Brems (GRÜNE)..... 8035
Dietmar Brockes (FDP)..... 8035
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) 8036
Minister Garrelt Duin 8038

Ergebnis..... 8039

5 Landesregierung muss die Anstrengungen für eine qualitative Lehrerversorgung im MINT-Bereich massiv verstärken

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7776 8039

Yvonne Gebauer (FDP) 8039
Hans Feuß (SPD) 8040
Astrid Birkhahn (CDU) 8041
Sigrid Beer (GRÜNE) 8042
Michele Marsching (PIRATEN) 8043
Ministerin Sylvia Löhrmann 8044

Ergebnis 8045

6 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses 8045

Inge Howe (SPD) 8045

7 Aufbau und Erhalt von Studienplätzen ist Länderaufgabe – welche Pläne hat die Landesregierung beim Ausbau der Masterstudienplätze?

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5041

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Drucksache 16/7798 8049

Karl Schultheis (SPD) 8049
Dr. Stefan Berger (CDU) 8050
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 8051
Angela Freimuth (FDP) 8052
Oliver Bayer (PIRATEN) 8053
Ministerin Svenja Schulze 8054

Ergebnis 8055

Nächste Sitzung 8055

Entschuldigt waren:

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren

Dr. Roland Adelmann (SPD)
Falk Heinrichs (SPD)
Gerda Kieninger (SPD)
Michael Scheffler (SPD)
Tanja Wagener (SPD)

Peter Biesenbach (CDU)
Ilka von Boeselager (CDU)
Marie-Luise Fasse (CDU)
Wilfried Grunendahl (CDU)
Theo Kruse (CDU)
Claudia Middendorf (CDU)
Daniel Sieveke (CDU)
Margret Voßeler (CDU)

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE)
(ab 14 Uhr)

Ulrich Alda (FDP)
Karlheinz Busen (FDP)
Marcel Hafke (FDP)
Henning Höne (FDP)
Dr. Gerhard Papke (FDP)

Stefan Fricke (PIRATEN)
Monika Pieper (PIRATEN)
Dirk Schatz (PIRATEN)
Kai Schmalenbach (PIRATEN)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 79. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **22 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie gerne darüber informieren, dass diese Landtagssitzung die **letzte Landtagssitzung für** unseren **Landtagsdirektor Peter Jeromin** in seiner Amtszeit ist; denn er geht, wie Sie alle wissen, Mitte März in den Ruhestand. Seinen Platz wird bereits in der nächsten Plenarsitzung seine Nachfolgerin, die neue Direktorin Frau Ministerialdirigentin Dorothee Zwiffelhoffer, einnehmen. Das ist Ihnen auch bekannt.

Nun hat Herr Direktor Jeromin bis zu seinem endgültigen Ausscheiden noch viele Aufgaben zu erledigen, noch vieles zu tun – nicht nur seinen Schreibtisch aufzuräumen. Von daher ist das heute auch nicht der Tag der Verabschiedung und auch nicht der Tag der Würdigungen. Das soll bei der Amtsübergabe am 13. März erfolgen.

Zu dieser Amtsübergabe, die gleichzeitig Abschied und Begrüßung sein wird, werden Sie in den nächsten Tagen alle eine Einladung erhalten. Ich weiß – ich darf das an dieser Stelle auch im Namen von unserem Landtagsdirektor Peter Jeromin sagen; er darf hier nicht reden –, dass er sich sehr über Ihre zahlreiche Teilnahme an dieser Amtsübergabe freuen würde, bei der er dann auch reden wird.

Auch wenn wir heute also nicht feiern und würdigen, ist es sicher richtig, wenn wir einmal ganz tüchtig applaudieren und damit deutlich machen, dass dies kein Tag wie jeder andere ist.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

– Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Damit können wir in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** eintreten.

Ich rufe auf:

1 Vereidigung von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Mit Schreiben vom 23. Januar 2015 hat die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen mir mitgeteilt, dass die Landesregierung Herrn Peter Lichtenberg zum Vizepräsidenten des OLG Köln, Herrn Dr. Ulrich Thole zum Vizepräsidenten des OLG Düsseldorf und Herrn Sebastian Beimesche zum Vizepräsidenten des OVG Münster ernannt hat.

Im gleichen Schreiben hat Frau Ministerpräsidentin Kraft darum gebeten, die Vereidigung von Herrn Dr. Thole, Herrn Beimesche und Herrn Lichtenberg, der im Dezember wegen gesundheitlicher Probleme nicht an der Plenarsitzung teilnehmen konnte, in dieser Woche vorzunehmen. Dieser Bitte bin ich gern gefolgt.

Ich darf deshalb zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Beimesche, Herrn Lichtenberg und Herrn Dr. Thole, die gleich vor dem Plenum den Eid ablegen werden, ganz herzlich im Landtag Nordrhein-Westfalen begrüßen.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Ganz herzlich begrüße ich auch die zweite Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes, Frau Anne-José Paulsen, die an der Rückwand des Plenarsaals Platz genommen hat, um der Vereidigung beizuwohnen. Herzlich willkommen!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf alle Anwesenden, soweit es ihnen möglich ist, bitten, sich für die Vereidigung von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach § 5 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen leisten sämtliche Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, bevor sie ihr Amt antreten, vor dem Landtag den in dieser Vorschrift formulierten Eid.

Ich bitte als Ersten Herrn Beimesche zu mir, um den Amtseid nachzusprechen:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

(Sebastian Beimesche spricht den Amtseid unter Hinzufügung der religiösen Beteuerungsformel „So wahr mir Gott helfe." nach.)

Vielen Dank. Damit sind Sie in Ihr Amt eingeführt und vereidigt.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

– Das Parlament klatscht und wünscht Ihnen damit alles Gute. Wie das mit der guten Zusammenarbeit ist, das haben wir ja im Vorgespräch bereits geklärt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Auf gute Zusammenarbeit!

Dann bitte ich Herrn Lichtenberg zu mir, um den vorgesehenen Amtseid nachzusprechen:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

(Peter Lichtenberg spricht den Amtseid unter Hinzufügung der religiösen Beteuerungsformel „So wahr mir Gott helfe." nach.)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

– Vielen Dank, ein schöner Akt! Wir schaffen das gemeinsam. Das Parlament freut sich.

Herr Dr. Thole. – Das haben wir selten, dass wir die Formel dreimal hintereinander hören dürfen. – Ich bitte Sie, Herr Dr. Thole, den vorgesehenen Amtseid nachzusprechen:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

(Dr. Ulrich Thole spricht den Amtseid unter Hinzufügung der religiösen Beteuerungsformel „So wahr mir Gott helfe." nach. – Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Herzlich willkommen! Alles Gute! Auf eine gute Zusammenarbeit! Das Parlament freut sich mit Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Vereidigungen nacheinander, das ist wirklich nicht häufig der Fall. Ich glaube auch, es ist der Vereidigung angemessen, jede Eidesformel gesondert sprechen zu lassen.

Ich rufe auf:

2 Überwachung löst keine Probleme – Sofortprogramm zur Deradikalisierung starten

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7816

Die Fraktion der Piraten hat mit Schreiben vom 26. Januar 2015 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Herrmann das Wort.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger! Um es vorwegzunehmen: Die Anschläge in Paris sind menschenverachtend und durch nichts zu entschuldigen. Unser Antrag auf eine Aktuelle Stunde entschuldigt auch nichts. Es ist bitter nötig, darüber zu diskutieren, welche Schlüsse wir aus diesen Terroranschlägen ziehen.

Wir halten Angst und Überwachung für schlechte Ratgeber. Und wir würden uns wünschen, wenn die Kölner über den Wert ihrer Narrenfreiheit im eigentlichen und auch im politischen Sinne noch einmal nachdenken würden.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und der CDU)

Nachdenken wünschen wir uns auch immer von Herrn Innenminister Jäger. Denn er sagt seit den Anschlägen noch häufiger, dass die Rückkehrer aus Syrien potenziell besonders gefährlich seien, und spricht nur von immer mehr Überwachung.

Zurzeit haben wir in Nordrhein-Westfalen 40 Rückkehrer. Zehn davon sind möglicherweise gewaltbereit. Diese zehn sollten den gesamten Überwachungsdruck spüren und merken, dass wir eine starke Polizei und starke Sicherheitsbehörden haben, die für den Fall der Fälle bereitstehen. Die Gesetze, damit umzugehen, haben wir bereits.

Aber die anderen – nicht nur die restlichen 30 Rückkehrer, sondern auch die Millionen Menschen, die nicht Müller, Meier, Schulze heißen, trotzdem Deutsche sind oder auch einer anderen Nationalität angehören – müssen das Gegenteil spüren, nämlich dass sie hier willkommen sind, dass sie Teil unseres Landes und Teil unserer Gesellschaft sind.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Willkommen ist jedoch immer noch zu leise. Das muss sich ändern.

(Beifall von den PIRATEN)

In Deutschland verfolgen wir seit Jahrzehnten eine völlig falsche Politik. Der jahrzehntelange Widerstand von Gesetzgebern und Parteien gegen Einwanderung hat immer noch Einfluss auf Politik und Gesellschaft, auf die Stimmung der Mitte.

Besonders Muslime erfahren in Deutschland viel Ablehnung. Auch heute noch sagen Politiker, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Unsere Landtags-CDU fantasiert in Bonn Anwerbungen durch Salafisten in Sammelunterbringungen herbei und schürt so Ängste gegen Flüchtlingsunterbringung. All das fördert PEGIDA, KÖGIDA und Co.

Das fördert auch Radikalisierung. Das müssen wir ändern.

(Beifall von den PIRATEN)

Uns sollten die wieder zunehmenden Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Synagogen und Moscheen, der zunehmende Rassismus, Hetze und Gewalttaten gegen Minderheiten und Menschen, die sich Nazis in den Weg stellen, mindestens genauso beschäftigen wie die sehr kleine Anzahl radikalisierter Rückkehrer.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Auf diese komplexe Lage ist die Antwort von Innenminister Jäger einfach und schlicht: mehr von demselben, mehr Überwachung, mehr Repression, mehr Misstrauen. – Dabei haben wir davon schon mehr als genug in unserer Gesellschaft. Aber haben Überwachung und Repression die Anschläge verhindert? – Nein, sie haben die Radikalisierung sogar eher gefördert.

Um präventiv wirken zu können, muss man zunächst verstehen, wie es zur Radikalisierung kommt. Wer sich nicht verstanden oder wer sich abgelehnt fühlt, sucht Identifikation mit einer Gruppe. Das kann ein Fußballverein sein, eine ethnische Gruppe oder ein Religionsverein. Viele solcher Identifikationsvorgänge sind harmlos.

Gerät man aber an eine Gruppe mit radikalen Ansichten, die ihre Aufgabe nicht darin sieht, in der Gesellschaft mitzuwirken, sondern die die Gesellschaft abgelehnt, wird die Gruppe das Gefühl, nicht verstanden zu werden, nur verstärken. Das heißt dann: „Wir“ gegen „die“. – Damit werden dann die Feindbilder aufgebaut, die nur schwer wieder umzustürzen sind. Die Gruppe wird argumentieren: Seht ihr, die haben was gegen uns. Die wollen uns nicht. Die hassen uns.

Mit repressiven Maßnahmen werden diese Feindbilder nur bestätigt. Das sagen übrigens nicht nur Experten wie Claudia Dantschke von „Hayat“. Selbst Herr Maaßen, Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, erklärte in einer Anhörung im Bundestag, dass die präventive Arbeit entscheidend sei. Allerdings könne seine Behörde nicht den Sozialarbeiter spielen. Hierfür seien andere Institutionen einfach kompetenter.

Wenn es nun also die Erkenntnis gibt, dass mehr Prävention das Radikalisierungsproblem lösen kann, warum wird dann so wenig gemacht?

Herr Innenminister Jäger wird nachher erzählen, dass es Präventionsprogramme in Nordrhein-Westfalen natürlich schon gibt. Tatsächlich gibt es in Nordrhein-Westfalen seit Mitte 2014 das Präventionsprogramm gegen Salafismus namens „Wegweiser“. Auf der Kontaktseite – „Wo kann ich ‚Wegweiser‘ erreichen? – Projektpartner vor Ort“ – wird schön auffällig erst einmal ein Pressekontakt vermittelt. Wirkt das auf Jugendliche, die sich melden wollen, vertrauenswürdig?

Der Innenminister wird uns auch erzählen, dass Nordrhein-Westfalen Vorreiter ist und andere Bundesländer „Wegweiser“ kopieren. Unerwähnt wird er lassen, dass es zivilgesellschaftliche Deradikalisierungsprogramme schon seit Jahrzehnten gibt. Unerwähnt wird er lassen, dass „Wegweiser“ gerade erst angelaufen ist. Man kann also noch gar keine Aussage darüber treffen, ob das Programm angenommen wird. Man darf auch seine Zweifel daran haben.

Im Herbst letzten Jahres hat das Bundesamt für Verfassungsschutz sein Aussteigerprogramm „HATIF“ – „Heraus aus Terrorismus und islamischem Fanatismus“ – ersatzlos eingestellt. In vier Jahren hatten sich hierüber lediglich sieben Personen nach Hilfe für sich selbst erkundigt. In keinem einzigen Fall kam es zu einer Unterstützungsmaßnahme seitens des Amtes. Das zeigt auch, warum Herr Maaßen die Finger von solchen Programmen lässt: Sie werden nicht angenommen. Gefährdete junge Menschen erreicht man eben nicht über ein Kontaktformular auf einer amtlich aussehenden Seite im Internet.

Was also tun? Diese Menschen müssen da abgeholt werden, wo sie sind. Dazu gehören Initiativen vor Ort. Dazu gehören Einzelansprachen. Nicht zuletzt gehört dazu auch die jugendgerechte Ansprache im Internet und in den sozialen Medien. Davon sehen wir leider nicht viel. Internetauftritte von Behörden und staatlichen Stellen wirken immer noch amtlich und bürgerfern. Und wenn mal eine Behörde – wie die Polizei Essen-Mülheim – versucht, sich auf Facebook bürgernah zu geben, wird von Herrn Jäger das Duzen der Facebook-Fans verboten. Damit wird signalisiert: Ihr, Verzeihung: Sie kommunizieren mit uns nicht auf Augenhöhe. Wir sind der Staat, und Sie sind nur Bittsteller. – So kann aber kein Vertrauen entstehen. Deswegen werden behördliche Aussteigerprogramme auch fehlschlagen.

Fangen Sie also an, diejenigen, die sich haben radikalisieren lassen, zurückzuholen, anstatt sie weiter auszugrenzen und nur zu überwachen. Holen Sie die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen mit jahrelanger Erfahrung – wie „Hayat“ und andere –, und lassen Sie den Verfassungsschutz außen vor. Wir sind überzeugt, dass das wirkungsvoller für die Terrorprävention ist, als die Reisefreiheit einzuschränken, Google und andere Anbieter zu freiwilliger Internetzensur aufzufordern, Verschlüsselung zu verbieten und europaweit unsere Fluggastdaten zu speichern. Denn das sind Maßnahmen, die uns alle unfrei machen, und das ist der falsche Weg.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute hier im Parlament nach dem Terroranschlag von Paris mit der Entscheidung, in Nordrhein-Westfalen Polizei und Verfassungsschutz auszubauen, umfangreich zu verstärken. Das war im Übrigen bereits in der letzten Woche Thema im Innenausschuss, wo – vielleicht im Gegensatz zu heute – alle Fraktionen diesen Schritt begrüßt haben. Nun, eine Woche später, habe ich persönlich den Eindruck, dass den Piraten aufgefallen ist, dass man irgendwie den Versuch machen muss, das noch kaputt zu machen.

Deshalb sprechen die Piraten in Ihrem Antrag zu dieser Aktuellen Stunde auch davon, es sei wieder mal nicht genug, was da gemacht werde. Es müsse doch noch mehr Prävention geben. Es müssten außerdem gar nicht so viele Terrorverdächtige beobachtet werden. – Herr Herrmann, ich sage mal: Die Kraft, mit der Sie gerade Ihren Vortrag geleistet haben, macht klar, welche Inhalte dahinterstecken. Ich hatte Schwierigkeiten, Ihnen zu folgen, weil ich weder inhaltlich noch vom Ausdruck her den Eindruck hatte, Sie wollten uns irgendeinen klugen Hinweis geben.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das ist bei Ihnen immer so!)

Uns ist nach dem Anschlag von Paris deutlich geworden, dass insbesondere bei den terroristischen Rückkehrern eine neue Brisanz entsteht. Die setzen sich nicht so, wie das früher der Fall war, monatelang hin, planen einen Bombenanschlag oder ein Selbstmordkommando. Diese Täter hatten sich auf einen Rückzug vorbereitet, sich mit Schusswesten ausgestattet und hätten ihre Terrorakte immer weiter fortgesetzt. Deshalb muss man gerade bei den Rückkehrern genau darauf achten, ob es sich um Desillusionierte, Enttäuschte oder eben auch Radikalisierte handelt.

Wer die Gruppe der Radikalisierten beobachten will, Herr Kollege Herrmann, benötigt im Schnitt sechs bis acht Beamte pro Schicht, also 24 Beamte an einem Tag. Ich sage mal: Selbst wenn man die höhere Mathematik nicht unbedingt beherrscht, kommt man schnell auf die Idee, dass wir, was so etwas angeht, schon vor und nicht erst nach dem Anschlag von Paris an unsere Belastbarkeitsgrenze gekommen sind.

Deshalb halten wir als SPD-Fraktion es auch weiterhin für gut und richtig, dass sich die Regierung und die sie tragenden Fraktionen binnen 72 Stunden – das muss man ja zeitlich, organisatorisch und auch intellektuell erst einmal hinbekommen – auf ein Maßnahmenpaket verständigen konnten, welches der Minister für Inneres und Kommunales sicherlich gleich vorstellen wird.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Mehr Überwachung ist nie das Problem! Weniger ist das Problem!)

Aber allein die zusätzliche Einstellung von 360 Polizeianwärterinnen und -anwärtern sowie die erneute Verstärkung des Verfassungsschutzes um insgesamt 29 Personen auf über 50 neue in den letzten Monaten machen klar, wie ernst Rot und Grün hier in Nordrhein-Westfalen die Gefährdungslage nehmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerne darauf hinweisen, dass Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern – beispielsweise Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Berlin – seit 2011 mehr Polizistinnen und Polizisten einstellt, als pensioniert werden.

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Wir brauchen aber über die Einstellung von zusätzlichem Personal hinaus eine optimierte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, im Übrigen nach der NSU-Sache nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Europäischen Union.

Vielleicht hofft jetzt einer, ich würde etwas zum Thema „Mindestspeicherdauer“ sagen. Wir haben ja beim nächsten Tagesordnungspunkt Gelegenheit, uns damit zu beschäftigen. Da wird der Kollege Wolf die Gelegenheit nutzen, für die SPD-Fraktion Vorbehalte, aber auch Nutzen gegeneinander abzuwägen.

Der einzige Punkt, wo wir mit den Piraten einer Meinung sind, ist, dass neben der Repression auch die Präventionsarbeit zu stärken ist. Im Ihrem Antrag zu dieser Aktuellen Stunde steht aber gar nichts dazu. In Ihrer Rede haben Sie wenigstens mal darauf hingewiesen, dass wir da etwas machen. Sie haben aber auch süffisant versucht, das kaputt zu reden, nach dem Motto: Der Minister wird mal darauf hinweisen, aber ...

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist wirklich traurig, dass Sie bei der Beantragung noch nicht mal etwas über unser Projekt „Wegweiser“ geschrieben haben, das Präventionsprojekt, das bundesweit anerkannt ist, und das bei der Innenministerkonferenz im Dezember hier in Nordrhein-Westfalen, als es von Innenminister Jäger eingebracht wurde, ausdrücklich von allen begrüßt worden ist.

Weiterhin kam von Ihnen kein Hinweis darauf, dass hier in Nordrhein-Westfalen seit fast einem Jahr Moscheevereine, Sozialarbeiter, Psychologen, das Jobcenter, die Polizei und andere gemeinsam daran mitwirken, junge Leute vor einem Abgleiten in die radikale Szene zu schützen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Ja, seit einem Jahr!)

Warum Sie das ausgeblendet haben, Kollege Herrmann oder Sie alle als Piraten, erklärt sich mir nicht. Stattdessen haben Sie hier gerade etwas gesagt, Herr Kollege Herrmann, wozu ich mir das Protokoll dieser Plenarsitzung noch mal genau anschauen werde.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Unsere Art in Nordrhein-Westfalen, mit dem Islam, der Islamfeindlichkeit und allem umzugehen, würde eine Radikalisierung noch fördern. – Wenn Sie das so gesagt haben – ich gucke noch mal nach –, werden wir beide das noch mal thematisieren. Denn Sie wollen doch nicht ernsthaft den Vorwurf machen, dass unsere Form der Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen, mit Repression und Prävention umzugehen ...

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Ich meinte, wie wir das gesellschaftlich machen!)

– Ja, ja, Sie meinten das irgendwie nicht so. Deshalb wollen wir ja noch mal nachgucken. Ich nehme so was immer ernst, wenn Sie das sagen.

(Zuruf von den PIRATEN: Lesen Sie es erst mal nach! – Weitere Zurufe von den PIRATEN)

Deshalb bleibt uns bei Ihrem Antrag letztlich nur noch eines übrig – und das finde ich sehr schade –: Vor zwei Tagen hatten wir noch einen Konsens in der Verurteilung der Taten von Paris,

(Zuruf von den PIRATEN: Den haben wir auch heute noch!)

wir haben aber keinen Konsens in der Frage, ob eine Beobachtung von Rückkehrern erforderlich ist oder nicht; Sie wollen das nicht, wir wollen das.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Dummes Zeug ist das!)

Ich möchte niemandem Ihre Auffassung erklären, insbesondere den Menschen nicht, die nach einem Terrorakt danach fragen, warum ein terroristischer Rückkehrer nur deshalb nicht beobachtet wurde, weil Sie der Meinung waren, es sei der zweite von 50, und den müsse man nicht mehr beobachten.

(Zuruf von den PIRATEN: Es hat einfach keinen Sinn!)

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die angekündigten Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der Sicherheit in unserem Land und gehen davon aus, dass alle im Landtag vertretenen Fraktionen in dem Wunsch übereinstimmen, dass Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa von weiteren Terrorakten verschont bleiben. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hegemann.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stotko, Sie müssen jetzt tapfer sein: Ich werde Ihnen in weiten Teilen recht geben.

(Allgemeine Heiterkeit – Minister Ralf Jäger: Was hat er falsch gemacht?)

– Das muss er jetzt selber wissen, was er falsch gemacht hat.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat dem Minister in der letzten Innenausschusssitzung, als er seine Maßnahmen vorgestellt hat, die – da habe ich das Zitat von Schröder übernommen – uneingeschränkte Solidarität angeboten. Da haben die Piraten gleich gesagt: Nein, nein, Opposition – wir nicht! – Beim Kampf gegen Terrorismus haben Sie, Herr Minister, also nicht die uneingeschränkte Solidarität, Ihnen fehlt nämlich die der Piraten.

Deshalb ist der Antrag heute auch nicht verwunderlich. Da steht: „Überwachung löst keine Probleme“. – Richtig! Nur Überwachung löst keine Probleme.

(Zuruf von den PIRATEN: Na also!)

Sie können auch sagen: Mit Überwachung ist das schreckliche Attentat in Paris passiert. – Aber ohne Überwachung wäre noch viel mehr passiert. Und ohne Überwachung wäre in Paris sehr viel schlechter aufgeklärt worden.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den PIRATEN: Steht das in Ihrer Glaskugel, oder was?)

Deshalb wünsche ich mir, Herr Minister, dass Sie die gleiche Kraft, die Sie zum Beispiel gegenüber Rockerbanden aufwenden, gegenüber radikalen Salafisten einsetzen. In Ihrer Amtszeit ist deren Zahl von 40 auf 190 gewachsen; sie hat sich also fast vervierfacht. Das wird von Ihnen bedauert, aber dann auch so zur Kenntnis genommen. Das ist so geschehen. – Der Herr Staatssekretär im Hintergrund lacht; wahrscheinlich sind es mehr.

Es kann nicht sein, dass es in Nordrhein-Westfalen Unterstützungsvereine – syrische Hilfsvereine – gibt, die gemeinnützig sein sollen, aber Leute für den Kriegsdienst anwerben. Der Finanzminister sollte sich mal darum kümmern! Das kann doch wohl nicht wahr sein, was wir hier in Nordrhein-Westfalen dulden!

(Beifall von der CDU)

Nicht alle der 40 Rückkehrer sind tickende Zeitbomben. Die Experten gehen aber davon aus, dass das bei den meisten der Fall ist.

(Zuruf von den PIRATEN: Welche Experten denn?)

– Ja, klar, alles was Sie nicht wissen, ist falsch.

(Zuruf von den PIRATEN: Belege, bitte!)

Die meisten Rückkehrer stellen eine Gefahr dar. Und darüber möchte ich als Staatsbürger informiert sein. Dazu gehört auch die Überwachung. Und wenn Sie sagen: „Aber es gibt doch Präventionsmöglichkeiten“, dann sage ich: Gut, die gibt es, aber wir haben für die gesamte Region, von Höxter bis Aachen, gerade mal drei Vollzeitkräfte, die im Bereich „Prävention“ tätig sind.

(Zuruf von den PIRATEN: Ja!)

Das ist sicherlich nicht ausreichend. Das ist einer der wenigen Punkte, wo wir uns einig sind. Da muss man mehr tun.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Hey, super!)

Aber wenn Sie den Verfassungsschutz ablehnen, so wie Sie das hier wollen – wie und wo wollen Sie denn da überhaupt Prävention ansetzen? Der Einzige, der Erfahrung in der Frage hat, wer sich radikalisiert, ist doch der Verfassungsschutz. Deshalb muss der gestärkt und nicht geschwächt werden. Der Staatsschutz muss – ich wiederhole es – gestärkt und nicht geschwächt werden.

(Zuruf von den PIRATEN: Er hat ja selber zugegeben, dass er es nicht kann!)

Wer wirklich Prävention will, muss wissen, wo und bei wem er mit der Prävention ansetzen kann. Das können Sie nicht durch Lektüre der Zeitung erfahren. Dazu brauchen Sie diese Dienste.

Gott sei Dank haben diese Dienste auch Anschläge in Nordrhein-Westfalen verhindert, auch ausländische Dienste. Gut, dass wir das noch rechtzeitig erfahren haben. Auch die Informationen – Sie mögen jetzt wieder über Demonstrationsfreiheit reden – über die Anschläge in Dresden sind über die Dienste gekommen, sogar über ausländische Dienste. Und der Verantwortliche war froh, dass er informiert worden ist.

Ich jedenfalls bin froh, dass es diese Einrichtung gibt. Ich glaube auch nicht, dass sich irgendjemand von diesen Einrichtungen ausgeschnüffelt fühlt. Die Leute sagen: Ich bin froh, dass ich da bin, ich bin froh, dass ich in Ruhe mein Leben leben kann, und ich fühle mich nicht durch diesen Staat gegängelt, sondern ich habe Angst vor Terroristen und erwarte, dass mich der Staat davor schützt.

Meine Damen und Herren, der Kollege Golland wird gleich noch einiges unter anderem zum Thema „Datenspeicherung“ ausführen. Ich kann also nur einen Satz dazu sagen: Auch durch Vorratsdatenspeicherung wäre der Vorfall in Paris nicht verhindert worden. Aber so schnell aufgeklärt worden – innerhalb weniger Stunden zu wissen, wer mit wem telefoniert hat, das Ermitteln von anderen Tätern – wäre er ohne Vorratsdatenspeicherung nicht.

(Beifall von der CDU)

Das können Sie anhand der französischen Gesetzgebung nachvollziehen. Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn die Verantwortlichen nicht über das entsprechende Wissen verfügt hätten.

Ich freue mich – das sage ich ohne irgendeinen Hintergedanken, Herr Priggen –, dass auch die Grünen dazu stehen. Das ist nicht immer so gewesen. Ich kenne Zeiten, in denen die Grünen mehrheitlich den Verfassungsschutz abschaffen wollten. Heute sind wir froh, dass wir ihn haben. Wenn ich mal so an Roland Appel denke, der davon völlig beseelt war – wie andere Karthago zerstören wollten, wollte der den Verfassungsschutz abschaffen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich sage zuletzt auch noch eines. Wir haben in Kauf genommen, Herr Minister, dass Sie durch Ihre Maßnahmen den Wach- und Wechseldienst schwächen, dass Sie Polizisten aus dem normalen Polizeidienst abziehen. Das fällt uns nicht leicht als Opposition, weil wir meinen, da haben wir sowieso zu wenig, und jetzt ziehen wir noch welche ab. Aber die Tatsache zu wissen, wofür sie gebraucht werden, ermöglicht uns da auch die Zustimmung. Ich hoffe nur, dass die Zahl, die Sie jetzt abziehen aus dem Polizeidienst, nicht nur kurzfristig kompensiert wird, sondern dass mehr eingestellt wird als bisher. Hören Sie die Hilferufe der Polizei! Hören Sie auf die Experten! Und hören Sie vielleicht mal etwas weniger auf die Parteifreunde hier!

(Beifall von der CDU)

Ich denke, zu Anfang der Legislaturperiode wollten die Grünen ja den Polizeiapparat erheblich kürzen. Das ist ein bekanntes Gesicht, das sich in der Frage hervorgetan hat. Widersprechen Sie dem! Wir brauchen eine stärkere Polizei und keine schwächere!

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir brauchen Sicherheit für unsere Bürger! Deshalb kann man diesen Antrag nur ablehnen. Ich glaube, Sie haben auch nichts anderes erwartet.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den PIRATEN: Das ist gar kein Antrag! Aktuelle Stunde!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hegemann, ich ge-

he nicht länger darauf ein. Ich glaube, das lohnt sich nicht. Aber ich will noch einmal daran erinnern, dass wir hier vor ungefähr zwei Jahren ein sehr gutes rotgrünes Verfassungsschutzgesetz gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Da haben wir uns als Grüne sehr eindeutig positioniert. Ich sage es Ihnen auch ganz ehrlich. Mir wäre es lieber, wir bräuchten keinen Verfassungsschutz, keinen Nachrichtendienst. Aber angesichts der Bedrohungslagen, die wir nicht nur durch den Salafismus, sondern auch durch den Rechtsextremismus haben, ist dieser notwendig. Dazu hat sich meine Fraktion ja auch sehr eindeutig positioniert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal sagen, dass uns der schreckliche Anschlag von Paris am 7. Januar 2015, glaube ich, alle schockiert hat, alle erschüttert hat. In Bezug auf den Salafismus, auf die Ideologie, finde ich, hat das noch einmal zwei Dinge sehr deutlich gemacht.

Zum einen ist deutlich geworden, wie menschenverachtend diese Ideologie ist und dass antisemitischer Hass eine Rolle spielt in dieser Ideologie, was die Geiselnahme in dem koscheren Supermarkt angeht. Wir reden hier einfach von einer Menschenverachtung des Salafismus, der gewaltbereit und verfassungsfeindlich geprägt ist.

Dieser Salafismus ist aber auch demokratiefeindlich. Es war ein Anschlag auf die Meinungs- und auf die Pressefreiheit und damit letztendlich auch auf zentrale Grundrechte in unserer Demokratie.

Ich finde es einfach großartig, dass es so starke Signale aus der Zivilgesellschaft gegeben hat, aber auch am Mittwoch hier im Plenum, indem wir gemeinsam gesagt haben, wir lassen uns davon nicht einschüchtern, aber wir stellen Musliminnen und Muslime auch nicht unter Generalverdacht. Ich bin froh darüber, dass wir so eine starke demokratische Gesellschaft haben, die das eben nicht zulässt, was Terroristen wollen, nämlich dass wir uns einschüchtern lassen, sondern dass wir hier stehen für die Demokratie, für Meinungs- und für Pressefreiheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was man aber schon sagen muss, ist: Wir haben nach Paris eine Veränderung in der Sicherheitslage. Das haben auch die Diskussionen in der offenen PKG-Sitzung, die ja übrigens erst möglich geworden ist durch unser neues Verfassungsschutzgesetz, gezeigt. In der offenen PKG-Sitzung in der letzten Woche und auch im Innenausschuss ist in den Diskussionen, finde ich, sehr deutlich geworden, was sich in der Sicherheitslage nach Paris verändert hat. Zum einen besteht die Gefahr, dass es möglicherweise Nachahmungstäter gibt. Zum anderen besteht die Gefahr, dass potenzielle Täter noch einmal festgestellt haben, wie einfach es ist, einen Anschlag zu begehen, und wie einfach es ist, eine Gesellschaft zu erschüttern und zu erschrecken.

Deshalb finde ich es richtig, darauf zu reagieren. Wir als Grüne haben gesagt, dass wir keine voreiligen, reflexhaften, unverhältnismäßigen Sicherheitsverschärfungen haben wollen. Nein. Es muss aber Personal geben in den Sicherheitsbehörden, um den Vollzug der schon vorhandenen Instrumente durchführen zu können. Deshalb finde ich es richtig, dass wir sagen: Wir stocken das Personal bei den nordrhein-westfälischen Behörden, beim Verfassungsschutz und auch bei der Polizei auf. Beim Verfassungsschutz haben wir das mit dem letzten Haushalt schon getan mit 29 Stellen. Wir legen noch einmal 25 drauf. Auch bei der Polizei wird es 360 neue Polizeibeamtinnen und -beamte geben. Das finde ich sehr gerechtfertigt angesichts der aktuellen Situation.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will den Piraten aber insofern Recht geben, dass Prävention natürlich eine wichtige Säule in der Bekämpfung des gewaltbereiten, des verfassungsfeindlichen Neosalafismus sein muss. Aber, noch einmal: Ich finde den Mix aus Repression und Prävention wichtig. Ich meine, es kann nicht das eine ohne das andere geben.

Ich würde auch gar nicht die These für abwegig erklären, dass Repression bei Einzelnen auch zu Radikalisierung führen kann. Ich will gar nicht sagen, dass ich nicht glaube, dass an dieser These etwas dran ist. Nur: Was ist die Konsequenz daraus? Die Konsequenz daraus darf doch nicht sein, dass wir sagen: Es kann eine mögliche Radikalisierung von Einzelnen geben, und deshalb wollen wir nicht, dass die Sicherheitsbehörden weiter observieren. Ich finde, das kann nicht die Konsequenz sein.

Für mich als innenpolitische Sprecherin meiner Fraktion und als Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium kann ich auch sagen: Diese Verantwortung möchte ich nicht tragen, dass wir sagen, wir beobachten diese gewaltbereiten Salafisten nicht mehr, sondern wir setzen nur noch auf Prävention.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Das halte ich ein Stück weit auch für naiv und für unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie zitieren ja hier aus einer Studie des King‘s College in London. Das ist eine der wenigen Stellen, an denen überhaupt Forschung zu dem Thema betrieben wird, die wichtig ist.

Hier haben wir auch noch einen Ansatzpunkt. In Nordrhein-Westfalen und auch bundesweit gibt es keine Forschung zum Thema „Salafismus“. Wir reden hier eigentlich ständig über ein Phänomen in Deutschland, wissen aber gar nicht, wer eigentlich dahintersteckt. Wir wissen zum Teil aus Befragungen und über die Sicherheitsbehörden, wen sie be-

obachten. Deshalb haben wir Anhaltspunkte und können Annahmen treffen. Wir haben aber bisher keine wissenschaftlichen Studien über Radikalisierung, über Motivation, über Ausstiegsgründe. Das, meine ich, müssen wir ändern. Das müssen wir angehen, auch hier in Nordrhein-Westfalen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das haben wir vor zwei Jahren schon einmal beantragt!)

Wir brauchen eigentlich wissenschaftliche Studien.

Wir brauchen aber auch die ganz klassische Prävention, die primäre Prävention – Demokratieerziehung in Schulen beispielsweise –, aber auch sekundäre und tertiäre Prävention. Wir brauchen die „Wegweiser"-Projekte, die wir ja schon in Bochum, Bonn und Düsseldorf haben. Es wird in diesem Jahr noch einmal eine Ausweitung geben. Das finde ich wichtig. Aber auch zum Beispiel das Aussteigerprogramm, das jetzt beim Verfassungsschutz seit dem letzten Halbjahr eingerichtet wird, ist ein wichtiger Bestandteil der tertiären Prävention.

In der schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung an den Landtag, ich glaube, im Oktober letzten Jahres, war ja eine ganze Reihe an Maßnahmen aufgeführt, die in der Prävention schon durchgeführt werden. Das ist schon ein erster wichtiger Schritt, dass da aufgeführt ist, was eigentlich in den einzelnen Ressorts passiert.

Ich meine aber auch, dass wir in den einzelnen Ausschüssen stärker in die Diskussion gehen müssen. Das ist nicht nur ein Thema des Innenausschusses oder des Integrationsausschusses, sondern es muss auch Thema des Schulausschusses, des Rechtsausschusses und vieler anderer Ausschüsse hier im Landtag sein. Denn es handelt sich um ein themenübergreifendes Problemfeld, das einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung bedarf.

Das gilt übrigens auch für die Frage, welche Faktoren dazu beitragen, dass Menschen sich radikalisieren oder dieser Szene zuwenden. Auch die Frage, ob Ausgrenzung oder Diskriminierungserfahrungen Auslöser sein können, war ein Punkt. Das ist keine einfache Diskussion. Damit will ich auch auf gar keinen Fall Attentate oder Straftaten rechtfertigen. Wenn man Prävention betreibt, muss man sich aber auch die Ursachen anschauen, sonst funktioniert das Ganze nicht.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas sagen, was mir wichtig ist. Wir können den Salafismus nicht ausschließlich mit Prävention oder Repression bekämpfen, sondern es muss ein Mix aus beidem sein. Ich finde, damit sind wir in Nordrhein-Westfalen auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern eigentlich schon auf einem guten Weg. Jedenfalls sind andere Bundesländer, soweit ich weiß, in der Präventionsarbeit zum Teil noch nicht so weit. Ich finde, wir sind auf einem guten Weg, und daran müssen wir weiter arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Schäffer hat es gerade gesagt: Man braucht eine Mixtur aus Repression und Prävention und vor allem ein vernünftiges Gesamtkonzept. Genau das gibt es in Nordrhein-Westfalen leider nicht.

(Beifall von der FDP)

Insofern ist es auch richtig, dass es hier und heute diese Aktuelle Stunde gibt. Das gilt auch für andere Fachbereiche des Ministers, seien es die Flüchtlinge, Ho.Ge.Sa, die Auseinandersetzung mit den antisemitischen Demos im letzten Sommer, die Einbrüche oder die Gewalt in den Fußballstadien. Wir könnten eigentlich permanent Aktuelle Stunden zu diesen Fachbereichen machen. Es fehlt überall an einem vernünftigen Gesamtkonzept. Es wird immer Flickschusterei betrieben, und es wird immer nachgebessert, manchmal panisch, manchmal überhastet. Das ist eigentlich sehr schade. Deswegen wünschen wir uns jetzt eine deutliche Steigerung in 2015, Herr Minister, sonst wird die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen weiterhin ein großes Problem darstellen.

Als wir 2014 beispielweise den Auftritt der „Shariah Police" in Wuppertal beklagen mussten, haben Sie uns hier ein knallhartes Vorgehen versprochen und gesagt, jeder Einzelne würde durchleuchtet. Sieben Wochen später hatte einer der radikalen Salafisten, der dort beteiligt war, als Mitarbeiter immer noch Zugang zum Sicherheitsbereich des Düsseldorfer Flughafens.

(Zuruf von der FDP: Unfassbar!)

Meine Damen und Herren, das muss man sich noch einmal vor Augen führen: Diese Person hatte gegenüber dem „Stern" jemanden als seinen Bruder bezeichnet, der sich als Attentäter bereits selbst in die Luft gejagt hat, und hatte immer noch Zugang zum Sicherheitsbereich im Düsseldorfer Flughafen. Ich finde das skandalös. So etwas gibt es, glaube ich, nur in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir erwarten, dass Sie endlich aufwachen und die Terrorabwehr und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger allen anderen Themen voranstellen. Der Schutz vor Anschlägen muss auf Platz 1 der Agenda stehen.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch Folgendes erwähnen: Die heutigen Äußerungen der Piraten haben bei mir Fremdschämen ausgelöst. Sich mit den IS-Rückkehrern in einen Stuhlkreis zu setzen, an die Hände zu nehmen und gegenseitig zu versichern, dass man sich lieb hat, ist kein tragfähiges Konzept gegenüber islamistischen Glaubenskriegern.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Meine Güte!)

Meine Damen und Herren, Terrorismusbekämpfung ist kein Ponyhof. Sie fordern hier, sich der gequälten Seelen der IS-Rückkehrer anzunehmen, ohne auch nur anzudeuten, welche Gräueltaten diese gequälten Seelen im Irak und in Syrien wohl verübt haben.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Wohl oder tatsächlich? Wo ist der Beleg?)

Bevor man sich Sorgen um die gequälten Seelen von Dschihadisten macht, sollte man erst einmal an diejenigen denken, die sie gequält haben.

(Beifall von der FDP – Frank Herrmann [PIRATEN]: Am besten alle wegsperren!)

Sie fordern Aufklärungs- und Unterstützungsangebote für Dschihadisten, Sie erwecken den Eindruck, als ginge von den Rückkehrern erst dann eine Gefahr aus – Zitat –, „wenn sie keine Perspektive für einen Platz in der Gesellschaft für sich sehen und ständig von Sicherheitsbehörden überwacht und verfolgt werden“. Nach dieser Logik sollten wir die Rückkehrer dann besser nicht überwachen.

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, für die Rückkehrer aus dem Bürgerkriegsgebiet kommt die Prävention zu spät. Wenn Dschihadisten mit den Köpfen ihrer Opfer Fußball gespielt haben, dann ist es zu spät.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Überhaupt nicht!)

Dann kommen militärisch ausgebildete, verrohte und völlig enthemmte Kriegsbeteiligte zurück.

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Hier brauchen wir als Erstes Schutz – Schutz für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen durch Repression und Überwachung.

(Beifall von der FDP)

Ergänzend brauchen wir dann auch ein tragfähiges Aussteigerprogramm. Bisher wird das Aussteigerprogramm von einer niedrigen Anzahl im einstelligen Bereich genutzt. Das wissen wir von dem Leiter des Verfassungsschutzes, der uns das im Innenausschuss mitgeteilt hat. Man kann spekulieren, ob es zwei, drei oder vier sind. Was das Aussteigerprogramm angeht, gibt es also noch viel zu tun.

Das Projekt „Wegweiser“, auf das vielfach verwiesen wird, hat eine andere Funktion. Es ist ein Präventionsprogramm. Das haben wir hier auch immer gesagt. Das ist vom Ansatz her auch ein richtiger Weg.

(Thomas Stotko [SPD]: Bravo!)

Das haben wir nie infrage gestellt. Wir haben nur gesagt: In der Priorisierung der Innenpolitik kommt es in diesem Hause einfach viel zu kurz. Im letzten Jahr sind drei ganze Stellen geschaffen worden, und zwar eine in Bonn, eine in Bochum und eine in Düsseldorf. Und vor diesem Hintergrund wird wie eine Monstranz durch die ganze Bundesrepublik getragen, was für eine großartige Präventionsarbeit wir hier machen würden. Das ist doch ein Witz. Erklären Sie das einmal den Kolleginnen und Kollegen in Wuppertal,

(Beifall von der FDP, der CDU und Michele Marsching [PIRATEN])

in Dinslaken, in Mönchengladbach und anderswo, die dieselben Probleme haben. In Bonn kommen wir mit der einen Stelle im Übrigen gar nicht hin. Das ist ein ganz großes Problem für uns, und es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass das Umfeld von potenziellen Gefährdern auch die Möglichkeit hat, richtige und vernünftige Ansprechpartner zu finden, denen sie ihre Hinweise mitteilen und von denen sie Hilfe erfahren können.

Es gibt keine Gesamtstrategie. Das gilt nach wie vor auch für die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien. Wir brauchen eine vernetzte Strategie, wir brauchen eine konsequente Vorsorge in den Schulen. In jeder Schule muss es einen Lehrer geben, der vorbereitet ist und weiß, wie man mit der entsprechenden Gefährdung umgeht. Wir haben Probleme in den Kommunen, dass wir nicht überall in der Verwaltung die Ansprechpartner haben. Hier ist also noch unglaublich viel zu tun.

Wir müssen unsere Sicherheitskräfte verstärken und auch mit der ganzen Härte unserer Gesetze gegen diejenigen vorgehen, die unser friedliches Zusammenleben bedrohen. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Da erwarten wir 2015 mehr.

Der Kampf gegen den Islamismus ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er wird geführt in den Schulen – ich habe es angesprochen –, in den Jugendzentren und in den Moscheen. Denn es handelt sich im Kern um einen ideologischen Konflikt, in dem sich die Werte der Moderne und eine quasi sektenartige Lesart des Korans gegenüberstehen. In diese Auseinandersetzung sollte eigentlich die Attraktivität unseres Gesellschaftsmodells unsere schärfste Waffe sein.

(Beifall von der FDP)

Bei aller Repression, die ich hier zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger fordere, müssen auch die Verhältnismäßigkeit, das Maß und die Mitte immer im Vordergrund stehen. Und man darf auch nicht kuschen. Insofern ist auch das, was gestern in Köln

in Sachen Karneval passiert ist, nicht richtig gewesen, wenn man dort

(Beifall von allen Fraktionen)

nicht aus Sicherheitsgründen, …

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Joachim Stamp (FDP): … sondern der guten Stimmung wegen ein ernstes Thema nicht anspricht. Das kann es nicht sein. Damit macht sich der Karneval zu einer oberflächlichen Party und begibt sich ein Stück weit der Strahlkraft, ein Teil unseres freiheitlichen Bekenntnisses, unserer freiheitlichen Fröhlichkeit zu sein. – In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde von den Piraten gelesen habe, war ich – das muss ich ehrlich sagen – ein wenig erstaunt, erstaunt deshalb, weil dieselbe Fraktion noch drei Wochen zuvor im Rahmen einer Pressemitteilung kritisiert hat, dass der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen überhaupt auf dem Gebiet der Prävention tätig ist.

In dem Antrag zur Aktuellen Stunde vermissen Sie entscheidende Elemente beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz für Präventionsarbeit in Form von Aufklärung und Unterstützung. Das ist so ein bisschen rein in die Kartoffeln/raus aus den Kartoffeln. Offen gestanden, es freut mich, dass Sie nunmehr offenbar die Notwendigkeit von Präventionsarbeit auch durch die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden anerkennen.

Allerdings fordern Sie etwas, was es in Nordrhein-Westfalen schon gibt, was wir weiter ausbauen werden. Wir sind auf einem Weg, der auch im Verhältnis zu den anderen Bundesländern, aber auch international beispielgebend ist. Wir verfolgen in der Landesregierung bei der Bekämpfung des gewaltbereiten Salafismus eine Doppelstrategie – das ist schon von verschiedenen Rednern angesprochen worden –, nämlich Repression und Prävention gleichermaßen.

Wir überwachen ganz konsequent die salafistische Szene. Die Sicherheitsbehörden tauschen sich sehr erfolgreich, eng und zeitnah aus. Wir unternehmen alle Anstrengungen zur Verhinderung von Ausreisen, damit aus Deutschland, aus Nordrhein-Westfalen heraus Terrorismus nicht exportiert werden kann. All das, was strafrechtlich relevant ist, verfolgen wir konsequent.

Herr Hegemann, auch zur Verhinderung und Bewältigung von extremistischen Veranstaltungen, Versammlungen oder Institutionen, die für den angeblichen Dschihad und für IS werben, unternehmen wir alles, nutzen alle zur Verfügung stehenden Instrumente unseres Rechtsstaates, um dagegen vorzugehen.

Wir wollen die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen auf einem hohen Niveau halten. Um das zu gewährleisten, müssen wir nach den Anschlägen von Paris, die eine neue Qualität darstellen, zusätzliche Beamtinnen und Beamte im Bereich des Verfassungsschutzes und der Polizei einsetzen. Es ist von Frau Schäffer bereits benannt worden: 385 zusätzliche Beamtinnen und Beamte werden wir einerseits bei der Polizei, andererseits beim Verfassungsschutz in den nächsten drei Jahren einstellen. Wir werden jetzt zu vernünftigen Kompensationen kommen, um da, wo wir Beamtinnen und Beamte haben, die in anderen Kriminalitätsbereichen erfahren sind, einsetzen zu können.

Neben der Überwachung hat die Landesregierung schon frühzeitig einen weiteren Schwerpunkt bei der Prävention gesetzt. Auch hier werden wir unser Programm zur Salafismusprävention konsequent weiter ausbauen und umsetzen. Wir haben dazu bereits in der Pressemitteilung – die Piraten haben die Pressemitteilung leider nicht vollständig zitiert – ausführlich erklärt, dass wir weiter aufklären, weiter den Betroffenen und deren Umfeld die notwendige Hilfe möglichst überall in Nordrhein-Westfalen anbieten wollen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die Salafismusprävention als gesamtgesellschaftlicher Auftrag verstanden werden muss. Deshalb haben sich die betroffenen Ressorts der Landesregierung, immerhin insgesamt acht Ministerien, verständigt, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Salafismus miteinander zu koordinieren und das auszubauen. Darüber haben wir den Landtag – das wissen Sie – bereits am 21. Oktober 2014, also letztes Jahr, sehr umfangreich unterrichtet.

Einmal beispielhaft, was da an Koordination und Zusammenarbeit stattfindet: Bereits jetzt gehen wir sehr koordiniert vor. Verfassungsschutz, Polizei und Justizministerium führen beispielsweise gemeinsame Informationsveranstaltungen für Beschäftigte in JVAs durch. Die Landeszentrale für politische Bildung bietet gemeinsam mit dem Schul- und dem Integrationsministerium in meinem Haus eine Informationsreihe für Lehrkräfte zum Thema Salafismus an.

Außerdem wird der Verfassungsschutz gemeinsam mit den zuständigen Ministerien landesweit zur Sensibilisierung von Verantwortlichen aus dem Bereich Schule, Kinder und Jugend hinsichtlich des

Phänomens des gewaltbereiten Salafismus Veranstaltungen durchführen und informieren.

Wir wollen die Multiplikatoren aufklären und möglichst flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen erreichen, um aufzuklären und vor diesem Phänomen zu warnen. Deshalb hat der Verfassungsschutz allein im letzten Jahr Regionalkonferenzen durchgeführt. Weitere sind ganz konkret für 2015 geplant. Mit diesen Konferenzen erreichen wir Amtsleiter, Schulleiter, zivilgesellschaftliche Einrichtungen. Wir bieten denen Antworten auf Fragen im Umgang gerade mit gefährdeten Jugendlichen, die mögliche Anzeichen von Radikalisierung zeigen und sich offen und zugänglich für den Salafismus zeigen. Da arbeiten wir sehr gut.

Sie merken, Salafismusprävention ist ein Schwerpunkt im Ministerium für Inneres und Kommunales. Wir setzen bei dieser Prävention auf Aufklärungsarbeit und Hilfsangebote beispielsweise durch unsere seit zwei Jahren geschaltete Hotline für Hilfesuchende insbesondere aus dem sozialen Umfeld von sich radikalisierenden Jugendlichen. Wir haben im Oktober begonnen, Ausstiegsbetreuer einzusetzen, die auf potenzielle Aussteiger zugehen, insbesondere aus dem Kreis der Rückkehrer und derjenigen, die eigentlich ausreisen wollten, deren Ausreise unterbunden worden ist.

Aber eine Erfahrung haben wir dabei jetzt schon, Herr Herrmann: Bei dieser Arbeit, die extrem schwierig ist, braucht man einen sehr langen Atem. Es reicht nicht zu sagen: Wir machen mal ein bisschen Deradikalisierung.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Ja, deswegen muss sie verstärkt werden!)

Das ist sehr individuell betrachtet wirklich eine Herkulesaufgabe in jedem einzelnen Fall.

„Wegweiser“ ist angesprochen worden: Bonn, Düsseldorf, Bochum. Gute Erfahrungen haben wir damit gemacht. Wir wollen das schnellen Schrittes weiter ausgaben: im Bergischen Dreieck, in Duisburg, in Wesel, in Köln, in Dortmund.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind auf einem guten und richtigen Weg. Das zeigt auch das internationale Interesse an unserem Projekt „Wegweiser“. Aber wir wollen da, wo wir sind, nicht stehenbleiben. Wir wollen das qualitativ weiter ausbauen. Deshalb haben wir im Dezember 2014 gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft und Praxis unsere Maßnahmen auf den Prüfstand stellen lassen. Alle sind gut bewertet worden. Wir wollen die Maßnahmen verfeinern und noch besser werden. Wichtig ist, dass wir versuchen, dieser salafistischen Szene und ihrem Zulauf möglichst das Wasser abzugraben.

Meine Damen und Herren, Prävention und Repression sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Eine Seite zu vernachlässigen, Herr Herrmann, heißt, mit der Sicherheit der Menschen in diesem Land zu spielen. Das tun wir nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Güler jetzt das Wort.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte diesem Antrag zur Aktuellen Stunde ein bisschen abgewinnen, wenn Sie, liebe Kolleginnen der Piratenfraktion, nicht nur die Behauptung aufgestellt hätten, Überwachung bringe nichts, sondern wenn Sie wenigstens gesagt hätten: Überwachung allein löst keine Probleme. – Aber das tun Sie in Ihrem Antrag nicht. Sie sagen ganz klar: Überwachung löst keine Probleme.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Möglichst einfach gemacht!)

Uns allen ist klar, dass es mit der Videoüberwachung allein nicht getan ist. Das haben die Vorredner an mehreren Stellen schon unterstrichen. Uns allen ist klar, dass wir das Problem an der Wurzel packen müssen. Das ist so einleuchtend, dass Ihr Antrag an dieser Stelle sicherheitspolitisch grenzenlos naiv erscheint.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion, Sie weisen in Ihrem Antrag für diese Aktuelle Stunde auf eine Untersuchung des King’s College in London hin. Ich verstehe Ihren Antrag so, dass Sie sagen: Wir dürfen Rückkehrer nicht überwachen, weil die Überwachung selbst diese Rückkehrer eigentlich radikalisiert.

(Zuruf von den PIRATEN: Das ist eine Aktuelle Stunde!)

Das steht schwarz auf weiß in Ihrem Antrag so.

(Zuruf von den PIRATEN: Falsch verstanden! – Weiterer Widerspruch von den PIRATEN)

– Das habe ich nicht falsch verstanden, das steht da schwarz auf weiß.

(Zuruf von den PIRATEN: Das steht da nicht!)

Sie sagen – ich zitiere –: Erst nach ihrer Rückkehr werden sie radikalisiert, vor allem, wenn sie perspektivlos seien oder sich ausgegrenzt fühlten und „ständig von Sicherheitsbehörden überwacht und verfolgt werden“.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Die Gefahr besteht!)

Das ist das Gleiche, was ich gerade wiedergegeben habe. Das ist so ähnlich, als würden Sie fordern,

dass wir alle Blitzer im Land abmontieren sollten, weil Raser, sobald sie einen Blitzer sehen, sich dazu verleitet fühlen, noch mehr aufs Gaspedal zu treten. Dieses Beispiel ist genauso absurd.

(Zuruf von Daniel Düngel [PIRATEN])

Das Argument der Perspektivlosigkeit oder der Ausgrenzung ist nicht immer zutreffend, sondern kann eine Erklärung sein. Das sagt auch der Gründungsdirektor des Instituts, Peter Neumann, auf dessen Untersuchung Sie sich beziehen. Darüber sind sich Extremismusexperten insgesamt einig. Die meisten Forscher gehen nämlich mittlerweile davon aus, dass es unmöglich und auch unsinnig ist, nach einem einzigen Radikalisierungsmodell zu suchen.

Aber lassen Sie mich das ein oder andere zum International Centre for the Study of Radicalisation am King's College in London sagen. Die dort betriebene Forschung wird von privaten Spendern finanziert, von Stiftungen, von der EU und von der kanadischen Regierung. Denn diese Geldgeber, so heißt es, bekämen angeblich keinen besseren Zugriff auf die Daten und Ergebnisse. Das Wissen dieses Instituts ist diesen Geldgebern deshalb viel wert, weil sie sagen: Wenn ein Land vorhersehen kann, wer ein Terrorist wird, können Anschläge verhindert werden.

Das Londoner Institut geht bei seiner Arbeit wie folgt vor: Es überwacht die Aktivitäten der Islamisten in sozialen Netzwerken mit einer Software namens Torch. Vertrieben wird diese Software von einer amerikanischen Firma, zu deren Mitgründern die CIA gehört. Diese Software verknüpft Daten und Profile in gigantische Muster, die wie das Organigramm eines Konzerns aussehen. Wer hat mit wem Kontakt? Wer redet mit wem worüber? So wird sichtbar, wenn sich jemand plötzlich immer öfter mit bekannten Islamisten austauscht. Daraus ziehen die Mitarbeiter des Instituts ihre Schlüsse.

Kurz: Sie beziehen sich bei Ihrer Forderung, die Überwachung einzuschränken, auf eine Studie eines Instituts, die selbst überwacht und dafür Geld von Regierungen bekommt.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das ist eine wissenschaftliche Studie!)

Das ist das eigentlich Absurde an Ihrem Antrag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich finde, dass mit diesem Antrag Ihre linkspolitische Seele hier wieder in ganz besonderer Art und Weise in Erscheinung tritt. Gerade in Bezug auf Radikalisierung ist das besonders fatal. Herr Herrmann, Sie haben uns gerade in Ihrer Rede das eine oder andere vorgeworfen, was alles zu Radikalisierung führen würde.

Dazu möchte ich gern den Leiter des Referats für Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Ernst Hillebrand, zitieren:

„Denn die bittere Wahrheit ist, dass die europäische Linke viel zu lange die islamistische Gefahr banalisiert hat. Gefangen in einem werterelativierenden Multikulturalismus hat sie passiv zugesehen, wie an den Rändern der Zuwanderungsgesellschaften Westeuropas ein Klima des antiwestlichen Hasses heranwuchs."

Das sollten Sie sich sehr zu Herzen nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von Frank Herrmann [PIRATEN])

Meine Fraktion ist der Ansicht – das hat der Kollege Hegemann gerade schon gesagt –, dass das Sofortprogramm der Landesregierung eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann. Dennoch muss sich der Innenminister die Frage gefallen lassen, ob die Maßnahmen, die er vorhin aufgezählt hat, wirklich in ihrer Breite so effektiv sind und ob man sie nicht auch in Nordrhein-Westfalen, sozusagen der Brutstätte des Salafismus – das sind wir ja mittlerweile geworden –,

(Britta Altenkamp [SPD]: Oh!)

weiter und flächendeckender ausbauen muss.

Ich weiß, Sie sind dabei. Das haben Sie gerade erwähnt. Aber ich glaube, was die Arbeit der Landesregierung in diesem Fall betrifft, gibt es noch viel Luft nach oben.

Doch beim Stichwort „Präventionsarbeit" stehen Sie nicht allein in der Verantwortung, Herr Minister Jäger. Am Wochenende konnten wir in der „FAZ" nachlesen, dass wenige Tage nach dem Pariser Anschlag der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch an alle Schulleiter seines Landes einen fünfseitigen Brief verschickte. Stoch erinnerte in diesem die Lehrer noch einmal daran, dass auch aus dem Südwesten etwa 30 Schüler in den Dschihad gezogen sind, und er bat die Lehrerschaft, die Schüler über Möglichkeiten der Prävention einer religiösen Radikalisierung und gegebenenfalls der Intervention zu informieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Seit dem Schuljahr 2012/2013 gibt es im grün-roten Baden-Württemberg ein Präventionskonzept, wo auch der Islamismus eine Rolle spielt. Die Zusammenarbeit von Schulen und Polizei soll in Baden-Württemberg intensiviert werden. Polizeiliche Präventionserziehung soll deshalb auch in den neuen Bildungsplan. Hinzu kommt die Präventionsarbeit in der Lehrerfortbildung. Im Südwesten bietet eine Landesakademie Kurse zum Thema „Salafismus" an. Das alles konnte man diesem Artikel entnehmen.

Doch jetzt wird es richtig spannend. Zitat aus dem Artikel:

„Anders als ihr baden-württembergischer Amtskollege hat sich Löhrmann nach den Anschlägen nicht mit einem Brief an die Schulleiter des Lan-

des gewandt. Ihre Sprecherin verweist darauf, dass den Lehrern auf dem Bildungsportal, einem Angebot auf der Internetseite des Ministeriums, umfangreiche Materialien zu den Themen Integration und Radikalisierungsprävention zur Verfügung stehen."

Ich glaube, die Ministerpräsidentin hat gestern bei ihrer Auflistung zum Thema „Digitalisierung" dieses Programm vergessen zu erwähnen. Daran sollten Sie sie, Frau Ministerin Löhrmann, doch noch einmal erinnern.

(Beifall von der CDU)

Gemäß der neuen Sprache der Landesregierung wünschte ich, ich könnte hier jetzt „megacool" sagen, aber eigentlich ist es nur megapeinlich.

(Beifall von der CDU)

Auch mir ist klar, dass der islamische Religionsunterricht an unseren Schulen ein wichtiger Beitrag ist und zur Anerkennung beiträgt. Ja, er kann eine präventive Wirkung haben. Aber damit ist die Verantwortung der Schulministerin nicht erledigt.

Nicht zuletzt sind hier auch die Muslime gefragt, allen voran die islamischen Verbände. Hier hat die Piratenfraktion recht, dass sie die Fragen stellt, ob diese ausreichend in die Präventionsarbeit einbezogen worden sind. Ich meine, nein,

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Wir auch!)

auch wenn Herr Stotko gerade in seiner Rede etwas anderes behauptet hat.

Ich stelle ganz klar, dass ich hier niemanden unter Generalverdacht stelle. Aber ich sehe es auch als Aufgabe der Islamverbände, Fundamentalisten, Extremisten den Nährboden zu entziehen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit.

Serap Güler (CDU): Ich bin sofort fertig, Herr Präsident.

Lassen Sie uns dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass laut einer aktuellen Studie 90 % der Muslime in unserem Land Freunde der Demokratie sind. Aber die restlichen 10 % sind es, die mir Sorge machen. Und ich möchte nicht, dass meine Religion zum Spielball dieser Terroristen wird.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Lassen Sie uns, gern auch gemeinsam, nach Wegen suchen, wie wir muslimische Gemeinden stärker in die Präventionsarbeit einbinden können, ohne dass diese sich angegriffen fühlen. Meines Erachtens gibt es dazu keinen Grund. Denn schließlich geht es um die Jugendlichen unserer Gesellschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Redebeiträge haben mehrere Bestandteile, die wir bis jetzt hier zur Kenntnis genommen haben.

Ich will an der Stelle eines sagen: Ich achte jeden Wortbeitrag und jede Meinung, die uns dabei hilft, diesem Problem wirksam entgegenzutreten, und bin für jede sachliche Diskussion in der Frage der wirksamen Bekämpfung des Salafismus und des religiös motivierten Terrorismus dankbar. In vielen Wortbeiträgen war ein hohes Maß an Übereinstimmung zu verspüren, was auch den Geist im Haus insgesamt widerspiegelt, wie wir zu Beginn dieser Plenarwoche durch gemeinsames Vorgehen und durch gemeinsame Beschlüsse eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt aber ein paar Stellen, an denen es ganz offensichtlich der einen oder dem anderen nicht so richtig gelingt, diese billigen parteipolitischen Reflexe bei diesem so wichtigen Thema zu unterdrücken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Güler, Sie wissen, dass ich Ihre Sachkunde in diesem Themenbereich eigentlich sehr hoch einschätze. Aber wer sich hier an diesem Mikrofon dazu hinreißen lässt, aus Nordrhein-Westfalen eine Brutstätte des Salafismus zu machen, zeigt allein mit dieser Äußerung, dass es ihm heute Morgen in erster Linie nicht darum geht, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Ihnen geht es eher darum, billige parteipolitische Rabulistik zu betreiben. Ich finde, das ist der Sache nicht angemessen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe im Innenausschuss ein großes Kompliment – auch das werden Sie ertragen müssen, Herr Hegemann – an die Kolleginnen und Kollegen der CDU gemacht. Ich habe im Innenausschuss ein hohes Maß an Übereinstimmung und Anerkennung für das schnelle und beherzte Handeln der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen festgestellt, als es darum ging, dass wir die notwendigen organisatorischen Konsequenzen aus der Sicherheitslage gezogen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Attentate von Paris geben tatsächlich nicht nur Anlass dazu, eine inhaltliche Diskussion über Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Demonstrationsfreiheit zu führen, die wir dringend führen müssen. Die Diskussion müssen wir dringend führen. Aber

wir müssen genauso dringend die notwendigen Lehren, und zwar sehr schnell, aus der geänderten Sicherheitslage ziehen. Das Vorgehen der Terroristen in Paris gibt an der Stelle tatsächlich Anlass dazu, dass wir uns hinterfragen.

Wir als regierungstragende Fraktionen bekommen nicht ohne Weiteres und leicht immer Beifall zum Beispiel von den Gewerkschaften, die sich im Polizeibereich engagieren. Ich darf Ihnen sagen: Da gilt mir die Bestätigung, die die Polizeigewerkschaften in ihren Pressemitteilungen, aber auch persönlich gegeben haben, sehr viel. Das spricht auch dafür, dass diejenigen, die uns dabei am intensivsten unterstützen, nämlich die Sicherheitsorgane, unser Vorgehen durch ihre Gewerkschaften unterstützen. Das spricht doch dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn es um den repressiven Teil geht.

Meine Damen und Herren, der Versuch, an der Stelle diesen Erfolg der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ein bisschen kleinzureden, ist für eine Oppositionsfraktion sicherlich nachvollziehbar. Aber ich kann nur eines sagen: Wir sind stolz darauf, dass hier richtig und schnell und auch mit den richtigen Mitteln reagiert worden ist.

Das wird nicht nur von uns so gesehen. Viele von Ihnen werden wissen, dass ich Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums bin. Kollegin Schäffer hat darauf hingewiesen, dass wir jetzt öffentlich tagen. Anlässlich der letzten öffentlichen Sitzung waren zum Beispiel Vertreter des Königreichs Niederlande in der Sitzung anwesend, die sich zum Beispiel über das Projekt „Wegweiser“ informieren wollten.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich nicht allein mit Repression. Aber Repression ist da nötig, wo es darum geht, unseren Staat und unsere demokratische Ordnung hier zu schützen. Da werden wir uns sicherlich an Entschlossenheit in Nordrhein-Westfalen – ich hoffe, gemeinsam – von niemandem übertreffen und überbieten lassen.

Aber das andere ist genauso wichtig: Wenn wir es schaffen – nicht alleine; denn das kann Staat nicht alleine –, junge Menschen davon abzuhalten, auf diese einfachen Lösungsansätze religiöser Fanatiker hereinzufallen, dann ist das die beste Form von Terrorismusbekämpfung. Da haben uns alle, die das auch so sehen, an ihrer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir sollten allerdings dann auch zur Kenntnis nehmen, dass das eben nichts ist, was sich mal eben verordnen lässt. Das Programm „Wegweiser“ basiert ja auf einer lokalen Verantwortung, auf einem lokalen Mitwirken. Und da will ich – sogar noch ein bisschen deutlicher als Frau Kollegin Güler – mich ganz herzlich bei den muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bedanken, die gemeinsam mit uns Verantwortung übernehmen.

(Beifall von Ali Bas [GRÜNE])

Ohne Kommunen, die da mitwirken, ohne muslimische Moscheegemeinden, die da mittun, ohne engagierte Eltern, engagierte Lehrerinnen und Lehrer, engagierte Polizistinnen und Polizisten, die auch im präventiven Bereich arbeiten, lässt sich diese „Wegweiser“-Arbeit nicht erfolgreich machen. Ich glaube, da sind wir auf einem richtigen und vernünftigen Weg. Wir sollten aber nicht in billige Reflexe verfallen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Aber zu langsam!)

– Das Problem der Geschwindigkeit ist keines, das wir hier allein im Landtag zu vertreten haben. Ja, es ist nötig, dass wir gemeinsam mit den Kommunen etwas machen. Wenn aber aus ganz Deutschland, aus halb Europa die Menschen nach Nordrhein-Westfalen schauen, weil wir einen innovativen Ansatz haben und den auch konsequent ausbreiten, sollten Sie uns dabei helfen, statt daran permanent herumzukritteln, Herr Stamp.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie setzen es nicht um!)

Wir haben darüber hinaus – damit will ich schließen – in einigen Bereichen noch eine ganze Menge gesellschaftlicher Potenziale, die wir gemeinsam heben können.

Von daher bin ich froh darüber, dass es in einer solchen Diskussion vor allen Dingen darum geht, gemeinsame Bekenntnisse und gemeinsame Konzepte zu diskutieren und sich von denjenigen abzugrenzen, die unsere gemeinsame Ordnung, unseren Staat, auf den wir stolz sind, unsere freiheitlich-demokratischen Rechte in Zweifel ziehen wollen. Ich denke, eine fachliche Diskussion ist allemal besser als billige parteipolitische Polemik. Ich habe an der Stelle mehr Licht als Schatten gesehen. Insofern bedanke ich mich bei allen Teilnehmern an der Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Herrmann, klar ist: Einem terroristischen Angriff auf die Freiheit darf man nicht mit einem staatlichen Angriff auf die Freiheit begegnen. Wir dürfen nicht die Freiheit aufgeben, die wir jetzt schützen und verteidigen müssen.

Ich bin aber ganz entschieden anderer Auffassung als Sie. Sie schreiben in der Beantragung pauschal, Überwachung löse keine Probleme. Das wird der Sache nicht gerecht.

Anlassbezogene Überwachung ist ohne Frage ein notwendiger Baustein im Gesamtkonzept der Sicherheitsbehörden. Das gilt für personelle observative als auch für technische anlassbezogene – das ist der wichtige Punkt – Überwachung von bekannten Gefährdern. So erlaubt es unser heutiges Gesetz rechtsstaatlich und umfangreich. Nur so viel dazu. Wir werden gleich noch über die anlasslose Vorratsdatenspeicherung sprechen.

Zu der Debatte: Herr Innenminister, ich meine schon, dass Sie uns Ihr verändertes Gesamtkonzept für die Sicherheitsbehörden noch detailreicher aufschlüsseln müssen. Sie hatten gerade einiges gesagt, aber vieles ist dabei auch gefährlich vage im Unklaren geblieben. Sie haben angesprochen, 385 zusätzliche Beamte würden bis 2017 bei Polizei und Verfassungsschutz eingestellt. Wir müssen schon im Klartext sagen, was das an Mehrwert für unsere Sicherheitsbehörden heute bedeutet.

Sie wollen in den Jahren 2015 bis 2017 jährlich die Anwärterzahlen um 120 erhöhen. Dank der dreijährigen Ausbildung stehen uns diese Köpfe erst 2018 zur Verfügung. Das bedeutet aber, dass bis zum Jahre 2018 die Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen keinen einzigen Beamten zusätzlich erhalten. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall von der FDP)

Das heißt: Es finden heute, 2015, lediglich interne Verlagerungen in den Behörden statt, die durch vergütete Mehrarbeit der abgebenden Stellen abgefangen werden sollen. Ihre Lösung sind noch mehr Überstunden, um die anderen wichtigen Arbeitsfelder der Polizei wie Einbruchskriminalität, Rockerkriminalität, Demonstrationen und alles Weitere, was anfällt, weiterhin ohne Einbußen erledigen zu können.

Herr Minister, ich bin schon skeptisch. Was Sie unseren Beamtinnen und Beamten da zusätzlich auferlegen und in den Rucksack packen wollen, finde ich schon recht ambitioniert.

Offen bleibt doch, inwieweit diese Beamten nicht schon viele Überstunden vor sich herschieben und in welchem Umfang darüber hinaus zusätzliche Arbeit überhaupt möglich ist.

Ich erinnere einmal an den Krankenstand. Immerhin müssen wir bei der Polizei schon heute rund 10 % Personalausfall im täglichen Dienst in den Direktionen kompensieren.

Sie haben weitere 150 Spezialisten für den Ausbau von Fahndungen und Observationen angekündigt, aber nicht genau gesagt, woher die kommen. Kommen sie jetzt sofort oder aufwachsend hinzu, oder werden sie verlagert? Auch beim Objektschutz sollen zusätzlich 100 Polizisten eingesetzt werden. Auch da haben Sie noch nicht klar erläutert, woher diese kommen.

Es ist einfach zu gefährlich, die Personallage nicht offen anzusprechen, sie nicht ganz deutlich zu machen und womöglich sie gar noch schönzureden.

Alle angekündigten 360 zusätzlichen Beamten werden erst ab dem Jahr 2020 für die Polizei zur Verfügung stehen. In dem Fenster der Jahre 2018 bis 2020 haben wir sogar einen Rückgang. Sie dämpfen mit Ihren Maßnahmen den von Rot-Grün eingeleiteten Personalabbau bei der Polizei also nur etwas ab, aber stoppen ihn nicht.

Herr Minister, wir erwarten ja keine Wunder. Wir wissen, dass Sie diese nicht vollbringen werden. Es wäre aber auch keine Zauberei nötig gewesen. Sie hätten nur dem von meiner Fraktion, den Freien Demokraten, diesem Hause zu den Haushaltsberatungen 2015 vorgelegten Antrag zustimmen müssen, in dem wir die sofortige Erhöhung der Zahl der Anwärterstellen für Polizeibeamtinnen und -beamte um jährlich 300 auf 1.800 gefordert haben. Dem hätten Sie nur zustimmen müssen.

(Beifall von der FDP)

Stattdessen haben Sie leider wieder nur hektisch reagiert, statt vorausschauend zu regieren.

Was die Personalankündigung angeht, kann man also feststellen: Für heute ist es nichts und für die Zukunft zu wenig. Es ist aber auch besser als nichts; das will ich durchaus zugestehen.

Wenn wir über das Gesamtkonzept reden, müssen wir neben dem Personal aber natürlich auch Ausstattung und Einsatztaktiken im Blick haben. Auch hier fragen wir uns: Wie geht es weiter? Ich will daran erinnern, dass man beispielsweise nach dem Amoklauf in Erfurt 2002 die Ausbildung umgestellt hat. Polizeibeamte haben nun mehr Befugnisse, wenn sie selbst eingreifen und nicht auf das SEK warten. Die Frage ist: Haben wir angesichts der neuen Qualität der Bedrohungslage jetzt ebenfalls eine veränderte Ausstattung oder Einsatztaktik für die normalen Beamten auf der Straße zu erwarten? Was ist hier nötig? Da sind viele Fragen offen – auch die Frage, ob die Beamten beim Objektschutz gegen skrupellose Attentäter ausreichend gewappnet sind.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. 100 % Sicherheit – da sind wir uns sicher einig; das hat die Debatte auch gezeigt – wird es nicht geben. In verschiedener Hinsicht sind allerdings noch Fragen offen und ist Optimierungsbedarf nicht geklärt.

Eines ist aber auch klar – da bin ich bei Herrn Körfges, der das angesprochen hat –: Populismus in die eine oder andere Richtung wird uns nicht helfen. Helfen wird uns eine sachliche Befassung mit diesem Thema. Daran werden sich die Freien Demokraten sehr gerne beteiligen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Kollege Bas.

Ali Bas (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Anmerkung zu der von Frau Güler geäußerten Kritik an der politischen Linken. Wie Sie sicherlich wissen, hat Frankreich eine linke Regierung und schärfere Terrorgesetze als Deutschland. Das hat die Radikalisierung von bestimmten jungen Menschen auch nicht verhindert. – Nur so viel an dieser Stelle noch einmal in Richtung von Frau Güler.

Die heutige Aktuelle Stunde ist, gedanklich gesehen, ein wenig die Fortsetzung der Debatte rund um die überfraktionell verabschiedete Resolution zur offenen und friedlichen Gesellschaft vom Mittwoch dieser Woche, in der wir alle zusammen festgestellt haben, dass wir das Problem mit Hass, Intoleranz und Radikalismus jeglicher Art nur als Gesamtgesellschaft lösen können. Es ist deshalb auch wichtig, dass wir am Mittwoch den Zusammenhalt aller Menschen, gleich welchen religiösen oder weltanschaulichen Hintergrundes, beschworen haben. In diesem Geiste müssen wir auch die Konsequenzen beraten, die sich aus dem Umgang mit den Gefahren ergeben, die unsere friedliche und offene Gesellschaftsordnung bedrohen.

Die antragstellende Piratenfraktion hat in einem Punkt natürlich recht. In der Tat können wir auf das Phänomen der aus Deutschland stammenden Dschihadkämpfer in Syrien nicht nur mit repressiven Maßnahmen antworten. Viele Syriengänger stammen nicht selten aus eher religionsfernen Familien. Ihre Radikalisierung vollzog sich fast unbemerkt von der großen Öffentlichkeit. Dazu hat meine Kollegin Verena Schäffer bereits gesprochen.

Ich möchte in meinem Redebeitrag auf die Notwendigkeiten angemessener gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eingehen, die für einen gleichberechtigten Dialog wichtig sind. In den letzten Wochen war öfters davon die Rede, dass die größte religiöse Minderheit in Deutschland, die Muslime, sich stärker von den schrecklichen Anschlägen in Paris distanzieren sollen, dass sie ihren Glauben reformieren sollen, dass die Moscheegemeinden stärker gegen Radikalisierung vorgehen sollen. Meine Wahrnehmung ist, dass fast alle Muslime in unserem Land Gewalt im Namen der Religion ablehnen, weil sie ihren Glauben als einen friedlichen verstehen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Auch stehen die meisten Moscheegemeinden für mich nicht als zentraler Ort von Radikalisierung im Fokus. Dies passiert oft ganz woanders.

Die jüngsten Befragungen zeigen, dass eine Mehrheit der Menschen in Deutschland im Islam eine Art von Bedrohung sieht. Es gibt also Ängste in der Bevölkerung. Diese Ängste wollen natürlich auch Rattenfänger vom rechten Rand gerne für sich nutzen.

Auf der anderen Seite haben aber auch die Millionen friedlichen Musliminnen und Muslime Ängste. Viele meiner Freunde und Bekannten sind es mittlerweile gewohnt, sich für ihren Glauben zu rechtfertigen, wenn irgendwo auf der Welt wieder im Namen Gottes Anschläge durch fehlgeleitete Radikale verübt werden. Die islamfeindlichen Übergriffe und Anschläge auf Gebetshäuser sorgen zudem für Verunsicherung in der muslimischen Community. Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch die zahlreichen Hassmails, die viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag, aus Landtagen, aber auch aus Kommunalparlamenten, die irgendwie als muslimisch oder fremd eingeordnet werden, von bestimmten Leuten erhalten und die vor Menschenverachtung nur so strotzen.

So kann das nicht weitergehen. Deshalb brauchen wir gerade jetzt ein Klima des Dialogs und des Vertrauens. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass wir uns einander besser kennenlernen.

Gelegenheit für die Politik, sich gut zu informieren, gibt es genug. Lesen Sie sich die Interviews von Prof. Dr. Mouhanad Khorchide aus Münster durch, oder schauen Sie sich die Analysen zum verfehlten Islamverständnis von Terroristen an, die Prof. Dr. Bülent Uçar aus Osnabrück angestellt hat. Auch die Stellungnahmen der verschiedenen muslimischen Verbände in Deutschland zu diesem Punkt sind deutlich.

Die Landesregierung hat bereits seit einiger Zeit ebenso wie die Bundesregierung begonnen, den Dialog mit den Muslimen auf Augenhöhe zu führen. Gemeinsam arbeiten wir daran – an verschiedenen Stellen überfraktionell –, dass der Islam als ein selbstverständlicher Teil NRWs wahrgenommen wird und Muslime sich angenommen fühlen. So haben wir zusammen die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache beschlossen. Ebenso sind wir im Gespräch mit den muslimischen Vertretern, was die Anerkennung als Religionsgemeinschaft betrifft. Im Herbst 2014 haben wir auch das Körperschaftsgesetz NRW offiziell in Kraft treten lassen. Dazu kommen das Bestattungsgesetz NRW und die Beratung mit muslimischen Vertretern zu sozialen Fragen im „dialog forum islam“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrem Satz, dass der Islam zu Deutschland gehört, eine wichtige Basis für den derzeitigen Dialog auf Bundesebene gelegt. Wir sollten uns trauen, diesen Dialog weiter zu führen.

Ich möchte mit folgendem Zitat des großen islamischen Philosophen und Mystikers Rumi enden:

> „Geduld bedeutet, dass man immer weitblickend das Ziel im Auge behält, Ungeduld bedeutet,

dass man kurzfristig nicht die Bestimmung begreift.“

Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bas. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Ich wollte eigentlich noch einmal darauf eingehen, wie Prävention vor der eigentlichen Radikalisierung stattfinden kann, dass man schon in Kindergärten und Schulen anfangen und aufpassen muss. Man muss beobachten und zuhören: Wo findet jemand vielleicht nicht seinen Lebensplan? Wo sondert sich jemand ab? Wo läuft jemand Gefahr? Wie kann man da intervenieren?

Ich möchte jetzt aber gerne auf meine Kollegen, die gerade gesprochen haben, eingehen. Man kann einen Text, wenn man will, auf Gedeih und Verderb auch missverstehen, missinterpretieren, man kann Falschaussagen hineindeuten. Daher sollte man sich wenigstens die Mühe geben, dem Redner zuzuhören, der zu unserer Aktuellen Stunde spricht. – Herr Hegemann, hier geht es übrigens nicht um einen Antrag, den Sie ablehnen können, sondern dies ist eine Aktuelle Stunde. Das schon mal als Rahmenbedingung.

(Beifall von den PIRATEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er ist noch nicht so lange dabei!)

Herr Herrmann hat zu Beginn seiner Rede ganz eindeutig gesagt, dass es selbstverständlich wichtig ist, gefährliche, gewaltbereite Rückkehrer mit der ganzen Härte des Gesetzes und mit der ganzen Kraft der Polizei zu beobachten. Das hat er extra noch einmal betont. Wenn andere davon reden, dass wir hier Heititei machen – Herr Dr. Stamp sprach vom Stuhlkreis und Ponyhof – oder überhaupt gegen Überwachung wären, dann ist das einfach falsch. Wir sind dafür, dass gewaltbereite Leute überwacht werden, dass dort die ganze Härte des Gesetzes greift.

Wir müssen uns aber bitte auch anschauen, wer da zurückkommt. Natürlich ist ein Teil davon gewaltbereit und gefährlich. Das sind Moslems oder konvertierte Moslems, die hier von Hasspredigern und durch Videos über Monate, vielleicht über Jahre radikalisiert worden sind. Bei den Leuten – Herr Minister Jäger spricht von ca. einem Viertel, also von aktuell zehn, die nach NRW zurückgekommen sind – müssen wir alles dafür tun, dass nichts passiert.

Wir haben inzwischen aber auch eine Art Tourismus nach Syrien. Das sind junge Leute – ja, es sind Männer und leider auch immer mehr Frauen –, die in sehr, sehr kurzer Zeit beschließen, nach Syrien zu gehen – das ist für sie eine Art Abenteuer –, ohne groß nachzudenken, ohne wirklich tief infiltriert zu sein.

Ich denke zum Beispiel an die beiden Mädchen aus Wien, die vor ein paar Monaten nach Syrien ausgereist sind und nach zwei Wochen ihre Mama angerufen haben, die unbedingt wieder zurückwollten, weil sie gesehen haben: Oh Gott, was haben wir da getan? Wir haben uns etwas ganz anderes vorgestellt. – Auch solche kommen zurück.

Da hilft keine 24-Stunden-Überwachung, sondern da müssen wir sehen: An welcher Stelle haben sie ihren Lebensplan, ihr Lebensziel verloren? Wie können wir die wieder integrieren?

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn Sie uns grenzenlose Naivität vorwerfen oder dass hier das ganz große Fass vom Kampf gegen den Islamismus aufgemacht würde, dann sage ich Ihnen: In unserer Aktuellen Stunde geht es um die Rückkehrer aus Syrien. Das habe viele der Redner nicht mit einem Wort erwähnt. Ich denke, die Aktuelle Stunde war wichtig. Viele Dinge sind schon auf dem Weg.

Herr Minister Jäger, Sie sagen: Wir dürfen bei Prävention und bei Repression nicht eine Seite vernachlässigen. – Wenn wir drei Leute bei „Wegweiser“ haben und Sie auf der anderen Seite 385 zusätzliche Beamte einstellen, dann machen Sie genau das. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass wir heute Morgen eine relativ abstrakte politische Diskussion darüber führen, wer sich eigentlich radikalisiert und wo der Schwerpunkt der Arbeit zu finden ist.

Wenn man sich einmal vor Augen führt – wir haben das versucht, indem wir in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Lebensläufen von Menschen, die in den Salafismus abgerutscht sind, analysiert haben –, wen man dort hat, was für Menschen das sind, dann kann man sagen: Es sind ganz häufig junge Männer – immer noch überwiegend, der Frauenanteil wächst stetig – im Alter zwischen 18 und 25, alle in einer Lebensphase, in der sie nach Werten und nach Orientierung suchen, in der sie zugleich Versagenserlebnisse haben, sei es in der Schule, im Beruf, im Studium oder in der Partnerschaft, und die ein unterdurchschnittliches Selbstwertgefühl haben. Das sind übrigens Eigenschaften und Charakterzüge, die für alle

extremistischen Strömungen und Phänomene gelten. Die sind besonders empfänglich.

Der Salafismus hat aus unterschiedlichen Gründen noch eine zusätzliche Attraktivität.

Das Erste ist: Es wird eine Ideologie versprochen, die selbst für komplizierteste Fragen des Lebens Antworten bereithält.

Das Zweite ist, dass der Salafismus damit wirbt: Egal, wer du bist, woher du kommst, ob du Christ warst oder Muslim, der die Religion nicht ausgeübt hast, wenn du zu uns kommst, dann bist du wieder wer; du bist bei uns anerkannt.

Das Gefährliche am Salafismus ist insbesondere der dritte Punkt: das Werben damit, diese extremistische Ideologie in die Tat umsetzen zu können, indem man sich dem angeblichen Dschihad in Syrien oder im Nordirak anschließt. Man kann selbst aktiv etwas tun. Das Bedauerliche ist, dass der IS hochprofessionell im Internet wirbt, die Kampfhandlungen glorifiziert. Die Brutalität und die Unmenschlichkeit des Bürgerkrieges gerade in Syrien nehmen die Menschen dabei gar nicht wahr, sondern erfahren sie erst vor Ort. – Das sind die Menschen, über die wir reden.

Egal, wie wir heute Morgen hier streiten, ich denke, wir alle sind uns einig: Egal, welche Anstrengungen wir unternehmen, wir werden es nicht schaffen, alle vor dem Abgleiten in den Salafismus zu bewahren. Genauso werden wir es nicht schaffen, jeden, der enttäuscht, desillusioniert, traumatisiert oder aber zusätzlich radikalisiert aus Syrien zurückkehrt, zu deradikalisieren. Das wäre in der Tat naiv. Deshalb ist es wichtig, dass wir auf beiden Seiten arbeiten – Prävention und Repression.

Herr Herrmann und Herr Stamp, man kann ja mal an solchen Projekten rummäkeln und sagen: Das alles geht nicht schnell genug – größer, schneller, weiter. – In Nordrhein-Westfalen sind wir im Rahmen der Salafismusprävention einen Pfad gegangen, den andere erst noch suchen müssen. Wir haben hier Dinge entwickelt, die noch nirgendwo vorhanden waren. Wir haben inzwischen große Akzeptanz für unsere Präventionsprojekte, insbesondere bei denen, deren Hilfe, deren religiöse Kompetenz wir brauchen. Das sind die Muslimverbände, die Moscheevereine, die Imame, die wir dort eingebunden haben.

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Ich glaube, dass von dem Wissen, das wir inzwischen über unseren Weg haben gewinnen können, die Erkenntnisse, die wir haben gewinnen können, andere Länder, egal ob in Deutschland oder international, davon werden profitieren können, weil es dort so etwas noch lange nicht gibt. Es ist immer leicht, Schnelligkeit einzufordern. Ich denke, dass wir auf diesem Gebiet in der Tat beispielgebend sind mit dem, was wir tun.

Meine nächste Bemerkung geht in Richtung FDP: Herr Lürbke, ritualhaft stellen Sie dar, Rot-Grün würde Polizei abbauen. Genauso ritualhaft, kontinuierlich, wie Sie das sagen, werde ich antworten: In Nordrhein-Westfalen wächst die Polizei, weil wir deutlich mehr Einstellungen vorgenommen haben als die Vorgängerregierung. Sie wächst deshalb, weil die vorhandenen Ausbildungskapazitäten von uns konsequent ausgenutzt werden. Hätte Schwarz-Gelb diesen Mut und diese Entschlossenheit besessen wie wir jetzt, würde diese demografische Lücke ab 2018 gar nicht erst entstehen müssen. Um es deutlich zu sagen – auch ritualhaft –, Herr Lürbke: Diese Lücke ist die schwarz-gelbe Lücke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte noch eine letzte Anmerkung machen. Frau Güler, Sie verweisen darauf, was Grün-Rot in Baden-Württemberg macht. Sie verweisen darauf, dass in Baden-Württemberg tatsächlich ein fünfseitiger Brief an die Schulen geschrieben worden ist. – Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn man Radikalisierung verhindern will, wenn man Lehrer, Schüler und die Elternschaft über dieses Phänomen und dessen Gefährlichkeit aufklären will, dann reichen keine Briefe, Frau Güler.

(Beifall von der SPD)

Sondern dann muss das angegangen werden, so wie wir es in Nordrhein-Westfalen machen: einerseits durch eine ordentliche Internetpräsenz zu informieren, andererseits vor allem gemeinsam mit dem Verfassungsschutz und dessen Analysekompetenz, dem Schulministerium und dem Integrationsministerium die Schulen einzuladen – damit haben wir bereits im letzten Jahr begonnen, das werden wir in diesem Jahr noch weiter ausbauen – und denen zu vermitteln und sie darüber zu informieren, was die Ideologie Salafismus ist, wie Schüler darauf reagieren und wie man damit umgehen kann. Ich glaube, das ist ein deutlich qualifizierterer Weg, den wir in Nordrhein-Westfalen gehen, als nur Briefe zu schreiben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu dieser Aktuellen Stunde. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

3 Bürger wirksam schützen statt überwachen – Sicherheit braucht personalstarke Sicher-

heitsbehörden statt anlasslose Vorratsdatenspeicherung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7775

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen fordert eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7772

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7849

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Kollegen Dr. Orth das Wort. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass dies zumindest in dieser Wahlperiode – man weiß ja nie, was die Zukunft bringt – die letzte Rede des Kollegen Orth ist, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile.

(Beifall von allen Fraktionen)

Dr. Robert Orth (FDP): Lieber Herr Präsident, herzlichen Dank für die freundlichen Worte zu Beginn. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am letzten Mittwoch in diesem Landtag als politische und gesellschaftliche Reaktion auf diese schlimmen Anschläge über alle Fraktionen hinweg das klare Signal gesetzt, dass wir in Nordrhein-Westfalen fest entschlossen sind, den Geist und die Geltung der Menschen- und Bürgerrechte mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates gegen Feinde der offenen Gesellschaft zu verteidigen.

Unsere schärfste Waffe ist nun mal die gelebte Freiheit. Sie beginnt mit der Freiheit des Wortes. Wir stehen ein für Demokratie und Vielfalt. Es ist daher unseriös und populistisch, nach solchen terroristischen Untaten reflexartig immer wieder verschärfte Gesetze einzufordern.

(Beifall von der FDP, der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir Liberale lehnen klar jede Instrumentalisierung des Terrors von Paris ab.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wie aber reagieren die Innenminister? – Der Bundesinnenminister und leider auch unser Landesinnenminister sagen, die Überwachung aller Vorratsdaten sei rechtens, wir bräuchten sie.

Was sagen dagegen der Bundesjustizminister und der Landesjustizminister? – Sie sagen, eine solche Speicherung verstoße gegen die Grundrechte. Anstatt die Telefondaten aller Bundesbürger zu speichern, sollten wir uns viel mehr um die Verdächtigen kümmern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Liberale stellen uns klar an die Seite der Justizminister.

(Beifall von der FDP)

Wir sind dafür, die Bürger wirksam zu schützen. Wir brauchen gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden statt anlasslose Totalüberwachung.

Die ganz überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ist sicherheitspolitisch betrachtet vollkommen harmlos. Sie haben nichts vor. Sie schreiben Mails, sie kommunizieren. Das ist auch gut so. Nur weil das jetzt elektronisch erfolgt, müssen wir doch nicht dem Wahn verfallen, dies alles aufzeichnen zu wollen.

Stellen Sie sich vor, Sie gingen durch eine Tür, über der eine Kamera angebracht wäre, und man sagte, alle Leute würden erst mal gefilmt, denn man wisse ja nie, ob man nicht später mal wissen wolle, wer hinein- und wer hinausgegangen sei.

Denken Sie auch an die Mautdaten. Diese Debatte ist neu hochgekommen.

Das alles ist in meinen Augen gruselig. Wir sind dafür, solche Fehler nicht zu machen.

Herr Laschet, Sie haben bei „Hart aber fair“ gesagt, man komme schließlich auch mit richterlichem Beschluss in eine Wohnung. – Dazu kann ich nur sagen: Ja, da ist ein Verdacht vorhanden. Dem geht man nach. Und das ist auch gut so. Das kann man aber auch heute schon.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wir sind aber dagegen, anlasslos jeden unter Pauschalverdacht zu stellen.

Wenn ich im nächsten Monat einer ehemaligen Referentin von uns eine Mail schreibe, dann hat das eigentlich niemanden was anzugehen. Es wird wahrscheinlich auch niemanden mehr was angehen. Wenn aber der Herr Innenminister einer ehemaligen Referentin eine Mail schreibt, könnte das irgendwann eine Staatskrise auslösen, weil nämlich alle Daten, die wir irgendwo erheben, auch ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Ich möchte aber nicht, dass der Innenminister oder jemand von uns oder jemand draußen überhaupt jemals in die Lage kommt, sich rechtfertigen zu müssen, warum er mit wem spricht und warum er an welcher Stelle war. Das sind Dinge, die wir in einem Rechtsstaat nicht wollen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Ich bin der Ansicht, wir müssen auch bei der Vorratsdatenspeicherung unseren Kompass bewahren. In dem Sinne möchte ich Folgendes kurz Revue passieren lassen – das ist heute meine letzte Rede –:

Ich habe immer versucht, bei diesen Themen einen gewissen Kompass walten zu lassen. Ich habe den Maßstab in den Debatten in der eigenen Fraktion angelegt. Sie ist mir dabei auch fast immer gefolgt. Dafür möchte ich mich heute sehr herzlich bei meiner Fraktion bedanken.

Mit diesem Kompass werde ich das Geschehen hier auch zukünftig von zu Hause aus mit meiner Familie, meiner Frau und meinen Kindern, verfolgen. Dank der Piraten können wir das Ganze jetzt ja auch live im Stream verfolgen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das konnten Sie vorher schon! Ehre, wem Ehre gebührt! – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hoffe allerdings, dass das irgendwann auch mit unterdrückter IP-Adresse möglich ist.

Als wir mit dem Rechtsausschuss in Israel waren, waren wir alle – egal ob SPD, CDU, Grüne, Piraten, FDP – Bürger Nordrhein-Westfalens. Auch das sollte ein Kompass für unser Handeln sein. Ich wünsche mir, dass Sie in dem Sinne demnächst auch fraktionsübergreifend im Interesse von Nordrhein-Westfalen Erfolg haben.

Meine Rolle hier ist jetzt erst mal beendet. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit in einigen Hundert Sitzungen, bei einigen Hundert Reden. Ich habe immer versucht, die Menschen zu überzeugen. Vielleicht habe ich auch zum Nachdenken angeregt. Vielleicht habe ich auch mal Meinungen geändert. Bei denen, die ich vielleicht mal verletzt habe, möchte ich mich ausdrücklich dafür entschuldigen.

Ich sage jetzt einfach: Tschüs! Bis bald, wo auch immer. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Lieber Dr. Orth, auch ich möchte mich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bei Ihnen sehr herzlich für Ihre parlamentarische Arbeit bedanken. Sie waren seit dem Jahre 2000 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, also 15 Jahre. Unter anderem waren Sie stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Rechtsausschusses. Sie haben unsere Debatten insbesondere in Fragen der Rechtspolitik und der Innenpolitik nachhaltig bereichert und die Landtagsdebatten mitgeprägt. Dafür möchte ich mich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren beruflichen und privaten Lebensweg alles Gute. Sie sind ja Düsseldorfer. Das heißt, Sie arbeiten und leben im Schatten des Landtags. Dann vergisst man auch die Arbeit des Landtags nicht, insbesondere dann nicht, wenn man diesem Parlament 15 Jahre angehört hat.

Vielen Dank für diese 15 Jahre im nordrhein-westfälischen Landtag. Alles Gute für Ihre private und berufliche Zukunft!

(Anhaltender Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Für die CDU-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Golland.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Deutsche Richterbund hat in seiner Pressemitteilung vom 15. Januar dieses Jahres erklärt, eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland sei – ich zitiere – „verfassungs- und europarechtskonform umsetzbar“.

Zur Notwendigkeit der Vorratsdatenspeicherung heißt es in der Pressemitteilung wörtlich:

„Die Ermittlungsbehörden brauchen dieses Instrument. In nahezu allen Bereichen schwerer Kriminalität sind Telefon- und Internetverbindungsdaten ein wesentlicher, oft der einzige Ansatz für Ermittlungen.“

Dass der sonst eher zurückhaltende Richterbund derart eindeutig Stellung zu einer Frage der inneren Sicherheit bezieht, ist außergewöhnlich und macht vor allem eines deutlich: Die Behauptung, Vorratsdatenspeicherung sei ein verbotener Grundrechtseingriff, ist schlichtweg Unsinn. Sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Europäische Gerichtshof haben unmissverständlich klargestellt, dass die Vorratsdatenspeicherung ein legitimes Mittel ist, um schwere Kriminalität zu bekämpfen. Da beide Gerichte in ihren Urteilen zudem beschrieben haben, unter welchen Bedingungen Vorratsdatenspeicherung betrieben werden darf, liegt die Blaupause für eine verfassungskonforme Neuregelung bereits auf dem Tisch.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass das Bundesjustizministerium in der Lage ist, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der diesen Vorgaben genügt – auch unter Heiko Maas.

Wie fatal sich die fehlende Möglichkeit zur Vorratsdatenspeicherung bei uns in Nordrhein-Westfalen mittlerweile auswirkt, hat die Gewerkschaft der Polizei bereits vor einem Jahr mit erschreckenden Zahlen belegt.

Laut Pressemitteilung der GdP vom 9. Januar 2014 konnten in den Jahren 2011 bis 2013 bei insgesamt 348 Strafverfahren, die im Bereich der Internetkriminalität eingeleitet wurden, die Täter mangels Vorratsdatenspeicherung nicht ermittelt werden. Noch schlimmer: Im Bereich der Kinderpornografie ist von rund 1.000 Verfahren etwa jedes vierte erfolglos geblieben, weil die Ermittler nicht auf Verbindungsdaten der Verdächtigen zugreifen durften.

Meine Damen und Herren, das ist besonders schlimm und schändlich, ein unerträglicher Zustand, der das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat schwer beschädigt.

Wie der Präsident des Bundeskriminalamts, Holger Münch, am 14. Januar 2015 im ZDF erklärte, stellt die Vorratsdatenspeicherung auch im Anti-Terror-Kampf einen wichtigen Baustein dar. Weil Terroranschläge häufig nicht isoliert kämen, sondern als Serie, könnten die Behörden durch eine entsprechende Möglichkeit des Zugriffs auf Kommunikationsdaten sehr schnell mögliche Mittäter ausfindig machen und dadurch weitere Anschläge verhindern.

Bei aller berechtigten Sorge um Aspekte des Datenschutzes sage ich deshalb: Wir dürfen das legitime Ziel der wirksamen Aufklärung und Verhinderung von Straftaten nicht aus den Augen verlieren. Wer will, dass sich der Staat hier ausklinkt, der verabschiedet sich auch von seiner Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den PIRATEN)

Ich freue mich deshalb, dass die Forderung von CDU und CSU nach einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung inzwischen nicht nur von den SPD-Innenministern der Länder, sondern auch vom SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel geteilt wird.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger ist ja bekanntlich ohnehin ein großer Befürworter dieses Instruments und hat in der Vergangenheit schon die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für ihr Nein zur Vorratsdatenspeicherung mehrfach scharf kritisiert. Ich darf dazu Herrn Innenminister Jäger aus der „Bild"-Zeitung vom 26. März 2012 zitieren,

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Aus der „Bild"-Zeitung, großartig!)

gegenüber der er sagte, Frau Leutheusser-Schnarrenbergers Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung sei – Zitat – „mit gesundem Menschenverstand nicht mehr zu erklären". Sie bewege sich damit – Zitat – „nahe an Strafvereitelung", so Minister Jäger am 18. Mai 2013 auf „focus.de" –, und agiere – weiteres Zitat von Minister Jäger, und zwar aus der „Westdeutschen Zeitung" vom 26. Juni 2012 – „aus parteipolitischem Kalkül, anstatt sich für die Interessen der Opfer von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch einzusetzen."

Lieber Herr Minister Jäger, wenn Sie heute hier wären – der Platz ist leer, wie ich sehe; das Thema scheint ja nicht so wichtig zu sein, oder es ist gerade unangenehm, weil Sie von Ihrer eigenen Fraktion überstimmt werden –, dann könnten Sie dazu Stellung nehmen.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Er kann ruhig wegbleiben! Ich kann es gut verstehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich will sehr hoffen, dass diese Sätze nach der heutigen Debatte nicht mehr über Herrn Jäger aussagen als über Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie Ihren Innenminister in seinem Anliegen unterstützen und dem vorliegenden CDU-Antrag für eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung zustimmen werden – im Interesse der Sicherheit und der Menschen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Zuruf: Herr Kollege Orth, können Sie nicht tauschen: Sie bleiben hier und die anderen gehen? Entschuldigung! – Heiterkeit)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Golland. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Wolf.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Orth, lieber Robert, ich möchte mich an der Stelle noch mal ganz herzlich für die sehr angemessenen Worte von dir bedanken und auch dafür, dass du dazu beigetragen hast, dass das hier beinahe eine sachliche Debatte geworden wäre. Vielleicht wird sie das ja auch noch.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Lieber Kollege Golland, wenn wir hier über Vorratsdatenspeicherung diskutieren, dann müssen wir das – das haben Sie ein bisschen versucht – vor dem Hintergrund der zwei entscheidenden Urteile aus Luxemburg und aus Karlsruhe tun. Wir müssen uns jedes Mal, wenn wir als Politik in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, drei relativ einfache Fragen stellen: Ist das Gesetz geeignet? Ist es erforderlich? Ist es angemessen? Nur unter dieser Voraussetzung – das haben die beiden Urteile sehr deutlich gesagt – ist es verfassungskonform, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.

Sie haben gesagt: Grundsätzlich stellen die Gerichte in Luxemburg und Karlsruhe die Speicherung von Daten als ein geeignetes Mittel dar. – Aber man muss dann sehr differenziert über Maß und Umfang

der Speicherung, über den Anlass, die Dauer und über den Zugang zu diesen Daten sehr differenziert diskutieren. Das habe ich in Ihrem Redebeitrag vollkommen vermisst.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Warum diskutieren wir das so ausführlich? Weil wir alle das Recht haben, dass wir nicht ständig mit einem Gefühl der Überwachung leben müssen, genauso wie wir aber auch alle gemeinsam das Recht haben, dass uns der Staat vor Anschlägen von Terroristen und Kriminellen schützt. Beides gehört zusammen.

Sie merken, es ist eine hoch sensible Debatte, die wir hier führen: zwischen politischen Forderungen und verfassungsrechtlichen Schranken. Da gibt es nun mal kein Schwarz oder Weiß. Die Anträge, die die CDU und auch die FDP hier vorgelegt haben, beleuchten aber immer nur eine der beiden Seiten. Ich will das mal so sagen: Sie haben, glaube ich, Glück, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der CDU, dass der Wähler Ihnen nur noch sehr selten eine Zusammenarbeit in einer Koalition aufbürdet.

(Heiterkeit von der SPD – Unruhe von der CDU und der FDP)

Ich glaube, die Position, die die SPD hier vertritt, ist deutlich differenzierter.

(Zuruf von der FDP: Welche ist das denn?)

Der Bundesjustizminister hat auch nach den Anschlägen in Paris sehr deutlich gesagt, dass wir zu einer sachlichen Debatte zurückkehren müssen. Er hat auch gesagt, dass er derzeit eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ablehnt. Das ist überhaupt kein Widerspruch zu dem, was der SPD-Bundesvorsitzende gesagt hat. Auch er hat in dieser aufgeheizten Debatte zur Besonnenheit gemahnt und insbesondere daran erinnert, dass es die SPD auf Bundesebene war, die davor gewarnt hat, dass das, was man auf Bundesebene beschlossen hat, vor dem Bundesverfassungsgericht nicht halten wird. Er hat auch noch mal sehr deutlich gesagt: Wenn wir in dieser Frage eine Lösung suchen, dann kann es nur eine gemeinsame europäische Lösung geben.

Wenn wir alle gemeinsam – das entnehme ich der Debatte, die wir gerade im Rahmen der Aktuellen Stunde hier geführt haben – der Auffassung sind, dass sich die Sicherheitslage durch das, was in Paris passiert ist, verändert hat, dann müssen wir darauf gegebenenfalls reagieren.

(Christian Lindner [FDP]: Aber die Verfassungslage hat sich nicht geändert!)

Wie darauf zu reagieren ist, Herr Kollege Lindner, das hat der Innenminister ja gerade sehr deutlich gesagt. Er hat das Projekt „Wegweiser“ erwähnt. Er hat die zusätzlichen Stellen für Polizeibeamte erwähnt. Er hat die zusätzlichen Ressourcen für den Verfassungsschutz erwähnt.

Auch auf Bundesebene wird aktuell über Lösungen diskutiert. Da gibt es eine Diskussion über den Entzug von Personalausweisen, über weitere Straftatbestände, zum Beispiel was die Finanzierung von Terroristen betrifft.

Es geht um deutlich mehr als um die Vorratsdatenspeicherung. Die gab es in Frankreich, und dieses Instrument hat da ja scheinbar nicht funktioniert.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: So sieht es leider aus!)

Deswegen bedarf es auch vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse in Paris dieser Anträge nicht. Wir werden sie daher ablehnen.

Wir als SPD brauchen keinen Nachhilfeunterricht, was Bürgerrechte angeht. Wir haben – um bei den Worten des Herrn Kollegen Orth zu bleiben – unseren eigenen Kompass. Den haben wir seit mehr als 150 Jahren. Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, und zwar im Einklang und nicht isoliert. Es geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht um Freiheit oder Sicherheit, sondern es geht um Freiheit und Sicherheit. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Kollegin Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns Grüne ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass nach den schrecklichen Attentaten in Paris jetzt hier in Deutschland ernsthaft die Vorratsdatenspeicherung diskutiert wird. Dieser Reflex, nach Angriffen auf die Freiheit mit weniger Freiheit zu reagieren, bleibt grundfalsch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir dürfen Terroristen nicht unsere Grundrechte opfern. Es ist maßlos, es ist unverhältnismäßig, die Grundrechte von 82 Millionen Menschen der Überwachung von einigen wenigen Kriminellen zu opfern. Die Vorratsdatenspeicherung greift in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ein, egal, wie lange sie dauert.

Wir Grüne lehnen schon immer anlasslose Totalüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern ab. Für uns stellt die Vorratsdatenspeicherung einen massiven Eingriff dar, der mit unseren Vorstellungen von einer freien Gesellschaft nicht vereinbar ist. Die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen ist schlicht inakzeptabel.

Die Speicherung aller Verbindungsdaten würde Bürgerinnen und Bürger in fast allen Lebensbereichen durchsichtig machen. Soziale Kontakte würden dokumentiert, Bewegungen wären genau nachweisbar, persönliche Problemsituationen erkennbar, geschäftliche und private Kommunikation wäre nicht länger vertraulich.

Wenn wir das einmal für Berufsgruppen durchdenken: Bei Seelsorgerinnen und Seelsorgern, Ärztinnen und Ärzten, Abgeordneten, Journalistinnen und Journalisten oder auch bei der Anwaltschaft würde das einen unnötigen Vertrauensverlust für Patientinnen, für Bürgerinnen, für Mandantinnen und für Informantinnen und Informanten bedeuten. Das können wir nicht zulassen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Golland zulassen, der auf dem Platz von Herrn Lienenkämper sitzt?

Dagmar Hanses (GRÜNE): Sehr gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Gregor Golland (CDU): Ich möchte nur fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass sich am 18. Januar 2015 der Grünenchef Cem Özdemir eine Wiedereinführung der umstrittenen Vorratsdatenspeicherung vorstellen konnte,

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

mit der Einschränkung, die Neuregelung müsse aber mit dem Grundgesetz vereinbar sein? – Also: Er kann sich das vorstellen. Ist Ihnen das bekannt? Ihr oberster Parteichef!

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Kollegin.

(Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU)

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Golland, das war für mich nicht nachvollziehbar. Ich wäre darauf später noch im Zusammenhang damit eingegangen, wie Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

– ja, ich kenne das – und das Urteil des EuGH in Ihrem Redebeitrag vorhin interpretiert haben. Für uns sind diese Gerichtsurteile sehr eindeutig: dass sie die Vorratsdatenspeicherung anlasslos und massenhaft nicht zulassen. Wenn Daten von Kriminellen gespeichert werden – egal, wie Sie den Begriff definieren –, ist das für uns keine Vorratsdatenspeicherung. Deshalb brauchen wir dringend eine konsequente Strafverfolgung von Kriminellen sowie Prävention.

Lassen Sie mich jetzt bitte fortfahren.

Wenn wir einmal andenken, was denn passieren würde, wenn Vorratsdatenspeicherung eingeführt würde: Glauben Sie, Herr Golland, denn wirklich, dass Terroristen sich dadurch von ihrem Tun abhalten lassen würden?

Unsere Antwort muss eine rechtsstaatliche sein. Sie muss die konsequente Strafverfolgung in den Vordergrund stellen und wirksame Prävention in allen Lebensbereichen durchdeklinieren.

Das ist für uns nicht nur das von Herrn Kollegen Wolf genannte Projekt „Wegweiser“, über das wir sehr froh sind und das übrigens schon vor den Attentaten von Paris von der Landesregierung in Angriff genommen wurde. Wir brauchen im Bereich des Terrorismus auch Forschung. Wir brauchen Prävention in der Jugendarbeit. Wir sollten uns sicherlich auch in der Justiz Radikalisierungsprozesse im Strafvollzug ansehen und viele andere Bereiche genauer betrachten. Ihr reflexhaftes Verhalten ist völlig daneben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Präsident, gestatten Sie mir noch ein paar kurze Worte an den Kollegen Orth. Ich darf noch „Herr Kollege“ sagen, denn er bleibt ja noch bis Dienstag. Als Westfälin kann ich auch feste Karneval feiern. Deshalb freue ich mich, dass wir am Dienstag im Rheinland feiern können.

Herr Orth, oder: Lieber Robert, ich möchte dir ganz herzlich danken für dein Engagement in den letzten 15 Jahren. Noch dienstältester Ausschussvorsitzender, 15 Jahre, vier Justizminister erlebt – das ist schon beeindruckend! Ich danke dir für die Arbeit und deine Neutralität. Ich war sehr beeindruckt, wie du in Israel die Delegation des Rechtsausschusses geleitet hast, und danke dir für die guten Gespräche und Begegnungen.

Im Rechtsausschuss hatte ich ja die Pressemitteilung der FDP ein bisschen kritisiert, weil sie von der „Idee der Freiheit“ sprach. Ich dachte: Für uns ist Freiheit mehr als eine fixe Idee. Dann habe ich mich aber noch eines Besseren belehren lassen, dass nämlich „Idee“ aus dem Griechischen kommt,

(Zuruf: Ah!)

im Grunde „das Urbild“ ist. In diesem Sinne möchte ich der FDP sagen: Wenn die FDP an dem Urbild der Freiheit festhalten will, dann können wir sicher noch mal darüber sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich wünsche dir persönlich alles Gute, beruflich wie privat. Ich denke, wir sehen uns wieder. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Hanses. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und am Stream! Lassen Sie mich bitte zu Beginn einige Dinge klarstellen.

Immer wenn wir von Vorratsdatenspeicherung sprechen, meinen wir die anlasslose, massenhafte Speicherung von Kommunikationsdaten, eine unbegründete Speicherung von persönlichen Informationen über Millionen von Menschen. Das steckt schon im Wortbestandteil „Vorrat“. Damit ist eine Speicherung im Voraus und auf Halde gemeint, die man später womöglich gar nicht mehr braucht. Ein datenschutzrechtlicher Albtraum!

Übrigens: Daran ändert auch die Verwendung irgendwelcher euphemistischen Narrative wie „Mindestspeicherung“ nichts.

Dem gegenüber steht die anlassbezogene Datenspeicherung, nämlich wenn man in Verdachts- oder Ermittlungsfällen ganz gezielt Daten von bestimmten Verdächtigen sammelt. Das ist ein ganz anderes Vorgehen. Das wird selbstverständlich so angewendet. Aus gutem Grund gehört das zur üblichen Polizeiarbeit. Aus genauso gutem Grund wird jeder einzelne dieser Fälle von einem Richter geprüft. Hiergegen wendet sich absolut niemand.

Einen schönen Gruß an dieser Stelle an Herrn Stotko! Die Verwendung von Extrempositionen, die man dann dem Gegner unterstellt, ist der älteste und auch der dümmste rhetorische Trick, den man verwenden kann, um sich mit Argumenten nicht auseinandersetzen zu müssen.

(Beifall von den PIRATEN)

In dieser Debatte jedenfalls gehen diese beiden Arten von Datenspeicherung munter und wild durcheinander. Das eine wird mit dem anderen begründet. Die absichtsvolle Vermischung von diesen beiden Punkten sollten Sie den Rednern in dieser Debatte nicht durchgehen lassen.

Verwerflich ist auch die Instrumentalisierung der Opfer der Anschläge von Paris, die wir erleben, um Vorratsdatenspeicherung zu rechtfertigen. Das ist schändlich, und wir weisen dieses Ansinnen zurück.

(Beifall von den PIRATEN)

Genauso schändlich übrigens ist die Instrumentalisierung von Kindesmissbrauchsopfern, Herr Golland.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Korrekt!)

Wie wir wissen, gibt es in Frankreich seit 2011 eine weitreichende, flächendeckende, massenhafte zwölfmonatige Vorratsdatenspeicherung. Ganz offensichtlich hat sie keinen Beitrag zur Verhinderung solcher Taten geleistet. Mehr noch: Die Täter waren zuvor polizeibekannt. Dazu braucht es keine Vorratsdatenspeicherung. Das funktioniert effektiver mit zielgerichteter polizeilicher Arbeit. Auch der norwegische Attentäter Anders Breivik war polizeibekannt und stand bereits unter Überwachung.

Die Vorratsdatenspeicherung hat mit beiden Fällen rein gar nichts zu tun. Womöglich wäre es sinnvoller gewesen, die polizeiliche Überwachung von bekannten Tätern zu intensivieren, anstatt die Ressourcen für massenhafte Vorratsdatenspeicherung zu verwenden

(Beifall von den GRÜNEN)

und sich in trügerischer Sicherheit zu wähnen. – Der beste Datenschutz ist immer noch, so wenig Daten wie möglich zu sammeln. Datenschutz erhöht unser aller Sicherheit.

Bisherige Versuche auf bundesdeutscher oder europäischer Ebene, eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung einzuführen, sind an verfassungsrechtlichen Bedenken gescheitert. Die Richter rügen nämlich genau das, was eine Vorratsdatenspeicherung ausmacht: die massenhafte Überwachung und der fehlende Anlassbezug. Nach ihrer Einschätzung verstoßen gerade diese Punkte gegen unsere Grundrechte. Wie soll denn unter diesen Voraussetzungen überhaupt eine Vorratsdatenspeicherung verfassungsgemäß ausgestaltet werden?

Aber selbst wenn das gelingen würde: Ist es wirklich so, dass man jede technisch mögliche Maßnahme auch durchführen muss, ungeachtet ihrer schädlichen Nebenwirkungen für informationelle Selbstbestimmung, Pressefreiheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Vertraulichkeit des Wortes zum Beispiel bei Anwälten, bei Geistlichen oder auch bei uns Parlamentariern, und so viele weitere Freiheitsrechte – und das, wo sich der angebliche Nutzen überhaupt gar nicht belegen lässt?

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg hat am Montag in einem 35-seitigen Bericht festgestellt: Bürger sollen nur überwacht werden, wenn ein Gerichtsbeschluss und ein begründeter Verdacht vorliegen. – So ist das nämlich.

Bundesjustizminister Heiko Maas lehnte die Vorratsdatenspeicherung ebenso ab. Ich kann ihn so zitieren: Eine solche Speicherung verstößt gegen die Grundrechte. – So ist das also.

Der Präsident des Bundesverbandes IT-Mittelstand sagte: Die Vorratsdatenspeicherung ist kein probates Mittel, um die IT-Sicherheit zu verbessern. – Aha! So ist das nämlich.

Last but not least: Die EU-Kommission selbst hat mitgeteilt, keine eigenen Pläne zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung mehr zu verfolgen. – So ist das nämlich.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ich bin sofort fertig.

Wir sind der Meinung: Sicherheit gibt es nur durch mehr Freiheit und nicht durch den Abbau von Freiheitsrechten. Die vergeblichen Versuche, eine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland gegen die Grundrechte einzuführen, geben wir hier bitte endlich auf! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Noch ein paar Worte an Herrn Dr. Orth: Vielen herzlichen Dank für Ihre vielen Initiativen in diesem Bereich, gerade für die Bürgerrechte. Das schätzen wir sehr. Ich hoffe, dass sich die FDP-Fraktion dem auch in Zukunft weiter verpflichtet fühlt. Herzlichen Dank! Man sieht sich immer zweimal.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Kutschaty.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die brutalen Terroranschläge aus Paris haben uns alle erschüttert und tief betroffen gemacht. Es war eine gute Stunde dieses Parlaments, als wir vorgestern in einer gemeinsamen Resolution unsere Empfindungen dazu auch zum Ausdruck gebracht haben.

Bei allen Rednern vorgestern ist sehr deutlich geworden, dass diese Terroranschläge ein Angriff auf uns alle gewesen sind, insbesondere aber auch ein Anschlag auf die Freiheit gewesen sind.

Der Terror verbreitet Angst. Genau das ist ja auch das Ziel der Attentäter, Angst zu verbreiten. Wir erleben es leider ganz aktuell in diesen Tagen, dass ganz offensichtlich diese Angst wirkt. Ich gucke da auf den Kölner Karneval. Ich bin mir sicher, dass sich die Verantwortlichen die Entscheidung nicht leicht gemacht haben, die sie getroffen haben. Ich möchte gleichwohl auch sagen: Wer hier ohne handfesten Grund weicht, der macht ungewollt dem Terror Platz.

(Beifall von allen Fraktionen)

Angst ist auch kein guter Ratgeber der Politik. Politik ist selbstverständlich gefragt, dort gesetzgeberisch oder administrativ tätig zu werden, wo wir sinnvolle Maßnahmen ergreifen können, um die Sicherheit der Bevölkerung hier in unserem Land zu optimieren. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, vernünftig in aller Ruhe zu überprüfen, was denn geeignete Maßnahmen sind, um diesem Ziel auch gerecht zu werden, und bitte nicht in alte Reflexe zu verfallen.

Ich halte es für sinnvoll – dazu stehe ich auch –, dass es in allererster Linie gilt und gelten muss, sich um die Tatverdächtigen zu kümmern und diese zu überwachen. Es ist ja schon mehrfach betont worden. Auch dafür sind die rechtlichen Grundlagen vorhanden. Es ist auch gut und sinnvoll, dass die Maßnahmen des Bundesjustizministers aufgegriffen werden, Ein- und Ausreisebeschränkungen zu ergänzen, Strafbarkeitserweiterungen für die finanzielle Unterstützung von Terroristen gesetzlich zu verankern, und dass auch im Land die entsprechenden Maßnahmen durch eine personelle Stärkung von Polizei und Verfassungsschutz getroffen werden.

Es ist jedoch falsch, meine Damen und Herren, jetzt reflexartig und ohne genaue Analyse der Angriffe in Paris eine anlasslose und voraussetzungslose Speicherung aller Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger zu fordern. Denn die Wirksamkeit, meine Damen und Herren, steht durchaus infrage. Schließlich ist gerade bereits gesagt worden, dass eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung die Anschläge in Paris nicht verhindern konnte. Und sie hat auch nicht dazu beigetragen, die Täter zu fassen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wer so etwas fordert, muss sich natürlich genau die rechtlichen Grundlagen dazu anschauen, in welchem Spektrum und in welcher Bandbreite wir uns überhaupt bewegen können.

Das Bundesverfassungsgericht hat zumindest die bisherige deutsche Regelung im Jahre 2010 für verfassungswidrig erklärt. Der Europäische Gerichtshof hat im Jahr 2014 die EU- Richtlinie dazu ebenfalls für verfassungswidrig erklärt. Bislang hat mir noch kein Innen- oder Sicherheitspolitiker eine gangbare Lösung aufgezeigt, wie das auch tatsächlich verfassungskonform funktionieren kann.

Ganz offensichtlich prallen hier heute die Vorstellungen von CDU und FDP sehr deutlich gegeneinander. Das ist ein Problem, das Sie in vier Jahren in der Bundesregierung nicht geschafft haben zu lösen. Diesen Streit versuchen Sie nunmehr beide hier ins Parlament zu holen.

Ich möchte versöhnlichkeitshalber sagen: Jeder liberale Rechtspolitiker hat immer auch ein Auge auf die Sicherheit, und ihm ist die Sicherheit nicht egal. Aber, liebe FDP, andersherum sage ich auch, dass einem Innen- und Sicherheitspolitiker die Freiheit genauso wenig egal ist. Hier geht es nunmehr darum, nach Vorlage einer neuen EU-Richtlinie zu überlegen, ob das möglicherweise eine sinnvolle Ergänzung sein kann. Wir haben hier aber immer den Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit im Auge zu behalten.

Sehr geehrter Herr Dr. Orth, lieber Robert, ich bedauere es sehr, dass du an der weiteren Debatte zumindest nicht mehr als Abgeordneter teilnehmen

wirst. Ich möchte hinzufügen: Dein Weggang aus dem Landtag ist ein Verlust für deine Fraktion. Du hast der Rechtspolitik hier 15 Jahre lang nicht nur Inhalt, sondern auch ein Gesicht gegeben. Ich durfte zehn Jahre lang gemeinsam mit dir im Rechtsausschuss verbringen. Das war eine sehr angenehme Zeit, in der du es nicht nur geschafft hast, souverän Sitzungen zu leiten und den Rechtsausschuss würdig nach außen zu repräsentieren, sondern auch, die Grundwerte der Freiheit in inhaltlichen Positionen fortzuführen und hereinzubringen.

Ich wünsche mir, dass das auch weiterhin so geschehen wird. Dir alles Gute für deine weitere Zukunft! – Und Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7775. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Diese führen wir jetzt über den Inhalt des eben skizzierten Antrages durch. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Antrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/7775 abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU. Dieser trägt die Drucksachennummer 16/7772. Auch hier wurde direkte Abstimmung beantragt. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand im Haus enthalten? – Das ist nicht der Fall. Mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis ist auch der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/7772** abgelehnt worden.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten, dessen Drucksachennummer 16/7849 lautet. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist auch der **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/7849** abgelehnt worden. – Ich schließe Tagesordnungspunkt 3.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 4 aufrufe, möchte ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Orth, im Namen des Hohen Hauses noch einmal ganz offiziell für Ihre bisher geleistete Arbeit ganz herzlich danken und Ihnen im Namen des Hohen Hauses für Ihren weiteren Berufs- und Lebensweg alles Gute wünschen. Vor allen Dingen wünsche ich Ihnen, dass Sie Ihre Entscheidung nie bereuen mögen. Alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Ich rufe auf:

4 Den Rohstoff Braunkohle auch über das Jahr 2030 hinaus anerkennen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7159

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
Drucksache 16/7796

Ich möchte Sie gerne auf Folgendes hinweisen: Der Antrag der Fraktion der CDU wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen soll. Die Beschlussempfehlung und der Bericht dieses Ausschusses liegen uns nunmehr vor.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen van den Berg von der SPD-Fraktion das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift des Antrages heißt: „Den Rohstoff Braunkohle über das Jahr 2030 hinaus anerkennen“. Ich weiß nicht, ob Garrelt Duin in seinem Büro einen entsprechenden Stempel hat, aber der Eingangsstempel müsste eigentlich lauten: „Erledigt durch Regierungshandeln“.

Denn wir alle kennen die Einlassung der Staatskanzlei zu dem Thema. Auch die Autoren des Antrags waren am 30.10. in Jülich-Barmen bei der Konferenz zur Leitentscheidung dabei. Dort hat die Staatskanzlei erklärt – man findet das auch wortwörtlich im Internet auf den Seiten der Landesregierung –, es sei – Zitat –

> „nicht an eine Abkehr von der Braunkohlenverstromung bei der Energieversorgung in unserem Bundesland gedacht. Die Braunkohle wird auch nach 2030 unverzichtbarer Bestandteil der Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen bleiben!“

Meine Damen und Herren, gestern hat mich Kollege Priggen freundlich zitiert und auch nette Worte gefunden. Ich will ihn an der Stelle auch einmal zitieren. Denn er hat als Koalitionspartner ganz eindeutige Aussagen dazu gefunden, und zwar am 2. April im Wirtschaftsausschuss – Zitat –:

> „Dass damit nicht 2030 automatisch Ende ist, ist allen, die sich damit beschäftigen, ebenfalls klar. Da ist ganz viel Falsches erzählt worden."

Meine Damen und Herren, auf dem Niveau müssen wir uns nicht mehr bewegen. Ich finde, Herr Kollege Hachen, das Fatale an dem CDU-Antrag ist, dass Sie auf die Veränderungen, die uns jetzt in der Energiewirtschaft bevorstehen, die fehlenden Investitionsbedingungen für den Bau konventioneller Kraftwerke, die nun einmal da sind, und die Tatsache, dass das eine neue Rolle für die Energiewirtschaft und auch für die Braunkohle definieren wird, überhaupt nicht eingehen, dazu nichts sagen.

Ich sage es an der Stelle klar: Es gibt eine neue Rolle. Die Braunkohle wird künftig weniger gebraucht werden. Es wird auch letztlich weniger Kohle eingesetzt werden.

Jetzt will ich das Positive zu Ihrem Antrag sagen, denn Sie führen das im nächsten Absatz aus. Wir beschäftigen uns ja intensiv in der Enquetekommission damit: Eine Perspektive könnte die Kohlechemie sein. Man kann aus der Braunkohle noch etwas Intelligenteres machen als nur Wasser wärmen und damit eine Turbine anzutreiben. Damit beschäftigen wir uns intensiv dort. Ich finde, mit dieser Frage könnten auch wir uns wirklich intensiv beschäftigen.

Das Erste, was man dann beantworten muss, ist die Frage: Rechnet sich das? Andere Länder machen uns das vor. Wir haben in China, in Indien längst Anlagen, die zeigen, dass das möglich ist. Aus China wissen wir, dass dies bei einem Ölpreis von 70 € pro Barrel und einem Steinkohlepreis von 50 € pro Tonne Steinkohleeinheit wirtschaftlich betrieben werden kann. Jetzt wissen wir, Braunkohle ist nicht Steinkohle. Die Literatur sagt uns, für rund 10 bis 20 € wird Braunkohle pro Tonne hier gefördert. Wenn man das umwandeln müsste in Steinkohleeinheiten, lägen wir etwa bei 20 bis 40 € pro Tonne. Auch da bekommt man ein Gefühl dafür, dass das ein wirtschaftlich interessantes Szenario ist.

Könnten wir die Mengen, die die chemische Industrie braucht, eigentlich abdecken? Die chemische Industrie in Deutschland verwendet derzeit 8,6 Millionen t Olefine, die sie weiterverarbeitet – Ethylen, Propylen – zu Kunststoffen. Dafür werden als Rohstoff augenblicklich 15 Millionen t Erdöl pro Jahr eingesetzt. Das könnte man mit 71 Millionen t Braunkohle substituieren. Von den Mengenverhältnissen her wäre dies möglich. Auch deswegen beschäftigen wir uns in der Enquete intensiv mit diesen Fragen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das Spannende ist – Kollege Brockes weiß es auch –, dass das auch interessant für die CO_2-Bilanz ist. Denn 50 % des Kohlenstoffs könnte in den Produkten gebunden werden und dadurch letztendlich auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Wenn wir dann noch die Prozesse mit Überschussstrom und Wasserstoff einkoppeln, werden wir vielleicht sogar irgendwann Biomasse, was technologisch der gleiche Pfad wäre, einpreisen und einspielen, was zusätzlich ein spannendes Szenario wäre.

Deswegen, meine Damen und Herren, könnte dieser Pfad ein Beitrag zur Verbreiterung der Rohstoffbasis sein. Wir könnten die Importabhängigkeit unseres Bundeslandes verringern. Welten würden zusammenwachsen, die Chemiewelt und die Energiewelt, und dadurch würden neue Produktionsmöglichkeiten entstehen. Wertschöpfungsketten würden an dieser Stelle ein Stück länger werden. Kohlechemie kann ein Innovationstreiber, ja vielleicht sogar ein Standortfaktor für unser Bundesland werden.

Es gibt auch Kritisches. Darüber werden wir weiter in der Enquetekommission diskutieren. Wir sind in der heißen Phase. Das sind die Anlagenkosten, das ist die Frage der Nutzung von CO_2-Zertifikaten …

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Guido van den Berg (SPD): … und die öffentliche Akzeptanz, Frau Präsidentin. – Frau Präsidentin, ich glaube, langfristig lohnt es sich, die Kohle aus dem Feuer zu holen.

(Heiterkeit)

Es ist immer schlimm, wenn man hier steht, etwas sagen will und nicht nur redet, dann geht die Zeit immer so schnell um. Ich hoffe, ich habe Sie nicht gelangweilt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat Herr Dr. Hachen jetzt das Wort.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, unser Antrag beschreibt das, was uns eigentlich alle umtreibt. Herr van den Berg hat gerade sehr beredt darüber berichtet, nämlich: Ist Nordrhein-Westfalen nur Verlierer der Energiewende, oder haben wir auch Chancen und können Energieland Nummer eins bleiben? Wo liegen dann diese Chancen, und wie können wir sie nutzen?

Wir haben in unserem Antrag darum gebeten und dafür geworben, dass die Landesregierung über potenzielle Chancen im zuständigen Ausschuss be-

richtet und sie bewertet – und dies in besonderer Weise auch für einen Einsatz von Braunkohle als Rohstoff für die Chemieindustrie. Wir haben gerade darüber einiges gehört.

Der Antrag – zum Ablauf noch einmal kurz die Erinnerung – wurde im November an den Wirtschaftsausschuss verwiesen und dort von SPD, Grünen und Piraten abgelehnt. In der Beschlussempfehlung und dem Bericht dazu ist nachzulesen, dass die genannten Fraktionen die angebliche – ich zitiere – den Arbeitsplatz belastende und befremdliche Vorwegnahme von nicht öffentlichen Ergebnissen der Enquetekommission als Grund dafür anführen, den Antrag abzulehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade haben wir es wieder gehört: Die stoffliche Umwandlung von Kohle ist weltweit eine Erfolgsgeschichte. Es gibt auch in Deutschland längst einen öffentlichen Diskurs darüber, zum Beispiel Ende Oktober beim Cluster EnergieForschung.NRW hier in Düsseldorf. Dort hat in öffentlicher Veranstaltung Herr Dr. Gutte von der TU Bergakademie Freiberg umfangreich darüber referiert. Und Herr Dr. Elsen, der Leiter Forschung und Entwicklung beim RWE, warb für einen intelligent organisierten Einstieg in die stoffliche Nutzung der Braunkohle im Pilotmaßstab.

Zuletzt, auch das möchte ich noch erwähnen, hat auch der Wirtschaftsminister selbst bei der Eröffnungsveranstaltung zur IRR in Jülich ausdrücklich auf diese Option hingewiesen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ganz offensichtlich bezüglich der Ablehnungen ein vorgeschobenes Argument, um die Diskussion darüber, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht führen zu wollen.

(Beifall von der CDU)

Ich habe mit Freunde zur Kenntnis genommen, Herr van den Berg, dass wir doch langsam beginnen, die Diskussion darüber zu führen, und ich denke, das ist gut.

Die SPD betonte übrigens auch im Wirtschaftsausschuss – ich zitiere wieder –: Alle seien sich sicher, dass der Anteil der Braunkohle an der Verstromung durch das Gelingen der Energiewende deutlich abnehmen werde. – Ja, liebe Kollegen, das ist eine gesicherte Erkenntnis angesichts vieler vorliegender Gutachten.

Damit kann die Leitentscheidung und die angekündigte Revision des Braunkohlenplans Garzweiler eine richtige Reaktion auf diese abnehmenden Braunkohlemengen in der Verstromung sein. Aber nur dann, wenn sie a) nicht verzögert wird und wenn sie b) wesentliche Eckdaten zur Abbaukante, zu den Abbaumengen und zum Abstand zur Wohnbebauung enthält, wie es viele im Prozess, übrigens auch der Vorsitzende des Braunkohlenausschusses, fordern.

Lassen Sie mich Folgendes deutlich betonen: Ich glaube, in diesem Prozess liegt eine riesengroße Chance für uns alle für einen dauerhaften Konsens, der sowohl Planungssicherheit für das Unternehmen und damit Arbeitsplätze für Jahrzehnte garantiert, aber auch für die Betroffenen lebenswerte Bedingungen sicherstellt.

Die Landesregierung weist nun in der Debatte im Wirtschaftsausschuss auch darauf hin, dass sich die Ausgestaltung des Klimaaktionsplans von Frau Hendricks und das Grünbuch von Herrn Gabriel entscheidend auf die Leitentscheidung auswirken werden.

Was heißt das eigentlich? Stellt sich die Landesregierung damit auf eine Reduktion von 22 Millionen t CO_2 aus der Stein- und Braunkohleverstromung bis 2020 ein, oder will sie das noch beeinflussen? Wenn sie sich darauf einstellt, sind in der Braunkohle natürlich die alten 300-MW-Blöcke betroffen, von denen wir neun im Rheinischen Revier haben, die bereits heute älter als 40 Jahre sind. Die ältesten haben heute schon fast 50 Jahre auf dem Buckel. Ist es da eine Vergewaltigung der Wirtschaft oder eine unverhältnismäßige Erwartung, wenn einige davon in den nächsten fünf Jahren, Herr Brockes, vom Netz gehen?

Unser gemeinsames Anliegen ist es aber – darüber rede ich heute –, wie man die Braunkohleindustrie trotz des zu erwartenden und auch wirtschaftlich normalen Rückgangs von Kraftwerkskapazitäten unterstützen und stabilisieren kann. Dazu haben wir in unserem Antrag auf einige Aspekte hingewiesen, die ich hier nicht wiederholen will.

Im Kern geht es darum, dass wir jetzt faire und allseits akzeptierte Rahmenbedingungen für die Braunkohleförderung im Tagebau schaffen, die eine dann immer noch notwendige Fördermenge auch über 2030 hinaus sicherstellt.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Wir sollten uns auch darüber unterhalten – Herr van den Berg hat eben damit begonnen –, wie man weiter die Braunkohleindustrie in einer schwierigen Situation unterstützen kann.

Letzter Satz, Frau Präsidentin: Wenn Sie, wie zu erwarten, der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und den Antrag gleich ablehnen werden, teilen Sie uns doch bitte mit, wann Sie bereit sind, sich mit uns über dieses industriepolitisch wichtige Thema zu unterhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Hachen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems[*)] (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe CDU, mir kommt es so vor, als sei der CDU-Antrag ein wahres Meisterstück – und zwar im Hakenschlagen, Unwahrheiten verbreiten und im besten Fall nur die Halbwahrheit erzählen.

(Thomas Kufen [CDU]: Was? Jetzt aber! – Weiterer Widerspruch von der CDU)

– Ich gehe gern an den entsprechenden Stellen darauf ein, keine Angst. Ich sage das nicht einfach nur so; ich liefere gleich die Beispiele.

(Zuruf von Serap Güler [CDU] – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es reicht nämlich nicht, einfach nur die Ausbauziele der Bundesregierung für erneuerbare Energien aufzuzählen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun, und dann als Konsequenz daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, wie groß der weitere Bedarf an der Kohle in Zukunft nach Ihrer Aussage sein soll.

Zur ganzen Wahrheit gehört eben auch, sich die anderen Aspekte der Bundesregierung und zum Beispiel die Klimaschutzziele für 2020 sowie die daraus erwachsenden Folgerungen anzuhören. Bis 2020 möchte die Bundesregierung – nicht erst die derzeitige, sondern diese Vereinbarung besteht seit einigen Jahren – 40 % der CO_2-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 einsparen.

Neueste Erkenntnisse – es war eigentlich schon klar, dass die Tendenz dahin geht – zeigen ganz klar: Das kann nicht erreicht werden, wenn man immer so weitermacht wie bisher, sondern dafür bedarf es einer massiven Reduktion der Kohlekraftwerkskapazitäten. Das bedeutet, dass alte und unflexible CO_2-ausstoßende Kohlekraftwerke nicht mehr zum Klimaschutzland Deutschland und damit auch nicht zum Klimaschutzland NRW gehören.

Sie verbiegen an dieser Stelle die Wahrheit. Sie sagen, die erneuerbaren Energien seien volatil – so weit sind wir klar. Wir sind zusammen der Meinung, dass dafür absehbar flexible Kraftwerke als Ergänzung gebraucht werden. Aber dann muss man dazusagen, dass alte Kohlekraftwerke genau das eben nicht sind. Sie sind nicht flexibel. Sie können nicht gut die erneuerbaren Energien ergänzen. Sie sorgen mit ihrer Inflexibilität gerade dafür, dass wir eigentlich zu hohe Stromkapazitäten haben und damit die Strompreise zum Teil in den Keller rauschen.

Liebe Damen und Herren von der CDU, Sie schaffen es, in Ihrem Antrag, wie ich gerade schon gesagt habe, echte Haken zu schlagen. Sie überschreiben Ihren Antrag mit dem Thema „Braunkohle“. Sie suggerieren, das in Zukunft sichern zu wollen. Sie schaffen es dann wirklich, noch auf ein Steinkohlekraftwerk Datteln 4 zu kommen. Das finde ich schon eine kleine …

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dafür haben sie noch nicht über die Tariftreue gesprochen heute!)

– Darüber haben sie heute noch nicht gesprochen; das stimmt. Aber im Antrag haben sie es hinbekommen. Dass Sie die üblichen Unwahrheiten wie den angeblichen Ersatz von Altanlagen bei diesem Thema auch noch verbreiten, ist leider traurig.

Liebe CDU, ich vermisse in Ihrem Antrag die wahre Ausrichtung auf die Zukunft. Um das zu zeigen, muss ich kurz einen größeren Blick in die Vergangenheit wagen. Schauen wir einmal in die Menschheitsgeschichte und die damit verbundene Energiegeschichte zurück. Seit Jahrtausenden benutzen wir Menschen Energie – eigentlich immer in erneuerbarer Form. Erst seit wenigen Jahrhunderten, teilweise seit wenigen Jahrzehnten, benutzen wir fossile Energieträger.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir haben auch den Faustkeil benutzt!)

Seit Ende des 19. Jahrhunderts benutzen wir die Kohle, seit Mitte des 20. Jahrhunderts Gas. All das ist endlich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Trommeln hatten wir auch!)

Ich sage das, um deutlich zu machen: Im Vergleich zur Energiegeschichte ist das fossile Zeitalter ein fossiler Wimpernschlag, der ganz schnell wieder vorbeigeht, wenn man sich das große Bild anschaut.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Gestern hatten wir Digitalisierung!)

Es ist nun einmal an der Zeit, sich in eine Zukunft aufzumachen, die nicht einen fossilen Energieträger durch den nächsten irgendwie ersetzt. Dahin wollen wir uns aufmachen. Sie, liebe CDU, wollen lieber auf Gedeih und Verderb an der Kohle und damit an der Vergangenheit festhalten,

(Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

statt sich und die Region wirklich fit für die Zukunft zu machen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Ich sehe gerade, dass ich noch 15 Sekunden der Vorgängerrednerin zur Verfügung habe.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Reicht, Herr Brockes!)

Ich hoffe, dass noch ein paar Minuten dazukommen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Brockes, Sie hätten uns nicht darauf aufmerksam machen sollen. Jetzt sind die 15 Sekunden weg.

Dietmar Brockes[*)] (FDP): Und meine Zeit läuft, und Sie reden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsidentin Carina Gödecke: Da haben Sie natürlich recht.

Dietmar Brockes[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den CDU-Antrag zur Braunkohle, auch zur Nutzung über das Jahr 2030 hinweg.

Dieser Antrag enthält zwei interessante Teilbereiche, zum einen die Frage der stofflichen Nutzung. Herr Kollege Hachen, auch wenn Herr Kollege van den Berg es heute aus seiner Sicht fachlich dargestellt hat, kommt man nicht darum herum, darauf hinzuweisen, dass die Diskussion über die stoffliche Nutzung politisch ihren Anfang in der Enquetekommission hatte, wo gerade die SPD-Fraktion dieses Thema auf die Agenda gesetzt hat, und der Antrag von der Argumentation her in Teilen danach riecht, dass einige Erkenntnissen aus der Arbeit der Enquetekommission in den Antrag eingeflossen sind.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deshalb ist es meines Erachtens vom Stil her nicht ganz fair und okay, dies hier vorwegzugreifen.

(Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

Auf der anderen Seite macht dies aber auch deutlich, dass die Enquetekommission zur Zukunft der Chemie scheinbar einige Aspekte aufgreifen wird, die uns noch lange beschäftigen werden. Und das ist auch gut so.

Ich denke, gerade die stoffliche Nutzung kann in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Sie ist aber im Moment nicht wirtschaftlich. Was meine Erkenntnisse angeht, nicht nur aus der Enquetekommission, sondern auch aus anderen Bereichen, ist es so, dass sie wirtschaftlich nicht genutzt werden kann, wenn sie nicht parallel für die energetische Nutzung gewonnen wird. Von daher bin ich gespannt, wie das weitergeht.

Ich finde es traurig, dass die Kollegin Brems gerade gar nichts zur stofflichen Nutzung gesagt hat.

(Beifall von der FDP und Thomas Kufen [CDU])

Da hätte ich mir sehr gewünscht, dass Herr Kollege Markert oder die geschätzte Kollegin Beisheim gesprochen hätten, um das auch einmal aus grüner Sicht deutlich zu machen.

Interessant ist bei dem Ganzen: Wenn wir diese stoffliche Nutzung in Zukunft berücksichtigen wollen, dann ist es gerade umso fataler, wenn die Landesregierung jetzt mit der neuen Leitentscheidung hingeht und den Tagebau Garzweiler II verkleinert. Meine Damen und Herren, das ist das falsche Ziel.

Da bin ich bei dem zweiten Punkt des Antrags, die Leitentscheidung, die vor zehn Monaten hier angekündigt wurde, die angeblich Sicherheit für die Betroffenen, für die Anwohner wie auch für das Unternehmen schaffen soll. Man muss heute sagen: Dadurch, dass noch nichts vorliegt und auch demnächst noch nicht viel hinzukommen soll, ist bei den Betroffenen genau das Gegenteil von Klarheit eingetreten. Hier herrscht große Unsicherheit.

(Thomas Kufen [CDU]: Ja!)

Wenn wir dann sehen – wir als FDP-Fraktion haben das Thema im Wirtschaftsausschuss letztens wieder aufgerufen –, dass die Landesregierung mit ihrer Leitentscheidung, die in einigen Wochen und Monaten kommen soll, nicht wie in der Vergangenheit einen klaren Vorschlag für die zukünftigen Abbaugrenzen machen will, sondern diese Entscheidung sozusagen erst der abschließenden Instanz im Braunkohlenausschuss überlassen will, Herr Minister, dann ist das nicht Klarheit, sondern es gibt Unsicherheit für alle Betroffenen. Das ist der falsche Weg der Politik, der hier eingeschlagen wird.

(Zuruf von Dr. Gerd Hachen [CDU])

Deshalb sagen wir ganz klar: Wir halten die Leitentscheidung für falsch. Wir stimmen dem Antrag zu, weil wir auch sehen, dass wir die Braunkohle weiterhin benötigen.

(Beifall von Thomas Kufen [CDU])

Wir wissen nicht, wie es energetisch weitergeht. Wir brauchen sie auf jeden Fall, um die Energiewende zu erreichen. Es einzuschränken, halten wir deshalb auch für den falschen Weg. Erst recht ist es falsch, die Nutzung der Braunkohle einzuschränken, wenn wir heute an dieser Stelle sagen, wir wollen sie zukünftig auch stofflich nutzen. Wir werden dem Antrag zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Es ist kaum zu glauben: Dieselbe CDU, die gestern einen sinnvollen Antrag zur Kraft-

Wärme-Kopplung mit eingebracht hatte, prügelt einen Tag später auf das tote Pferd „Braunkohle“ ein.

(Thomas Kufen [CDU]: Vor allem auf Ihre Anträge!)

Braunkohle ist der umweltschädlichste und der am wenigsten effektive aller fossilen Energieträger. Die Umweltschäden, die er verursacht, werden auch nicht besser, wenn man sie, statt nur zu verbrennen, zum Teil einer stofflichen Verwertung zuführt.

Vor 1950 wurden im Rheinischen Revier ca. 1 Milliarde t und nach 1950 ca. 6 Milliarden t gefördert. An Abraum fielen dabei vor 1950 ca. 590 Millionen m^3 an und nach 1950 ca. 18,5 Milliarden m^3.

Dabei hat die Braunkohle im Jahr 2013 die Hälfte der Kohlendioxidemissionen der NRW-Energiewirtschaft verursacht. Und der Trend steigt – gefördert durch das Abladen externer Kosten und Schäden auf die Allgemeinheit, Milliarden Euro jährlich durch Umwelt- und Gesundheitsschäden und obendrein begünstigt durch unterschiedliche Besteuerung der konventionellen Energieträger.

Die RWE-Kraftwerke gehören zu Europas TOP-20-Industrieanlagen. Darauf kann man ja stolz sein. Nein, es sind die Industrieanlagen, die den größten Schaden in Europa anrichten. Das betrifft Stickoxide, Schwefeloxide, Ammoniak, organische Verbindungen, Feinstaub, Schwermetalle, Quecksilber, Kohlendioxid. Dafür werden dann etwa 5,5 Millionen t Kraftwerksreststoffeabraum pro Jahr auf den RWE-Deponien abgelagert. Diese enthalten Schwermetalle wie Quecksilber und Radionuklide in aufkonzentrierter Form.

Das Verhältnis von Abraum zu Kohle wird dabei immer ungünstiger, vom rund Vierfachen der geförderten Kohlemenge 1989 auf jetzt rund das 4,5-Fache. Es wird deutlich, wie viel Masse bewegt werden muss, um an die Kohle zu gelangen, und wie massiv der entsprechende Eingriff in die Natur ist.

Damit nicht genug: Es mussten Dörfer umgesiedelt werden. Bis Ende 2010 wurden im Rheinland über 30.000 ha Land vom Braunkohlentagebau in Anspruch genommen. Mehr als 30.000 Menschen haben die Heimat verlassen müssen, und bis Mitte des 21. Jahrhunderts werden es 45.000 Heimatvertriebene sein. Das sind nicht die Heimatvertriebenen, der man sonst eine Nähe zur CDU nachsagt, denn Frau Steinbach kommt aus einem anderen Stall.

Es gibt noch 10.000 Menschen, die in der Förderung beschäftigt sind. Dagegen stehen fast 100.000 Arbeitsplätze, die im letzten Jahr bei den erneuerbaren Energien verloren gegangen sind dank der Sabotage der Energiewende aus Berlin.

100 Ortschaften und Weiler wurden bisher zerstört; bis 2050 werden es mindestens 130 sein.

Der Staat übernimmt regelmäßig einen Teil der Infrastrukturkosten, die im Zuge dieser Umsiedlungen entstehen, insbesondere bei der Verlegung von Straßen- und Schienenstrecken.

Der einstmals 4.500 ha große einzigartige Hambacher Forst wird fast komplett zerstört. Der Klimawandel führt dazu, dass zwischen 5 und 30 % der in Deutschland vorhandenen Arten vom Aussterben bedroht sind. Dem Klimawandel folgen dann erhebliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Lebensgemeinschaften. Ein Rückgang der Biodiversität steht bevor. Was der Braunkohlentagebau dann an ökologischer Vielfalt übrig lässt, wird mit einiger Sicherheit durch den Klimawandel weiter degradiert. Wo Braunkohle abgebaut wird, wird Natur weiträumig zerstört. Der verlorene hochwertige Boden lässt sich nicht wieder ersetzen.

Das Wasserproblem! Die grundwasserabhängigen Feuchtgebiete im Nordraum des rheinischen Braunkohlenreviers sind durch die Grundwasserabsenkungen irreversibel geschädigt. Es wird eine Versickerung von bis zu 80 Millionen m^3 Wasser pro Jahr geplant, um die international geschützten Feuchtgebiete am Tropf zu halten, gespeist von Sümpfungswässern, abhängig von technischen Ausgleichsmaßnahmen – und das für Jahrhunderte.

1.500 Brunnen braucht es, um den Abbaubereich Garzweiler bis in die Tiefe von 230 m trockenzulegen, in Hambach sogar bis 500 m. Bisher wurden da bis zu 1,4 Milliarden m^3 Wasser gesümpft pro Jahr, jetzt sind es noch 500 Millionen m^3. Die Abraumkippen werden die bisher verschmutzungsunempfindlichen Grundwässer verseuchen. Wie viel Strom verbrauchen eigentlich die Pumpen der ca. 1.500 Brunnen?

Auf den rekultivierten Kunstböden ist nur eingeschränkt eine landwirtschaftliche Nutzung möglich. Ökolandbau ist ausgeschlossen. Der geplante Restsee mit einer Tiefe von etwa 180 m, einer Größe von 2.300 ha Fläche und einem Volumen von über 2 Milliarden m^3 müsste über 40 Jahre lang mit jährlich bis zu 60 Millionen m^3 Wasser künstlich angereichert werden, um den vorgesehenen Wasserstand zu erreichen, und das erst im Jahre 2080.

Und dann müssen 25 bis 30 Millionen m^3 Wasser im Jahr weitergepumpt werden, und das 300 bis 400 Jahre lang zugeführt werden. Wie stark werden diese Seen mit Schadstoffen belastet sein? Werden die ehemaligen Abbaukanten sicher genug sein? Wird jemals genug Wasser vorhanden sein, um die Seen zu füllen? Das sind die Fragen, die sich stellen.

Und das alles will die CDU? Oh, die Schmerzen!

Es gibt zur Braunkohle nur noch eine sinnvolle Forderung, und das ist unsere nach einem Braunkohleausstiegsgesetz. Der regionale „Ökozid“ im Rheinland muss so schnell wie möglich aufhören. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte, die wir heute zu diesem Thema führen, ist ja keine ganz neue.

(Thomas Kufen [CDU]: Auch nicht die letzte!)

– Es wird auch nicht die letzte sein, ganz bestimmt nicht.

Deswegen lassen Sie mich, auch wenn wir das alle immer wiederholen, unterstreichen, dass wir gemeinsam daran arbeiten, dass das energiepolitische Dreieck ein gleichseitiges bleibt: sicher, bezahlbar und umweltfreundlich.

Wir müssen eine Lösung dafür finden. Wenn wir uns den Energiemix, den wir zurzeit zur Verfügung haben, anschauen, stellen wir fest, dass der am billigsten und am sichersten erzeugte nicht gleichzeitig der sauberste ist. Umgekehrt ist das genauso. Deswegen werden wir einen entsprechenden Mix voranbringen müssen.

(Zustimmung von Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen setzen wir so auf den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wenn Sie heute den Pressespiegel durchsehen, stellen Sie fest, dass wir bei all dem Verzug, den es hierzu fünf Jahre lang gegeben hat, mittlerweile auf Platz 4 nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg bei der Windkraft angekommen sind. Wir werden diesen Weg hin zum Ausbau der Erneuerbaren ganz konsequent weiter fortsetzen, meine Damen und Herren.

Aber, es ist eben auch klar – das ist in der bisherigen Debatte schon deutlich geworden –, dass wir noch für eine lange Zeit einen Mix brauchen und dass wir, solange wir auch entsprechende Speichertechnologien nicht zur Verfügung haben, auch konventionelle Kraftwerke brauchen. Die sollen möglichst flexibel sein.

Für den Anteil, den die Verstromung von Braunkohle am Energiemix zukünftig haben wird, aber auch für die Zukunft des rheinischen Reviers, brauchen wir eine klare Perspektive.

Deswegen haben wir uns auf den Weg gemacht, diese Leitentscheidung vorzubereiten und das in diesem Jahr zu einem entsprechenden Abschluss zu bringen. Das ist ein im Übrigen sehr sauberer Prozess. Die Kritik, die hier dazu geäußert worden ist, kann ich in keiner Weise nachvollziehen. Es ist sehr transparent damit begonnen worden.

Es werden die Gespräche mit allen Akteuren in der Region geführt, also mit den Unternehmen, den Vertretern der Region, den Menschen vor Ort. Erst am Ende dieser Gespräche wird feststehen, in welchem Umfang Braunkohleverstromung weiterhin Bestandteil der Energieversorgung unseres Landes sein wird.

In der Debatte ist auch deutlich geworden, dass wir natürlich nicht völlig unbeeindruckt sein können von dem, was zum Beispiel in Berlin beschlossen wird. Wenn dort ein NAPE auf den Weg gebracht wird, hat das Auswirkungen auf den Energiemix hier in unserem Land. Wenn es aktuell um die Fragen des Marktdesigns geht, hat das Auswirkungen auf unser Land und auch Auswirkungen zum Beispiel auf das Rheinische Revier.

Deswegen bringen wir uns dort massiv ein, und zwar mit folgender Stoßrichtung: Es müssen wieder Investitionen in modernste Technologien ermöglicht werden, damit Wirkungsgrade optimiert und CO_2-Emissionen reduziert werden können. Nur: Angesichts des jahrelangen Stillstands sind genau solche Investitionen nicht getätigt worden. Dafür müssen wir wieder die Grundlage schaffen. Deswegen drängen wir darauf, dass die notwendigen Entscheidungen in diesem Jahr in Berlin gemeinsam mit uns getroffen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zur Verwendung der Braunkohle in der chemischen Industrie sagen. Die Debatte läuft. Herr van den Berg und viele andere haben gerade darauf hingewiesen. Wir als Landesregierung sind sehr gespannt auf die Ergebnissen, die in der Enquetekommission jetzt in der heißen Phase, wie Sie vorhin gesagt haben, erarbeitet werden.

Wir greifen dem nicht vor. Klar ist auch, dass eine Enquetekommission kein Vatikanisches Konzil ist. Die eine oder andere Information wird gelegentlich schon transportiert. Darüber darf man dann auch reden, Herr Dr. Hachen. Das ist sicherlich alles kein Drama.

Wie gesagt, wir greifen dem aber nicht vor, indem wir uns schon irgendwelche Projekte heraussuchen und prüfen würden, wie man sie fördern kann. Vielmehr warten wir die Ergebnisse der Enquetekommission ab. Anschließend werden wir uns zusammensetzen und die Projekte heraussuchen, die wir dann – vielleicht auch mit der einen oder anderen finanziellen Unterstützung – möglichst schnell auf den Weg bringen können, damit über das Thema „Braunkohle“ hinaus eine neue Perspektive für das Rheinische Revier entsteht. Da sind wir in der Verantwortung. Das werden wir auch entsprechend umsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Da das auch so bleibt, schließe ich die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk empfiehlt in Drucksache 16/7796, den Antrag Drucksache 16/7159 abzulehnen. Wir stimmen somit nicht über die Beschlussempfehlung ab, sondern über den Antrag selbst. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer möchte sich enthalten? – Niemand im Haus. Damit ist der **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/7159** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe auf:

5 Landesregierung muss die Anstrengungen für eine qualitative Lehrerversorgung im MINT-Bereich massiv verstärken

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7776

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns wohl alle hier im Hause darüber einig, dass Kenntnisse im MINT-Bereich für die Zukunft essenziell wichtig sind – auch für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Wir werden diese wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ohne bessere Leistungen in den MINT-Bereichen nicht sichern können.

(Beifall von der FDP)

Unsere NRW-Schüler haben im IQB-Bundesländervergleich leider – leider; das betone ich ausdrücklich – verheerend abgeschnitten: Mathematik Platz 14, Biologie und Chemie Platz 15 und Physik sogar nur Platz 16.

Die dringend notwendige Steigerung der Leistungen funktioniert in unseren Augen nur mit einer ausreichenden Zahl von Fachkräften. Wie die Prognosen der Deutsche Telekom Stiftung zeigen, müssen wir trotz vieler positiver Programme – jetzt richte ich den Blick einmal auf Frau Ministerin Löhrmann; ich möchte hier ausdrücklich erwähnen, dass es diese positiven Programme gibt – die Anstrengungen zur Sicherung des Lehrkräftenachwuchses massiv verstärken;

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

denn – jetzt kommt wieder eine Kritik – Rot-Grün ruht sich hier zurzeit auf Momentaufnahmen aus. Warum dies so ist, möchte ich Ihnen gerne einmal darlegen.

In unserer Großen Anfrage „Wirtschaftliche Schwäche Nordrhein-Westfalens überwinden“ haben wir eine Vielzahl von Fragen zur Stärkung des MINT-Bereichs gestellt. Die Antworten der Landesregierung waren alles andere als befriedigend. Es wurde primär auf bestehende Programme aus der schwarz-gelben Regierungszeit verwiesen. Eigene neue Ideen? – Weitgehend Fehlanzeige! Wir haben nach den Konsequenzen aus den schlechten Schülerergebnissen gefragt, von denen ich gerade berichtet habe. Die Antwort lautete, man habe in ein paar Runden entsprechend getagt. Es gab keine Konsequenzen, denen wir hätten etwas abgewinnen können.

Auch bei der Frage des Lehrkräftebedarfs gibt es bei Rot-Grün offensichtlich fehlerhafte Informationen bzw. keinen wirklichen Überblick. Frau Ministerin Löhrmann, in der letzten Sitzung des Schulausschusses haben Sie die Aussage getroffen, dass beim Technikunterricht, was den Status quo angeht, mittelfristig die Lehrerversorgung gesichert sei. Sie sprachen von rechnerisch ausreichender Versorgung. Gleichzeitig ist auf der Internetseite Ihres Ministeriums zu lesen, dass mittel- bzw. langfristig ein sehr hoher Lehrkräftebedarf in technischen Fachrichtungen der Berufsschule besteht.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das hat nie jemand bestritten!)

Um noch einmal auf das Gutachten zurückzukommen: Auch Prof. Klemm kommt bei seinen Berechnungen auf eine Bedarfsdeckungsquote in zehn Jahren von nur 21 %.

In der Antwort auf eine Anfrage der FDP aus dem vergangenen Jahr zur zukünftigen Versorgung mit Physiklehrern wurde der Eindruck erweckt, die Zahl der Absolventen reiche aus, um den Bedarf zu decken. Beim Nachhaken wurde allerdings klar, dass die Landesregierung einfach Hunderte Bachelorabsolventen als Absolventen eines Lehramtsstudiums gezählt hatte. Somit schließt sich der Kreis wieder. In Wahrheit besteht bei den Physiklehrern nämlich eine riesige Lücke.

Um auch hier noch einmal auf das Gutachten zurückzukommen: Herr Prof. Klemm prognostiziert eine nur 35%ige Bedarfsdeckung.

Alles das zeigt deutlich, dass wir, wie wir auch in unserem Antrag fordern, endlich ein transparentes Gesamtkonzept der Landesregierung im MINT-Bereich brauchen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben als FDP-Fraktion dazu ein Bündel von Maßnahmen aufgeführt, von denen ich hier gerne einige nennen möchte:

Der MINT-Bereich muss in der Berufs- und Studienorientierung einen viel größeren Raum einnehmen.

Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, auch für fachfremde Lehrkräfte, müssen deutlich verstärkt werden.

Mädchen und Frauen müssen noch gezielter an den MINT-Bereich herangeführt werden.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: So ist es!)

Wir müssen es schaffen, junge Menschen aus dem Ausland zu einem Studium in Deutschland zu bewegen, und im Ausland auch verstärkt dafür werben.

Des Weiteren fordern wir eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, zum Beispiel bei nebenberuflichen Lehrkräften.

(Beifall von der FDP)

Dabei müssen wir aber wissen: Bei einem massiven Fachkräftemangel gerade im MINT-Bereich werden wir in den nächsten Jahren einen noch schärferen Wettbewerb mit der Wirtschaft erleben. Das muss uns klar sein.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Yvonne Gebauer (FDP): Natürlich werden wir niemals die in der Wirtschaft üblichen Gehälter zahlen können.

Aber gleichwohl werden wir nicht um die Frage herumkommen, wie wir den Fachkräftemangel in Zukunft beheben wollen. Da werden wir an grundlegende Reformen herangehen müssen, und dazu gehören vielleicht auch finanzielle Reformen. Das, was bisher an Maßnahmen auf den Weg gebracht worden ist, reicht bei Weitem nicht aus.

Ich freue mich auf eine spannende und interessante Diskussion im Ausschuss und hoffe, dass wir dort in der Sache gemeinsam weiterkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Feuß das Wort.

Hans Feuß (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schauen wir uns erst einmal die Überschrift des FDP-Antrags an. Da heißt es: „Landesregierung muss die Anstrengungen für eine qualitative Lehrerversorgung im MINT-Bereich massiv verstärken“. Das Verb „verstärken“ zeigt schon, dass es bereits Maßnahmen der Landesregierung gibt. Diese bisherigen erfolgreichen Maßnahmen gilt es fortzuführen und zu intensivieren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Unabhängig vom FDP-Antrag ist es wichtig, dass MINT-Fächer in der Gesellschaft und in den Bildungseinrichtungen des Landes einen höheren Stellenwert bekommen und attraktiver werden. Das muss schon in der Kita beginnen. Die Drei- bis Sechsjährigen experimentieren und probieren gerne. In der Grundschule und in den weiterführenden Schulen muss sich das fortsetzen. Es muss probiert, experimentiert, erklärt und ausgewertet werden. In der Pädagogik – es sind ja einige Lehrkörper hier – spricht man von Handlungsorientierung. Für alle MINT-Fächer muss der Satz von Konfuzius gelten:

> „Sage es mir, und ich vergesse es. Zeige es mir, und ich erinnere mich. Lass es mich tun, und ich behalte es.“

Im FDP-Antrag stehen Anforderungen an die Landesregierung, die bereits gelebte Praxis sind.

Intensiver mit der Wirtschaft kooperieren: Landesweit gibt es zum Beispiel die zdi-Projekte, in denen Lehrerinnen und Lehrer mit Schulen aller Art zusammenarbeiten und in die auch die Kindertagesstätten einbezogen sind.

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für fachfremd unterrichtende Lehrkräfte intensivieren: Seit Jahren finden erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahmen für die MINT-Fächer statt.

Die Zahl der Studienabbrecher in den MINT-Fächern reduzieren: Das ist eine schwierige Sache, aber auch daran wird erfolgreich gearbeitet. Wer in der Vorbereitung mal ein bisschen im Internet gegoogelt hat und sich das Onlinetool „StudiFinder NRW“ angesehen hat, findet da Angebote, wie eventuelle Defizite aufgearbeitet werden können.

MINT-Fächer müssen in den Bildungseinrichtungen einen höheren Stellenwert bekommen, aber auch in der Gesellschaft. Vielleicht gibt es ja auch unter den MdLs Forscher und Forscherinnen, die an naturwissenschaftlichen Phänomenen interessiert sind.

Heute gibt es ja für die Schülerinnen und Schüler aller Schulformen – abgesehen von einigen Jahrgängen der Grundschule – die Halbjahreszeugnisse, und über das Wochenende darf es keine verpflichtenden Hausaufgaben geben. Aber es gibt eine freiwillige Hausaufgabe, die ich Ihnen jetzt gerne nennen möchte. Damit können Sie Ihre Familien zu Hause vielleicht überraschen. Wenn Sie das Phänomen auch noch erklären können, dann sind Sie sicher der Forscher des Wochenendes.

Die Versuchsbeschreibung: Sie nehmen ein Glas, anschließend füllen Sie das Glas halb voll mit Wasser. Dann drücken sie von oben einen Bierdeckel auf das Glas und drehen es um. Sie werden staunen. Probieren Sie es aus – bei mir hat es bisher immer geklappt -!

Der Überweisung des Antrags stimmen wir zu und freuen uns auf die anregende Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Birkhahn.

Astrid Birkhahn (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Herren, meine Damen! Das Timing für Ihre Antragstellung hätte nicht besser gewählt sein können. In der letzten Woche haben wir im Schulausschuss die Anfrage der CDU zur Situation an den Schulen und bei den Lehrerstellen im Fach Technik behandelt. In der letzten Woche haben wir auch die Ergebnisse der Studie, die Prof. Klemm begleitet hat – „Zukunftsperspektiven der Lehrerversorgung in den MINT-Fächern“ –, zur Kenntnis nehmen dürfen. Und gestern gab es eine Regierungserklärung und eine mehrstündige Aussprache zu den Herausforderungen des digitalen Wandels.

Der Wirkungszusammenhang zwischen diesen drei Bereichen erschließt sich unmittelbar: Gibt es zu wenig Lehrpersonal in den genannten Fächern, werden sich immer weniger Jungen und Mädchen für Naturwissenschaften und Technik interessieren. Dies wiederum führt dazu, dass noch weniger junge Menschen als jetzt einen Studiengang oder einen Beruf in diesem Bereich ergreifen. Ergreifen immer weniger junge Menschen ein technisches Studium, fehlen Lehrkräfte, Ingenieure und gut ausgebildete Fachkräfte in Unternehmen. Das hat dramatische Folgen für unsere Arbeitswelt, für unsere Wirtschaft und für die Zukunft unseres Landes.

Schauen wir noch einmal kurz auf die Bestandsaufnahme des Schulministeriums zur Situation im Fach Technik – Frau Gebauer hat eben auch schon darauf rekurriert –:

> „Wenn wir den Status quo voraussetzen, dann wird das Angebot an Lehrkräften in Zukunft ausreichen.
>
> Wir müssen die Altersstruktur der Lehrkräfte in Betracht ziehen.“

Das ist ein weiterer Satz, den ich zitieren möchte. Das Fazit möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

> „Die Ausbildungssituation im Fach Technik und damit die weitere Entwicklung auf dem Lehrerarbeitsmarkt muss aufmerksam beobachtet werden.“

Das sind die Aussagen zur Auswertung des Berichts. Wenn ich sage: „aufmerksam beobachten“ und – das Bonbon –: „In Zukunft gibt es gute Einstellungschancen“, dann ist das eigentlich zu wenig. Diese Zufriedenheit wurde durch die Ergebnisse der Studie sicherlich ein bisschen ins Wanken gebracht, wenn nicht gar erschüttert. Auch Frau Gebauer hat deutlich gemacht: Wir haben gegenwärtig 52.000 Lehrkräfte. Bis zum Schuljahr 2025/26 wird sich die Zahl aber halbiert haben; denn schon heute ist jeder Zweite über 50 Jahre alt.

Neueinstellungen sind aus zweierlei Gründen nicht zu erwarten:

Erstens. Die Studienabbrecherquote in diesen Fächern liegt bei ungefähr 56 %. – Ich denke, es ist wichtig, auch den Wissenschaftsausschuss mit dieser Frage zu befassen.

Zweitens ist die Zahl der Orte für die Ausbildung in MINT-Fächern – vor allem auch für Technik – in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren worden. Anfang der 70er-Jahre hatten wir in Nordrhein-Westfalen elf Standorte, wo es entsprechende Studienmöglichkeiten gab, im Jahr 2012 sind davon drei übrig geblieben.

Wenn man sich überlegt – auch das hat Frau Gebauer wohl schon erwähnt –, dass wir im Fach Physik für über 4.000 Plätze, die wir brauchen, nur 1.400 Bewerbungen haben und im Fach Technik auf Dauer nur 21 % des Einstellungsbedarfs decken können, dann muss man doch sagen, dass die Zukunft hier so glücklich nicht aussieht, dass das nicht zusammenpasst.

Angesichts dieser Fakten frage ich die Landesregierung: Wann und wie fangen Sie endlich an, gezielt und konzeptionell etwas gegen den Lehrermangel in den MINT-Fächern zu tun? Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer in den MINT-Fächern, und wir brauchen junge Menschen, die sich für Technik interessieren und in diesem Bereich einen Beruf ergreifen.

Wir brauchen und nutzen die Maßnahmen, die wir haben. Die Initiativen zur Förderung des naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchses haben Sie, Frau Ministerin, im Ausschuss dargestellt. Das sind wirklich gute Zeichen. Aber sie sind punktuell.

Wir brauchen ein klares Konzept zur Etablierung eines technischen Grundverständnisses an Schulen und zur Vermittlung einer technischen Allgemeinbildung. Nordrhein-Westfalen braucht eine gezielte Förderung von an Technik interessierten jungen Menschen. Nur so wird es uns langfristig gelingen, genügend junge Menschen für die MINT-Fächer zu begeistern. Auf diese Weise können wir die Basis für Offenheit gegenüber Technik bilden und die Voraussetzung dafür schaffen, dass der Innovations- und Technikstandort Nordrhein-Westfalen sein volles Potenzial entfalten kann.

Die primäre Verantwortung für die Allgemeinbildung von Kindern und Jugendlichen trägt eindeutig die Schule. Nur sie kann durchgängig und nachhaltig technische Allgemeinbildung für alle vermitteln und Interesse für Technik entfachen.

Ich komme zum Schluss mit dem Fazit: Die Schulen können dieser Verantwortung nur nachkommen, wenn fachkundiges Lehrpersonal und eine sachgerechte Ausstattung zur Verfügung stehen. Der vorgelegte Antrag stellt diesen Sachverhalt in den Fokus. Seine Behandlung lässt eine lebhafte Diskussion im Fachausschuss erwarten. Darauf freue ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Birkhahn. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst mal bei Frau Gebauer bedanken, weil Ihr heutiger Vortrag eine ganz andere Tonlage hatte und in anderer Art gehalten worden ist als der Vortrag Ihres Fraktionsvorsitzenden mit seinem Alarmismus – wir kennen ja mittlerweile das Posen, die Textbausteine, die Darbietung –, dem Ausrufen der Bildungskatastrophe, was nicht zielführend ist.

Die Fragestellung, die Sie aufgeworfen haben, bewegt uns in der Tat alle. Aber es ist eben nicht so – ich muss die Kollegin Birkhahn bitten, noch mal darauf zu schauen –, dass sich die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen zurücklehnten nach dem Motto: Wir haben uns das mal angesehen und lassen alles so laufen. – Das Gegenteil ist der Fall.

In der Tat ist das doch eine Herausforderung, die wir gemeinsam stemmen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die MINT-Fächer in den Fokus gerückt werden. Wir müssen den Lehrernachwuchs gewinnen, den wir brauchen.

Eine ganz wesentliche Frage aber ist doch – das ist nicht kurzfristig zu erreichen –, welche Wertschätzung diese Fächer gesamtgesellschaftlich haben. Wie gehen Jungen und Mädchen darauf zu? Wie erhält man das, was wir an Entdecker- und Forscherfreude bei den Kindern in der Kita haben? Wie gelingt es, das in der Schule zu festigen und ihnen die Felder zu bieten, wo sie das ausleben und das als ihre Sache begreifen können, sodass die Begeisterung anhält? Die Herausforderung besteht in der Anerkennung dieses Bereiches, und zwar in der Schule insgesamt, aber auch gesamtgesellschaftlich, was die Berufsperspektiven angeht. Und natürlich gibt es die Herausforderung, dass auch Mädchen in diesen Bereichen Zukunftsperspektiven sehen. Das ist eine Aufgabe, die wir wohl gemeinsam bewältigen müssen, um diese Akzeptanz herzustellen.

Das hat viel damit zu tun, wie wir Berufsorientierung in den Schulen verankern, wie wir Studiengänge über Berufsperspektiven attraktiv machen, wie wir auch da den Blick weiten. Das ist ein Riesenfeld mit großen Einstellungschancen. Das gilt etwa für die Ausbildung von Lehrern für die Berufskollegs, wo wir einen ganz starken MINT-Bereich haben, aber auch für die Ausbildung von Lehrern für die allgemeinbildenden Schulen.

Diese Aufgabe wird doch systematisch angefasst. Das gilt etwa für die Berufsorientierung „Kein Kind ohne Anschluss“, indem dort ein Fokus gelegt wird. Diese Aufgabe wird mit der Ausweitung des zdi angefasst. Das ist auch ganz wichtig.

Es ist auch wirklich nicht schlimm, etwas fortzuführen, was damals von Schwarz-Gelb sinnvoll angelegt worden ist. Das war durchaus sinnvoll. Auch die Kinder- und Forscherhäuser sind sinnvoll. Das muss man aber noch verstärken, das sollte man nicht durch irgendwelche andere Programme ersetzen. Das haben wir ausdrücklich nicht getan, sondern wir stärken diesen Bereich.

Die Fokussierung, die in den Schulen gelingen kann, weil wir auch Pflichtunterricht in den Schulformen haben, ist etwas, was wir ausbauen sollten. Ich glaube, auch da sind wir einer Meinung.

Die FDP sollte sich im Übrigen über die steigende Zahl von Gesamtschulen und Sekundarschulen freuen, weil dort der Technikunterricht und auch der naturwissenschaftliche Unterricht im Curriculum ganz anders verankert ist, Pflichtbestandteil ist und viel stärker nach vorne gestellt wird. Das bietet gerade den Kindern und Jugendlichen Chancen, die im sprachlichen Bereich nicht ihre erste Priorität und ihre Stärke haben. Wir brauchen aber alle mit ihrem gesamten Potenzial. Da bieten gerade die integrierten Schulformen sehr viele Möglichkeiten – das wissen wir –, dass die Jugendlichen ihren Weg finden, gerade im naturwissenschaftlichen und im technischen Bereich.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Insgesamt ist es unsere Aufgabe – das ist auch schon gesagt worden –, die Studienabbrecherquoten zu senken. Dazu läuft eine sehr enge Kooperation zwischen dem Schulministerium und dem Wissenschaftsministerium. Die Hochschulen sind dabei, weitere Brückenkurse anzubieten, um in den naturwissenschaftlichen Studiengängen zu helfen, dass die Studienabbrecherquoten sinken.

Ich will aber noch ein Argument von Frau Birkhahn aufnehmen, das ich bemerkenswert finde. Ja, wir müssen darauf schauen, an welchen Plätzen man dieses Lehramt überhaupt studieren kann. Sie werden mir aber doch zustimmen, dass man an dem Punkt eine gemeinsame Hochschulplanung braucht

und eine Verpflichtung zwischen dem Land und den Hochschulen, damit entsprechend den Bedarfen ausgebildet werden kann und es nicht zur Reduzierung durch die Entscheidung eines einzelnen Hochschulstandortes kommt.

Deswegen ist es wichtig, dass wir das Hochschulzukunftsgesetz entsprechend gestaltet haben: damit auch diese Bedarfe sichergestellt werden können. Das gehört zu einem Maßnahmenpaket. Und es ist in der Tat eine mittel- und langfristige Aufgabe, die wir gemeinsam stemmen wollen. Deswegen freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, bevor Sie sich …

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich nehme gerne die Zwischenfrage an. Ist doch klar!

Vizepräsident Oliver Keymis: Abgeordnete, die, ohne meine Frage gehört zu haben, entscheiden, dass sie eine Zwischenfrage annehmen, mag ich besonders. Herrlich! – Herr Ellerbrock will Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Da freue ich mich doch besonders.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das machen wir auch, weil heute Freitag ist. – Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Schönen Dank. – Frau Beer, Sie hatten ausgeführt, dass die MINT-Fächer in einer bestimmten Schulform, die Sie sehr präferieren, in besonderem Maße verankert seien. Von den Naturwissenschaften kommend habe ich gelernt: Wenn ich eine Zahl mit null multipliziere, ist das Produkt null. Die Planoptik, dass die MINT-Fächer in den Stundenplantafeln verankert sind, nützt bei null Lehrern also überhaupt nichts. Das Produkt ist dann null. Darum ging es doch im Endeffekt: dass die Lehrer fehlen!

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Ellerbrock, wenn die Zahlen, die Sie für Ihre Berechnung einsetzen, nicht stimmen – denn wir stehen nicht bei null –, dann sind auch Ihre Ausführungen hinfällig.

Ich habe deutlich gesagt: Wir haben Schulen, deren Curricula verpflichtenden Unterricht in den MINT-Fächern vorsehen. Und es ist doch selbstverständlich, dass der Lehrer oder die Lehrerin diesen Unterricht dann dort auch gibt. Aber das Angebot für die Schüler, der Stellenwert in der Schule, das ist etwas Wesentliches. Das sollten wir auf alle übertragen. In der Realschule gehören die MINT-Fächer leider zusätzlich nur zum Wahlpflichtbereich. In den Realschulen gibt es zwar viele Angebote, die werden aber längst nicht von allen angenommen. In den Gymnasien haben wir auch Wahlpflichtbereiche.

Die Frage ist, wie man das weiter stärken kann, damit es überall ankommt. Die Gymnasien haben sich mit guten Initiativen auf den Weg gemacht und nehmen zum Beispiel an der bundesweiten Aktion auch der Telekom-Stiftung teil – es gibt 10.000 € Fördergelder –, beteiligen sich an der Junior-Ingenieur-Akademie. Nordrhein-Westfalen stellt da das Gros aller Schulen aus der Bundesrepublik: von 68 beteiligten Schulen sind 34 aus NRW.

Wir haben also vieles zu bieten. Aber nehmen Sie auch mal zur Kenntnis, dass es da in bestimmten Schulformen ganz besondere strukturelle, gute Vorbereitungen gibt. Darüber sollten Sie sich eigentlich freuen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Als nächster Redner ist auf der Liste Herr Kollege Marsching für die Piratenfraktion angekündigt.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und am Stream! Zunächst mal freut es mich, dass ich die FDP loben kann. Frau Gebauer, ich finde es sehr wichtig, dieses bedeutsame Thema, heute im Plenum zu besprechen und zu überlegen, wie wir jungen Menschen die Botschaft vermitteln, dass MINT-Fächer eine gute Option bei der Berufswahl sind. Es ist auch wichtig, dass wir im Ausschuss darüber reden.

Die Zahl der Studienanfänger im MINT-Bereich ist gestiegen; das haben wir gestern auch in der Regierungserklärung gehört. Allerdings scheint das bei Lehramtsstudiengängen nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße der Fall zu sein; die Studie von Prof. Klemm hat ja darauf hingewiesen.

Die MINT-Fächer und die MINT-Studiengänge sind wichtig für NRW. NRW ist ein Technologiestandort; ich hoffe, da sind wir uns alle einig. Deshalb ist auch die Sicherstellung einer guten Bildung im MINT-Bereich alle Anstrengungen wert.

Die Forderung ist aber durchaus berechtigt: Wir müssen die MINT-Lehramtsstudiengänge viel stärker in den Fokus nehmen und dafür werben, dass junge Menschen in solche Studiengänge gehen. Die beste Werbung wäre allerdings – davon bin ich fest überzeugt –, für die Lehrkräfte gute Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass das Lehramt insgesamt als attraktiver Beruf erkennbar ist und damit auch MINT-Lehramtsstudiengänge begonnen werden. Ansonsten hilft alle Werbung für diesen Bereich herzlich wenig.

Die Gewinnung von Lehrkräften im MINT-Bereich leidet an der Konkurrenz. Denn dagegen stehen attraktive Stellen in der Forschung und in der freien Wirtschaft. Die FDP schlägt vor, Anreize zu entwickeln. Ich frage: Was sind das für Anreize? Sie reden davon, Mädchen stärker einzubinden, mit dem Ausland und mit der Wirtschaft zu kooperieren. In der Wirtschaft würde man einfach das Einkommen verbessern. Das ist in der Schule mit den Angestellten im öffentlichen Dienst und den verbeamteten Lehrern leider nicht so leicht. Also: Wie soll das funktionieren? Im Moment sehe ich da noch keine Antworten. Ich hoffe, dass wir in der Debatte im Ausschuss noch ein bisschen weiterkommen.

Wichtig ist, weniger Studienabbrecher zu haben; das haben wir gerade schon besprochen. In der Studie von Prof. Klemm werden Maßnahmen empfohlen: Die Qualität der Lehre soll erhöht werden, die Studienbetreuung soll verbessert werden. Aber das Potenzial sollte man meiner Meinung nach nicht überschätzen. Denn die Motive für die Aufnahme und den Abbruch eines Studiums sind sehr vielfältig. Es bleibt die Frage offen – darüber müssen wir diskutieren –: Welche Maßnahmen helfen am Ende?

Besonders wichtig ist – auch darüber haben wir gestern im Rahmen der Regierungserklärung gesprochen –, über Informatikunterricht und über Programmieren an Schulen zu reden. Die Frau Ministerpräsidentin hat ja gestern das Projekt „Programmieren an der Grundschule“ schon angekündigt.

Wichtig ist in dem Punkt auch: Wir müssen uns ein Gesamtbild darüber machen, wie die neuen, die digitalen Kulturtechniken an Schülerinnen und Schüler vermittelt werden, wie das Interesse geweckt und erhalten werden kann. Von daher muss in dem Bereich ganz klar eine Stärkung herbeigeführt werden. Das ist die Zukunft. Die Kinder, die Heranwachsenden müssen sich in dem Bereich frei entwickeln, frei bewegen können. Da müssen wir auch als Politik genau hinsehen.

Wir haben mit dem Antrag die Möglichkeit, eine Bestandsaufnahme zu machen und uns anzugucken: Wo stehen wir eigentlich? – Wir wissen alle, wo wir hinwollen. – Und was können wir eigentlich tun, um die Situation im MINT-Bereich zu verbessern?

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss und hoffe, dass wir gemeinsam zu guten Ergebnissen kommen.

Als Letztes möchte ich Herrn Feuß ansprechen. Sie haben gerade eines vergessen, zu sagen: Man darf den Bierdeckel erst loslassen, nachdem man das Glas umgedreht hat – es sei denn, bei Ihrem Projekt soll immer das Ergebnis „nasse Hose“ herauskommen, dann wäre das natürlich immer ein erfolgreiches Experiment. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Marsching. – Nun spricht für die Regierung unsere Schulministerin, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich bin erfreut über die Tonlage: weg vom Alarmismus hin zu dem, wie wir das angehen sollten und müssen, sei es im Bereich Technik, MINT oder Informatik, nicht aktionistisch, sondern systematisch und nachhaltig. Das ist bei diesem Thema im Grunde wie bei allen schul- und bildungspolitischen Themen die richtige Herangehensweise.

Dann geht eben eines auch nicht, Frau Gebauer – das haben wir gestern ja auch gehört –: Die Erfolgsmeldung, dass wir seit 2010 in dem Bereich 50 % mehr Studienanfänger haben, wird positiv bei Herrn Pinkwart verortet. Grundlage für die Ergebnisse der Studie, die Sie noch mal zitiert haben, sind aber, glaube ich, die Daten von 2012. Es kann also nicht sein, dass das nichts mit Frau Sommer zu tun haben soll, die vorher im Amt war. Ich finde, es wäre ehrlicher, wenn wir nicht versuchen würden, diese große Herausforderung, die wir gemeinsam haben, parteipolitisch zu instrumentalisieren. Das hilft nämlich nicht weiter.

Manchmal wundert man sich. Im Schulausschuss hatten wir, wie ich finde, eine sehr sachliche Diskussion in der Frage der Technik: Wo stehen wir da, wie geht es weiter? – Hinterher aber las man dann Presseerklärungen, die auch diesen Alarmismus beschwörten. Ich glaube, das tut der Sache nicht gut. Die Menschen sind froh, wenn die Politik an einem Strang zieht und gemeinsame Linien verfolgt. Darauf kommt es gerade bei diesem Thema maßgeblich an. Deswegen werbe ich auch sehr massiv darum.

Die Grundlagen der Studie von Prof. Klemm sind nicht ganz neu – trotzdem ist das eine wertvolle Studie –; sie sind aber vor allem nicht allein auf NRW bezogen. Das müssen wir uns auch klarmachen. Sonst müsste es ja in Schleswig-Holstein oder in Hessen jetzt auf einmal sehr viel besser sein, weil da fünf Jahre lang die FDP für das Bildungsressort verantwortlich war. Ich glaube, wir täten der Sache einen Gefallen, wenn wir das anders anlegen würden.

Ich will drei Punkte nennen, was wir schon gemacht haben – die Latte der Maßnahmen ist aber viel länger; darauf werden wir im Ausschuss ausführlicher eingehen –:

– das Programm „Zukunft durch Innovation“ in Verbindung mit der Wirtschaft und dem Aufbau von Schülerlaboren mit attraktiven MINT-Angeboten in den Regionen – ein ganz wichtiger Punkt

– den Fortbildungsschwerpunkt „Kompetenzorientierte Unterrichtsentwicklung in den MINT-Fächern“ – übrigens in enger Kooperation mit dem von der Telekom-Stiftung geförderten Mathematischen Institut –; für die guten Fortbildungskonzepte, die Sie anmahnen, Frau Gebauer – ich kann es Ihnen nicht ersparen –, braucht man nämlich ein Landesinstitut, in dem das entwickelt werden kann; das hatten Sie abgeschafft, das ist von Landesseite überhaupt nicht systematisch angegangen worden

– und die Lehrerwerbung bei Abiturientinnen und Abiturienten sowie bei Studiengangwechslern auf Jobmessen. Auch persönlich werbe ich landauf, landab dafür; gucken Sie sich die Terminhinweise an. Wir müssen jungen Leuten, die Interesse an den Fächern haben, immer sagen: Mensch, angesichts der Begeisterung, die ihr für die Fächer habt, überlegt euch doch, Lehrerin oder Lehrer zu werden.

Meine Damen und Herren, niemand ruht sich hier aus, als wären wir sozusagen schon am Ziel dessen, was wir erreichen wollen.

Insgesamt geht es – erstens – um eine Steigerung der Attraktivität der MINT-Fächer in der Gesellschaft. Das ist nicht allein eine schulische oder eine politische, sondern das ist eine gesamtgesellschaftliche Fragestellung.

Zweitens. Der Unterricht in den MINT-Fächern muss noch praxisnäher und anwendungsbezogener werden. Ich freue mich, dass mir letztens eine Gymnasialleiterin aus Euskirchen geschrieben hat: Wie schön, dass Sie uns erlaubt haben, fächerübergreifend zu arbeiten; denn das erreicht die jungen Leute manchmal viel breiter. Es ist gut, dass wir das auch am Gymnasium wieder dürfen. – Das ist vielleicht eine wichtige Rückmeldung für Sie; denn Sie hatten das abgeschafft.

Zum Thema „MINT-EC-Schulen“: Die Gesamtschulen waren von der CDU/FDP-Landesregierung von der Teilnahme an solchen Programmen ausgeschlossen worden. Angesichts dessen finde ich, ist das hier von Ihnen ein bisschen einseitig dargestellt worden.

Der dritte Punkt, der natürlich auf der Tagesordnung bleibt, ist, dass wir die Studienabbrecherquoten in den MINT-Fächern weiter senken wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wodurch?)

Wenn wir in diesen Fragen einen Konsens haben – den sollten wir im Schulausschuss versuchen herzustellen –, dann erweisen wir der Sache den bestmöglichen Gefallen: für die Jugendlichen, für diese wichtigen Zukunftsfelder und natürlich auch für unsere Gesellschaft insgesamt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Damit sind wir am Ende dieser Debatte und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/7776** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. – Wer das so beschließen will, der hebe jetzt die Hand. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. – Dann ist das einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

6 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 100 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss mindestens jährlich dem Landtag mündlich berichten. Entsprechend der bisher geübten Praxis erteile ich der stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Howe, zum Halbjahresbericht das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Howe.

Inge Howe (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tue Gutes, aber rede nicht darüber – ein solch bescheidenes Motto findet sich in einem Parlament sicher selten. Die Arbeit weitgehend ohne große Öffentlichkeit ist aber ein wichtiger Grundsatz des Petitionsausschusses. Unser Ausschuss ist einer der wenigen in diesem Parlament, der nichtöffentlich tagt. Ein Relikt aus alter Zeit, könnte man denken, als Transparenz noch nicht so wichtig war – aber dem ist nicht so: Die Entscheidung, nichtöffentlich zu tagen, dient dem Schutz der Menschen, die sich an uns wenden; denn die Anliegen sind oft sehr persönlich und sensibel. Alle Petentinnen und Petenten können sich auf unser Stillschweigen verlassen.

Zunächst eine kurze Rückschau in Zahlen.

Im ersten Halbjahr 2014 haben den Ausschuss 1.683 Eingaben erreicht. Erledigt wurden in dieser Zeit 1.643 Petitionen. Davon hat der Ausschuss 216 Eingaben im Verfahren nach Art. 41 a der Landesverfassung durch Erörterungstermine behandelt.

In 20 % der Eingaben erreichten wir ein positives Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger. In 60 % der Fälle konnten wir nichts für die Petentinnen und Petenten tun. 20 % endeten auf sonstige Weise, etwa durch den Hinweis auf alternative Verfahren oder durch Rücknahme der Petitionen.

Die Petitionen, die der Ausschuss im §-41a-Verfahren bearbeitet hat, haben eine höhere Er-

folgsbilanz. Dort gab es in 45 % der Fälle einen positiven Ausgang, in 22 % keinen Erfolg, und 33 % endeten auf andere Weise.

Die meisten Petitionen erreichten uns aus dem Bereich „Soziales“, nämlich 23,5 %. Mit einem Anteil von 17 % folgt der Themenschwerpunkt „Öffentlicher Dienst“. Etwa konstant geblieben mit 8,8 % ist der Anteil der Eingaben aus dem Bereich „Rechtspflege und Betreuung“. Rund 8,3 % der Eingaben kommen aus dem Bereich „Bauen, Wohnen und Verkehr“. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Eingänge zum Thema „Rundfunk und Fernsehen“; sie machten einen Gesamtanteil von 7,8 % aus. Das Ausländerrecht ist einigermaßen konstant mit 5,6 % der Eingaben vertreten, ebenso das Steuerrecht. Mit Fragen des Strafvollzugs beschäftigen sich 4,6 % der Petitionen. Wieder gesunken sind die Eingaben aus dem Bereich „Schule und Hochschule“, nämlich auf 2 %. 17 % der Eingaben betrafen andere Rechtsgebiete. Die ausführliche Statistik können Sie als Anlage dieses Berichts finden.

Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wahrnehmen. – Das ist ein zweiter Kernsatz des Petitionsausschusses. Und damit immer mehr Menschen wissen, dass sie sich mit ihren Sorgen und Nöten unmittelbar an das Parlament wenden können, sind wir im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit in ganz NRW unterwegs.

Im Jahr 2014 haben wir Bürgersprechstunden in Düsseldorf und einen Sprechtag im Rathaus in Bottrop durchgeführt. Im Rahmen des NRW-Tages in Bielefeld stand der Ausschuss den Besucherinnen und Besuchern an zwei Tagen für alle Fragen zur Verfügung. Ferner gab es eine Telefonsprechstunde bei der „Westdeutschen Zeitung“.

Alle unsere Angebote zeichnen sich dadurch aus, dass man einen kurzen und schnellen Weg zu uns findet, unbürokratisch und ohne große Hürden.

Nun komme ich zu den inhaltlichen Schwerpunkten meiner Arbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit einiger Zeit stellen wir fest, dass den Landtag in der Masse weniger Petitionen erreichen als früher. Nach wie vor kümmern wir uns um die vielen Einzelanliegen der Menschen, die sich an uns wenden. Aber insbesondere die Petitionen, in denen sich die Anliegen Einzelner zu einem großen gesellschaftlichen Anliegen verdichten, werden seltener. Fragen, von denen man ahnt, dass sie die Menschen beschäftigen, kommen nur noch vereinzelt an. Die zunächst kleinen und dann immer größer werdenden Wellen an Zuschriften bleiben aus. Wo sind sie geblieben?

Sogenannte private Petitionsplattformen sind in Mode gekommen. Sie bieten den Menschen anscheinend ein Portal für ihre Anliegen an. Dort kann man sich mit einem kleinen Klick und einer E-Mail-Adresse einer sogenannten Petition eines anderen anschließen. Am Ende einer gesetzten Zeitspanne zählt ein Computerprogramm, wie viele Klicks und E-Mail-Adressen gesammelt wurden.

Auf diese Weise entstehen augenscheinlich beeindruckende Unterstützerzahlen. Aber was passiert dann? Viele Nutzerinnen und Nutzer dieser Internetportale verkennen, dass sie mit ihrem Beitrag dort zwar in die Statistik eingehen. Ihr Anliegen aber bleibt nur eine statistische Größe, es erreicht nicht den Gesetzgeber.

Wir verkennen nicht die Wichtigkeit und den Nutzen solcher Portale, die Meinungen sammeln und kanalisieren. Das Anliegen muss aber auch den Landtag erreichen, denn sonst geht das Problem verloren, ohne dass das Parlament davon erfährt. Eine Prüfung und Bearbeitung in den Portalen erfolgt nicht. Deshalb rufe ich die Menschen dazu auf, es nicht bei einem Klick in einem Internetportal zu belassen. Wir bieten ihnen mit einer Petition an das Landesparlament einen kurzen, direkten Weg zum Gesetzgeber.

Dass eine einzelne E-Mail an den Petitionsausschuss zu einer positiven Veränderung der Situation vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen führen kann, zeigt folgender Fall, den ich Ihnen gerne vorstellen möchte:

Beim Petitionsausschuss meldete sich Frau S. und berichtete von ihrer schwierigen Situation. Sie ist Beschäftigte in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen. Als Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung mit einer technischen bzw. handwerklichen Ausbildung und einer sonderpädagogischen Zusatzqualifikation lernt sie die gehandicapten Menschen dort an und unterstützt sie in ihrer Arbeit. Allerdings wurde sie in der Vergangenheit auch dazu verpflichtet, den dort beschäftigten Menschen Medikamente zu verabreichen. Dazu hatte sie aber nur eine kurze, halbtägige Einweisung erhalten. Frau S. lehnte ab, da sie sich nicht ausreichend ausgebildet sah, eine so spezifische Aufgabe zu übernehmen. Gerade bei besonders schweren Erkrankungen wie Epilepsie oder bei psychischen Beeinträchtigungen sei eine korrekte Gabe der Arznei doch besonders wichtig. Auch sei völlig unklar, wer die Haftung übernehme, wenn Medizin nicht richtig gegeben würde, bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen.

Der Ausschuss holte zunächst eine schriftliche Stellungnahme der Landesregierung ein. Dem folgte ein §-41a-Termin. Frau S. berichtete uns, sie habe inzwischen ihre Angelegenheit selbst geklärt und sei von der Medikamentengabe befreit. Sie erhalte aber ihre Petition aufrecht, da sie befürchte, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus Angst vor Nachteilen oder gar Jobverlust keine Beschwerde einreichen würden.

Dem Ministerium war dies bislang nicht als generelle Problemlage bekannt. Der Ausschuss erteilte der Landesregierung daher einen erneuten Prüfauftrag

und bat um intensive Recherchen in den Werkstätten – mit einem wichtigen Ergebnis: Es wurde festgestellt, dass die einschlägige Rechtsnorm – § 10 der Werkstättenverordnung – nur so interpretiert werden kann, dass nur medizinische Fachkräfte die Medikamentengabe vornehmen dürfen. Wenn diese nicht vor Ort sind, muss ein ambulanter Pflegedienst bestellt werden, der die Medikamente verabreicht.

Das Ministerium hat nun die zuständigen Landschaftsverbände aufgefordert, dies in allen Werkstätten bekannt zu geben und die entsprechende Einhaltung sicherzustellen. Der Ausschuss wird sich weiter über die Fortschritte berichten lassen.

Eine einzelne E-Mail an den Petitionsausschuss führt damit zu einer Änderung in ganz Nordrhein-Westfalen. Ich finde, das ist ein toller Erfolg.

(Beifall von allen Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Zahl der Petitionen zu den Rundfunkgebühren hat deutlich zugenommen. Mit dem Inkrafttreten des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages in 2013 sind deutliche Änderungen eingetreten. Die Einführung einer personenunabhängigen Haushaltsabgabe ohne Berücksichtigung, ob man einen Fernseher oder ein Radio besitzt, wurde schon damals von vielen als Bevormundung oder Entmündigung kritisiert. Dieses führte auch zu Petitionen, die die grundsätzliche Frage aufwarfen, das Beitragsmodell komplett abzuschaffen und durch ein steuerfinanziertes Modell zu ersetzen. Diese Petitionen hatten keinen Erfolg.

Doch zunächst zu den positiven Veränderungen: Der monatliche Beitrag wird zum 1. April 2015 um 48 Cents auf 17,50 € gesenkt. Eine rückwirkende Befreiung bzw. Ermäßigung des Beitrages ist bis zu zwei Monaten jetzt ebenfalls möglich. Der Rundfunkbeitrag ist im privaten Bereich nur noch von einem Beitragspflichtigen, in der Regel dem Wohnungsinhaber, zu zahlen. Reformiert wurde ferner die Härtefallregelung. Menschen, die in Pflegeheimen leben, wurden von der Beitragspflicht befreit. Gleiches gilt auch für Demenzkranke.

Als negative Veränderung bleibt festzuhalten, dass behinderte Menschen, die in der Vergangenheit ganz befreit waren, nunmehr ein Drittel Beitrag zahlen müssen. Das ist durch Rechtsprechung endgültig entschieden worden. Allerdings gibt es auch eine vollständige Befreiung für Menschen mit Behinderungen aus sozialen oder finanziellen Gründen.

Besonders bei der Anwendung der Härtefallklausel gibt es erhebliche Schwierigkeiten. Der einschlägige § 4 Abs. 6 des Staatsvertrages wird vom Petitionsausschuss einerseits und dem Beitragsservice des WDR andererseits unterschiedlich ausgelegt.

Wir sind der Auffassung, dass es spezifische Einzelfälle gibt, in denen die Heranziehung zur Beitragspflicht für die Betroffenen zu einer besonderen Härte führt. Das sind zum Beispiel Menschen der Pflegestufe 3. Diese Menschen können anders als Demenzkranke Rundfunk und Fernsehen bewusst wahrnehmen. Tatsächlich bieten Rundfunk und Fernsehen im Regelfall für sie die einzige Möglichkeit, die Teilhabe am öffentlichen Leben zu gewährleisten. Der Besuch von Theatern, öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungen und Sonstigem scheidet wegen diverser Erkrankungen für diese Menschen oft aus.

Deshalb ist aus meiner Sicht eine Gleichstellung von Heimbewohnern und Menschen der Pflegestufe 3, die zu Hause gepflegt werden, durchaus gerechtfertigt. Dafür ist allerdings eine Änderung des Staatsvertrages erforderlich, die eventuell zulasten der übrigen Beitragszahler geht. Insofern sollte diese Diskussion auch in den zuständigen Fachausschüssen des Landtages und auf Ebene der Länder intensiv geführt werden.

Das Gleiche gilt auch für Studierende, die aus Staaten zu uns kommen, die nicht der Europäischen Union angehören. Aufgrund des EU-Diskriminierungsverbotes können Studierende aus der EU, die BAföG oder eine vergleichbare staatliche Leistung erhalten, befreit werden. Das gilt jedoch nicht für Studierende, die aus Nicht-EU-Ländern kommen. Das ist weder besonders gastfreundlich noch gerecht.

Zweifelsohne muss eine vergleichbare Bedürftigkeit vorliegen. Ich denke aber, dass es richtig und wichtig ist, sich derartigen Fragen, die uns von Studierendenausschüssen angetragen werden, zu stellen. Darüber werden wir also noch weiter reden.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, vielfältige Petitionen gab es auch zu dem Bereich Soziales und Schule. Das Themenspektrum reichte vom Umgang mit Schulverweigerern über Schülerfahrtkosten und schulische Angebote im Rahmen der Nachmittagsbetreuung bis hin zur Bewältigung von Mobbingfällen.

Gehäuft waren Eingaben zu beabsichtigten Schließungen und Zusammenlegungen von Grundschulstandorten zu bearbeiten. Auch die Großthemen „G8“, „G9“, „Schulische Sozialarbeit“ und „Inklusion“ spiegeln sich in der Tätigkeit des Petitionsausschusses wider.

In Bezug auf die Inklusion ging es zumeist darum, in konkreten Fällen nach Möglichkeiten zu suchen, dem Elternwillen möglichst zur Geltung zu verhelfen. Dieses gelang dann im Gespräch mit den Betroffenen, mit den Schulen und der Schulaufsicht. Wenn es um die Bewilligung von Inklusionshelfern oder sonstigen begleitenden Maßnahmen der Jugendhilfe ging, wurden auch die Jugendämter beteiligt. Gerade im Bereich der Ausbildung von Inklusionshelfern gibt es noch deutlichen Nachholbedarf.

Der politische Streit um die Finanzierung der Inklusion, der sich in vielen Petitionsfällen ebenfalls schmerzlich bemerkbar machte und Lösungen erschwerte, konnte zwischenzeitlich entschärft werden. Parallel hat der Petitionsausschuss auch weiterhin geprüft, ob er in konkreten Einzelfällen pragmatische Lösungen vermitteln konnte.

So weit zu den Schwerpunkten in diesem Halbjahr. Nun komme ich zu den Einzelpetitionen. Der Petitionsausschuss ist sicherlich der Ausschuss, der die vielfältigste Arbeit bietet. Denn uns erreichen Zuschriften aus wirklich allen Bereichen des Lebens.

Zum Beispiel unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Krankenhausaufsicht hat sich der Ausschuss zunehmend mit Fällen zu beschäftigen, in denen sich Menschen über die Mängel bei der Behandlung in der Notfallambulanz, über schwere hygienische Mängel und schlechte Kommunikation in einzelnen Krankenhäusern beschwert haben.

In diesen Fällen – teils direkt vor Ort – wurden Gespräche mit den Verantwortlichen der Kliniken und allen Ebenen der Krankenhausaufsicht geführt, bei denen den Vorwürfen detailliert nachgegangen wurde. Hierbei galt es, jeweils zu klären, ob den geschilderten Vorfällen strukturelle Probleme, Unterfinanzierung und Personalmangel, systematische Vernachlässigung von Hygienestandards oder mangelhafte Strukturierung der Abläufe zugrunde lagen und wie diesen Mängeln gegebenenfalls zu begegnen wäre oder ob es sich um einen Einzelfall und/oder eine unglückliche Verkettung von Ereignissen handelte.

Der Petitionsausschuss hat sich die geplanten oder bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen im Einzelnen erläutern lassen, zum Teil kritisch hinterfragt. Dabei war es auch von Vorteil, dass mehrere Mitglieder des Ausschusses selbst beruflich in diesem Bereich tätig waren und entsprechenden Sachverstand einbringen konnten. Überhaupt ist es ein großer Gewinn, dass die 25 Abgeordneten jeweils ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung einbringen können und diese auch zu einer Messlatte der Beurteilung machen.

Wir schauen uns die Petitionen nicht nur vor einem juristischen Hintergrund an, sondern sehen auch die Menschen dahinter, sowohl aufseiten der Petenten, als auch aufseiten der Behörden.

Nun noch eine beeindruckende Einzeleingabe. Wie schnell Menschen in einer hoch technisierten und funktionalen Arbeitswelt auf das Abstiegsgleis geraten und dabei nicht einmal vor dem öffentlichen Dienst haltgemacht wird, zeigt folgender Fall, in dem der Ausschuss mit einem langen Atem eine gute Lösung gefunden hat.

Der Petent Herr E. war Lehrer an einer Förderschule. Nach einem Schlaganfall im Februar 2009 hat er sich im Oktober 2010 wieder dienstfähig gemeldet. Jedoch konnte er als Lehrer leider nicht mehr vor einer Klasse unterrichten. Zu allen anderen Tätigkeiten innerhalb und außerhalb der Schule sei er aber bereit und in der Lage. Der Amtsarzt bestätigte diese Einschätzung. Ohne Rücksprache mit dem Petenten erklärte die Bezirksregierung jedoch, dass eine Arbeitsstelle im schulischen Umfeld nicht zur Verfügung stehe. Auch das dann eingeschaltete Landesamt für Personaleinsatzmanagement kümmerte sich nicht weiter.

Da Herr E. befürchtete, in den Ruhestand versetzt zu werden, wandte er sich an den Petitionsausschuss. Inzwischen lag der Schlaganfall fast drei Jahre zurück. In dieser Zeit hat sich der Petent eigenständig weitergebildet und sogar ein mathematisches Fachbuch geschrieben. Der Petitionsausschuss konnte nicht nachvollziehen, weshalb weiterhin auf die Arbeitskraft und die Kenntnisse des Petenten als Förderschullehrer unter Fortzahlung der Bezüge verzichtet wurde, obwohl dringender Bedarf an entsprechenden Fachkräften besteht.

Weil Herr E. nicht untätig bleiben wollte, hatte er bei der Bezirksregierung sogar die Erlaubnis für eine Nebentätigkeit und ehrenamtliche Arbeit beantragt und erhalten. Er konnte vorübergehend in einem Projekt mitarbeiten, in dem junge Leute ohne Schulabschluss in Ausbildungsberufe vermittelt werden. Das klappte auch sehr gut, bis auch diese Lösung wieder ins Wanken geriet.

Nach dem dritten Erörterungstermin ist es endlich gelungen, eine gute Lösung für den Petenten zu erreichen. Nach Klärung aller Fragen schrieb der Petent an den Ausschuss:

Sie haben meinen Wunsch nach beruflicher Wiedereingliederung nach einem Schlaganfall mit großer Entschiedenheit und Beharrlichkeit unterstützt. Nach drei Jahren hat die Verwaltung jetzt meinem Wunsch entsprochen. Meine Weiterbeschäftigung ist gesichert. Ich danke Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ganz herzlich. Für mich war die Unterstützung des Petitionsausschusses eine ganz wichtige Hilfe auf meinem Weg zurück ins Arbeitsleben. Auch das Land Nordrhein-Westfalen, so denke ich, wird davon profitieren, dass eine vorzeitige Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit vermieden werden konnte.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie konnten sich heute wieder einen Eindruck darüber verschaffen, wie wichtig, sensibel und vielseitig die Arbeit des Petitionsausschusses ist. Die Bearbeitung der Fälle ist sehr arbeitsintensiv, aber ohne jede Einschränkung lohnenswert. Jede Petition ist uns wichtig. Dies schaffen wir vor allem, weil wir, 25 Abgeordnete, in unserem Ausschuss über jede Parteigrenze hinweg einstimmig im Sinne der Menschen handeln.

Das gelingt aber nur, weil wir durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Petitionsreferates so hervorragend unterstützt werden. Im Namen aller Abgeordneten möchte ich mich hierfür ganz besonders herzlich bedanken. Das gilt ebenso für die gute Zusammenarbeit, das große Engagement und das gegenseitige Vertrauen, ohne das unsere Arbeit als Abgeordnete kaum möglich wäre.

(Beifall von allen Fraktionen)

Gerne bedanke ich mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für das gegenseitige Vertrauen und ebenso für die gute Zusammenarbeit. Ich wünsche mir für uns alle, dass dies auch weiterhin so geschieht. – Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Howe. Ich bedanke mich ganz besonders bei Ihnen und bei den Mitgliedern des Ausschusses, den Kolleginnen und Kollegen, die diese Arbeit leisten. Ich darf das auch noch einmal im Namen des Präsidiums und damit des gesamten Hohen Hauses tun, Frau Howe. Ihnen allen einen besonderen Dank für Ihre Arbeit, die mit großem Engagement geführt wird und die für mich und für uns alle ein besonderer Beweis für das Funktionieren von Demokratie ist. Ich finde, dass der Petitionsausschuss hier im Hohen Haus eine herausragende Stellung einnimmt. Ich möchte natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken, die jedenfalls zum Teil auf der Tribüne vertreten sind und Ihren Bericht natürlich auch verfolgt haben.

(Beifall von allen Fraktionen)

Herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Referat eine ganz besondere, aber auch eine besonders komplizierte und schwierige Arbeit leisten. Schließlich ist es – das haben Sie eben anhand von sehr eindrucksvollen Beispielen beschrieben – eine besondere Herausforderung, damit umzugehen. – Frau Howe, herzlichen Dank. Ihnen allen einen herzlichen Dank dafür, dass Sie zum Wohle und im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger handeln. Danke.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich rufe auf:

7 Aufbau und Erhalt von Studienplätzen ist Länderaufgabe – welche Pläne hat die Landesregierung beim Ausbau der Masterstudienplätze?

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5041

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Drucksache 16/7798

Ich darf auf folgenden Vorgang hinweisen: Der Antrag der Fraktion der CDU wurde gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Beschlussempfehlung und Bericht liegen vor.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, der Kollegin Howe folgen zu dürfen. Ich darf sagen, neben der fachlichen Arbeit in den Fachausschüssen ist die Arbeit im Petitionsausschuss eine Leidenschaft, die ich nicht missen möchte. Herzlichen Dank, Frau Kollegin Howe!

Meine Damen und Herren, den Antrag der CDU-Fraktion haben wir am 24. September in einer Anhörung auch durch die Fachwelt prüfen lassen. Das Ergebnis dieser Anhörung war positiv – positiv für die Politik unserer Ministerin Svenja Schulze im Hinblick auf die Schaffung von zusätzlichen Studienplätzen im Bereich der Masterausbildung, und es war eine Bestätigung der Politik der Mehrheit hier im Landtag, von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Der Antrag wollte den Eindruck erwecken, Herr Dr. Berger, dass die CDU und Sie persönlich die große Initiative ergreifen. Diese Chance hätten Sie gehabt, allerdings neun Jahre früher.

Ich will Ihnen die Stationen nochmals kurz benennen, an denen Sie gemeinsam mit der FDP Initiativen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt haben. Ich gehe die Anträge durch. Es sind insgesamt fünf Anträge:

Am 18. Oktober 2005 der Antrag „Den Bolognaprozess für NRW weiter erfolgreich gestalten“, ein Antrag, der durch die SPD eingebracht wurde, am 27. Februar 2007 „Zugangsbeschränkungen sind keine Lösung – die NRW Hochschulen brauchen eine echte Studienreform“, eingebracht durch die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, am 24. April 2007 „Weniger Zukunft war nie – Studiengebühren abschaffen – Hochschulpakt umsetzen – Verantwortung übernehmen“, eingebracht durch die SPD, dann am 24. November 2009 „Forderungen der Studierenden ernst nehmen – Studium studierbar machen“, eingebracht durch die SPD, und dann am 12. Januar 2010 „Den Bolognaprozess sozial gestalten: Barrieren im Studium abbauen und das BAföG zukunftsfähig weiterentwickeln“,

eingebracht durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich habe persönlich noch drei Kleine Anfragen zu dem Thema Masterstudienplätze auf den Weg gebracht, im März 2009. Auch diese wurden damals von der schwarz-gelben Landeregierung abgelehnt und negativ beschieden.

Also, Herr Dr. Berger: neun Jahre zu spät. – Aber die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen waren nicht zu spät. Sie haben diese Regierung abgelöst, und das war gut so. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, und wir haben dafür gesorgt, dass ein Studium an unseren Hochschulen möglich ist.

Allen Unkenrufen zum Trotze: Es ist kein Chaos beim doppelten Abiturjahrgang entstanden. Gemeinsam mit den Hochschulen haben wir – Landesregierung, Landtagsmehrheit – hier Positives bewirkt, also positives Ergebnis für Sie, Frau Ministerin Schulze.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist, was das finanzielle Engagement angeht, auch nur durch die gemeinsamen Anstrengungen des Bundes und der Länder möglich. Aber es sind gemeinsame Anstrengungen, wo beide Seiten auch für die Finanzierung gerade stehen. Die 65.000 Masterplätze bis 2020 werden gemeinschaftlich finanziert. Dabei war es eine ganz wichtige Voraussetzung, wie dieser Hochschulpakt III ausverhandelt worden ist. Frau Ministerin Schulze hat wesentlichen Anteil daran, dass wir diese Haushaltsmittel flexibel im Rahmen des Hochschulpaktes einsetzen können.

Ich sage es noch einmal, habe es bei früheren Reden gesagt: Nordrhein-Westfalen steht für eine echte Kofinanzierung der Hochschulpakte und nicht für eine verdeckte Finanzierung aus Haushaltstiteln, die es schon gibt.

Es war die Frage aufgetaucht: Werden Bachelorstudienplätze praktisch durch Masterstudienplätze verdrängt? Sie konnte eindeutig verneint werden. Hier wird es keinen Verdrängungsprozess geben. Der Bachelorbereich ist klar getrennt vom Masterbereich. Beide Bereiche, Studieneingangsplätze wie Masterplätze, werden finanziert.

Meine Damen und Herren, auch das Thema BAföG-Mittel, eine alte Leier, die Herr Dr. Berger und andere hier immer wieder drehen wollen, ist geklärt. Weit mehr als 245 Millionen € gehen in den Bildungsbereich, insbesondere in den Wissenschaftsbereich. Hier sind wir auf einer guten Seite.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Ihr Antrag wurde durch die Geschichte überholt, Herr Dr. Berger. Ich darf Ihnen an dieser Stelle schon ein schönes Wochenende wünschen. – Herzlichen Dank. – Die Beschlussempfehlung wird natürlich von uns mehrheitlich getragen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen, Herr Schultheis. Aber noch haben wir kein Wochenende. – Als nächster Redner spricht Herr Dr. Berger. Bitte schön.

Dr. Stefan Berger (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schultheis, zu der Aufzählung der Anträge, die Sie in Ihrer Oppositionszeit in Verbindung mit Ihren Kleinen Anfragen gestellt haben, kann ich Ihnen nur sagen: Man muss schon zur Kenntnis nehmen, dass Sie seit dem Jahr 2010, also jetzt seit fast fünf Jahren, die Regierung stellen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wir haben etwas getan! Sie haben eine Erinnerungslücke! – Dietmar Bell [SPD]: Die erfolgreiche Regierung, Herr Dr. Berger!)

Und was vor neun Jahren war, mag vor neun Jahren gewesen sein. Sie stellen seit fünf Jahren die Regierung. Die Probleme, über die wir sprechen, die waren 2004 bekannt, 2005, aber eben auch 2010. Seit Jahren haben die Hochschulen darauf hingewiesen, dass die Übergangsraten vom Bachelor zum Master steigen werden. Übrigens erwartet die Landesrektorenkonferenz eine Übergangsrate von 70 %, das CHE von 85 %. 2016 wäre in etwa die Folge, dass bundesweit 36.000 Masterplätze fehlen.

Wir haben deswegen im Februar 2014 – der Antrag hat eine Geschichte – diesen Antrag gestellt und haben im Kern zwei Forderungen erhoben: Erstens soll der konkrete Bedarf ermittelt werden, übrigens auch im Zusammenhang mit der Wirtschaft, damit wir nicht irgendwelche Masterplätze ins Leben rufen, sondern solche, die man studieren kann und mit denen man sein Studium in irgendeiner Art und Weise für sich und sein weiteres Leben verwerten kann, und zum Zweiten, dass die neuen zusätzlichen Masterstudienplätze nachhaltig, dauerhaft und am besten, obwohl es bei dieser Regierung schwierig ist, ohne neue Schulden finanziert werden sollen.

Mittlerweile – da haben Sie recht, Herr Schultheis – haben Sie ein Programm für 65.000 zusätzliche Masterstudienplätze aufgelegt. Da sage ich: Erst stellt die CDU-Opposition in diesem Haus einen Antrag, und dann fällt auf einmal ein Programm vom Himmel. – Ich stelle also fest: Der Oppositionsdruck der CDU hat gewirkt.

(Lautes Lachen von Ministerin Svenja Schulze – Lachen von den GRÜNEN – Karl Schultheis [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Nadja Lüders [SPD]: In welchem Leben, Herr Berger? In welchem Leben?)

Denn sonst hätten Sie, ohne dass es dieses Antrags bedurft hätte, von sich aus proaktiv handeln können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Antrag bleibt auch deswegen hochaktuell, weil die Landesregierung bis heute nicht sagen kann, an welchem Standort wie viele Masterstudienplätze benötigt werden. Das wissen Sie nicht. Sie stehen davor wie vor einem Buch mit sieben Siegeln. Es wäre doch für Sie auch schön zu wissen, an welchem Ort wie viele Studenten welche Plätze nachfragen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie wollen die Hochschulen gängeln! – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Ihre Finanzierung ist nicht nachhaltig. Sie finanzieren bis zum Jahr 2020. Sie wissen aber genau, dass sich die Bugwelle bis dahin noch nicht unbedingt abgebaut hat. Es geht auch anders. Das zeigt Baden-Württemberg. Dort werden in zwei Stufen jährlich zuerst 38 Millionen € und in Stufe II 22 Millionen € zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind das 61 Millionen € zusätzlich. In Hessen wird das gesamte Geld, das durch die Übernahme der BAföG-Mittel durch den Bund frei wird, insbesondere dem Wissenschaftshaushalt zur Verfügung gestellt. Bei Ihnen ist das anders. Sie benötigen das Geld, das Berlin Ihnen freischaufelt, zur Vermeidung des Reißens irgendwelcher Verfassungsgrenzen.

(Nadja Lüders [SPD]: Wat?)

Da sagen wir: Sie lassen Geld im allgemeinen Haushalt versickern und stellen es nicht den Hochschulen zur Verfügung.

Wir fordern Sie also nach wie vor auf: Stellen Sie ein Bedarfskonzept auf. Zeigen Sie uns, wo, wie viele und welche Masterstudienplätze benötigt werden. Und zeigen Sie uns, wie diese Studienplätze dauerhaft mit Geld unterlegt werden. Das wäre ein glaubwürdiges Konzept.

Im Übrigen darf ich feststellen: Natürlich wirkt der Oppositionsdruck. Ich sagte es eben schon. – Wenn Sie das Problem von sich aus erkannt hätten, hätten Sie es im Regierungshandeln schon sehr viel früher angehen müssen. Ich bin aber trotzdem optimistisch und sehe, dass die Demokratie funktioniert.

(Karl Schultheis [SPD]: Da bin ich aber froh, dass Sie das feststellen!)

Wir sprechen Themen an, Sie handeln. Immerhin kommen wir unserer Rolle als Opposition besser nach, als Sie Ihrer Rolle in der Regierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD – Dietmar Bell [SPD]: Das war ein wahres Feuerwerk! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Berger. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Berger, so schnell, wie Sie es eben beschrieben haben, kann kein Programm vom Himmel fallen. Sie brauchen nur einmal „so“ zu machen, und schon sind die Masterstudienplätze da.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

So haben Sie sich das ausgedacht. Aber Tatsache ist natürlich, dass zum Zeitpunkt Ihres Antrags im Februar die Hochschulen bereits mit der Ministerin in Verbindung standen, um dieses Konzept zu entwickeln. Deswegen sollten Sie zunächst einmal zugeben, dass Ihr Antrag mit Blick auf das bereits im vergangenen Sommer aufgelegte Masterplatzprogramm längst von der Realität überholt ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Insofern werden wir Ihrem Antrag natürlich nicht zustimmen.

Ich gebe Ihnen allerdings recht, dass uns die Frage einer mittel- bis langfristigen Gesamtstrategie – wie viele Plätze muss man auch in Zukunft schaffen? – für die Fortschreibung von grundständigen Studiengängen und Masterplätzen weiterhin beschäftigen wird.

Die in Nordrhein-Westfalen derzeit hohe Übergangsquote vom Bachelor in den Master – Sie beträgt 67 % und nicht 85 %, wie Sie das in Ihrem Antrag geschrieben haben – muss nicht unbedingt der Maßstab für die zukünftige Entwicklung sein. Quoten kann man derzeit nur aufgrund von Schätzungen festlegen, die rein spekulativ sind und keinesfalls langfristig stabil bleiben können. So hat Herr Prof. Sternberg von der LRK der Fachhochschulen in der Anhörung die Frage nach einer Prognose für zukünftige Masterkapazitäten als reine Kaffeesatzleserei bezeichnet.

In diesem Zusammenhang ist die Frage interessant, wie der Bachelor auf dem Arbeitsmarkt angenommen wird bzw. wie hoch die Bereitschaft der Beschäftigten ist, sich nach einer Phase der Berufstätigkeit akademisch weiterzuqualifizieren. All das ist Thema der Anhörung gewesen. Ihr Antrag ist sozusagen gar nicht mehr berücksichtigt worden. Allein diese Frage stand im Fokus der Diskussion.

Vor diesem Hintergrund können wir nur feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass die Argumentation in Ihrem Antrag zu kurz greift.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Mit dem im Juli 2014 bekanntgegebenen Masterprogramm sollen bis 2020 insgesamt 65.000 Masterplätze zusätzlich geschaffen werden.

Ich muss das noch einmal deutlich sagen: Der Bund hat sich bisher verweigert. Deswegen haben wir ein eigenes Landesprogramm aufgelegt. Das Programm verwendet in der Tat Mittel aus dem Hochschulpakt. Darauf haben sich die Hochschulen und das Ministerium verständigt. Für jeden zusätzlich aufgebauten Studienplatz werden 10.000 € zur Verfügung gestellt, und zwar nicht – der Kollege Schultheis sagte das eben schon – auf Kosten von Bachelorstudienplätzen.

Klar ist aber auch, dass wir die Forderung nach einer echten Masterkomponente im Hochschulpakt für die Finanzierung zusätzlicher Studienplätze weiterhin aufrechterhalten. Die gibt es nämlich immer noch nicht. Nicht nur wir in Nordrhein-Westfalen fordern das, sondern ebenfalls alle anderen Bundesländer. Der Bund kann sich hierbei nicht immer aus der Verantwortung ziehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Im Übrigen werden wir uns darüber hinaus vehement dafür einsetzen, dass der Hochschulpakt bei anhaltend hohen Studierendenzahlen verstetigt, ausgeweitet und erhöht wird, wie es auch das Centrum für Hochschulentwicklung in unserer Anhörung gefordert hat.

Der Bund hat die Aufhebung des Kooperationsverbotes beschlossen. Das ist Tatsache. Das heißt auch: Zukünftig muss es um gemeinsame Möglichkeiten der Finanzierung gehen. Deswegen müssen unsere Anstrengungen künftig darauf abzielen, dauerhafte Rahmenbedingungen für alle Bundesländer zu schaffen, die es allen erlauben, Wissenschaft und Forschung angemessen zu fördern.

Hierfür, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von CDU und FDP, sollten sich mit uns gemeinsam starkmachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die FDP-Fraktion kommt nun Frau Kollegin Freimuth ans Pult.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Schulze hebt zu Recht die außerordentliche Hochschuldichte in Nordrhein-Westfalen hervor. Andere tun das ebenfalls. Und zutreffend. Aber gerade bei dieser Dichte wird es umso deutlicher, dass eine ausreichende Zahl von Masterstudienplätzen fehlt.

Herr Kollege Schultheis, ich weiß, Sie sind immer schon besonders schlau gewesen. Aber ich glaube, wir alle haben an der Stelle nicht richtig geschätzt, wie sich das Nachfrageverhalten von Studierenden bei der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge im Bolognaprozess nach einem Masterstudiengang entwickeln wird. Heute sind wir alle wesentlich schlauer und können auf Erfahrungen zurückgreifen.

Ich will zu Ihren einzelnen Antragsinitiativen, die Sie vorhin aufgelistet haben, gar nicht allzu viel erwähnen. Wir haben immer noch eine ganze Menge Herausforderungen bei Bologna zu erfüllen. Die Zugangsbeschränkungen gibt es nach wie vor. Wir haben nach wie vor viele Studiengänge, die mit NC und anderen Zugangsbeschränkungen belegt sind. Die Studierendenbeiträge – das will ich konstatieren – haben Sie in der Tat abgeschafft.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch daran orientieren, dass wir für unsere jungen Menschen beste Bildung in Nordrhein-Westfalen erreichen. Dazu gehört auch, dass wir ein bedarfsgerechtes, ein angemessenes Angebot an Masterstudienplätzen vorhalten.

(Karl Schultheis [SPD]: Deswegen haben wir die Anträge ja gestellt!)

Ich will an der Stelle deutlich machen, dass sich seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Rot-Grün, auch von Ministerin Schulze für den Bereich Wissenschaft und Hochschulen, im Bereich der Masterstudienplätze nichts getan hat.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Kollegen der Union haben im vergangenen Februar diesen Antrag gestellt. Zwischenzeitlich – das ist konstatiert – haben Sie einen Plan aufgelegt, dass Sie gemeinsam mit den Hochschulen 65.000 zusätzliche Masterstudienplätze schaffen wollen, aber nicht etwa jährlich, sondern insgesamt bis 2020. Dafür werden Sie Hochschulpaktmittel aufwenden. Beim Aufbau und Ausbau von Studienplätzen verlassen Sie sich ausschließlich auf diese Finanzspritzen des Bundes. Die antragstellende Fraktion hat das völlig zutreffend beschrieben.

Allein bei dem Haushalt 2015 haben Sie zum Beispiel dadurch, dass der Bund jetzt die Kosten für die BAföG-Leistungen trägt, die BAföG-Millionen eingespart. Sie haben einen großen Teil dieser Mittel komplett zur Kofinanzierung des Hochschulpakts verwandt und nicht etwa zusätzliches eigenes Geld dafür aufgewandt.

Sie haben die Hochschulpaktmittel übrigens auch für Zuweisungen an die neu entstandenen Fachhochschulen verwendet. Dabei von zusätzlichen Plätzen zu sprechen, ist gelinde gesagt verwegen. Sie schaffen damit keine zusätzlichen Plätze, sondern Sie zweckentfremden die Hochschulpaktmittel für die Grundfinanzierung dieser Fachhochschulen.

(Ministerin Svenja Schulze: Was für ein Unsinn!)

Die Fachhochschulen gibt es doch nicht nur, weil wir so viele zusätzliche Studierende in Nordrhein-Westfalen haben. Ich frage mich: Welche Auswir-

kungen hat das eines Tages für die Fachhochschulen Ruhr West, Hamm-Lippstadt, Rhein-Waal und eines Tages für die Fachhochschule für Gesundheitsberufe, wenn keine Hochschulpaktmittel mehr von Bund fließen sollten? Sollen die Hochschulen dann ihre erfolgreiche Arbeit einstellen?

Bereits jetzt haben wir den Zenit bei der Höhe der Hochschulpaktmittel überschritten. In diesem Jahr stehen bereits weniger Mittel als letztes Jahr aus dem Hochschulpakt zur Verfügung. Sie selbst haben sich für eine Umwidmung von 10 % der Mittel für die Absenkung der Abbrecherquoten im Hochschulpakt III verwandt.

Meine Damen und Herren, jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

auch wenn Sie mit diesem haushalterischen Grundgesetz eine gewisse Schwierigkeit haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abel?

Angela Freimuth[*)] (FDP): Nein, das tue ich nicht. Danke, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Okay.

Angela Freimuth[*)] (FDP): Masterplätze, Fachhochschulen, Abbrecherquoten und die sinkende Höhe der Hochschulpaktmittel führen unweigerlich zu der Frage, was mit den Bachelorplätzen wird. Dazu hat die Landesregierung – das habe ich zur Kenntnis genommen – ausgeführt – ich zitiere –:

> „Mit den Hochschulen des Landes wurden Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Aufnahme von Studienanfängern im ersten Hochschulsemester geschlossen, die ein ausreichendes Angebot für die Erstausbildung sicherstellen. Diese Zielvereinbarungen gelten ohne Einschränkungen weiter."

Meine Damen und Herren, die Hochschulen müssen damit die gleichen Aufgaben bei insgesamt weniger Hochschulpaktmitteln stemmen. Seriös sieht anders aus. Seit Längerem beklagen die Hochschulen die nicht auskömmliche Grundfinanzierung. Solange das Land den Hochschulen diese nicht zur Verfügung stellt, werden diese die Mittel für die zusätzlichen Bachelorplätze in dem Ausmaß, wie sie bisher absehbar sind, nicht zur Verfügung stellen können. Das zu ignorieren, wäre fahrlässig.

Insoweit ist der Antrag der CDU nicht durch Regierungshandeln erledigt. Gerade die Aufarbeitung der Anfängerzahlen für Bachelor- und Masterstudienplätze zur Ermittlung des zukünftigen Bedarfs – Herr Präsident, das ist dann auch meine Schlussbemerkung – ist doch für die weitere Planung – da bin ich der Kollegin Dr. Seidl sehr dankbar, dass Sie ebenfalls darauf hingewiesen hat – wichtig. Wir müssen doch valide Planungsgrundlagen und auch Klarheit haben bei der Frage, nach welchen Kriterien wir solche Bedarfsschätzungen machen. Das haben die Kollegen der Union zu Recht angemahnt. Deswegen werden wir diesem Antrag, der nicht durch Ihr Handeln erledigt ist, auch zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Das überrascht mich jetzt!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Studierende! Herr Schultheis hat bereits einen historischen Überblick gegeben, und Herr Berger hat die Geschichte des Antrags dargelegt. Deshalb muss ich nicht alles wiederholen oder den Antrag erklären. Der Antrag ist vielleicht durchaus überholt. Aber damit wird die CDU niemanden mehr überholen. Denn der Antrag kommt an dieser Stelle viel zu spät. Ob der Antrag Druck ausgeübt hat, lasse ich an der Stelle einmal offen. Dass es diesen Effekt natürlich gibt, das wissen wir.

(Dietmar Bell [SPD]: Haben Sie sich unter Druck gesetzt gefühlt?)

Der Antrag ist jetzt passé, weil die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund den Hochschulpakt III aufgelegt hat, indem er den Ausbau von Masterplätzen bereits beschlossen hat. Insgesamt sollen 60.000 neue Masterplätze bis 2020 entstehen. Frau Seidl sprach von 65.000 und hat dieses Programm bereits ausreichend erläutert.

Die Erhöhung bedeutet allerdings keine Masterplatzgarantie so, wie wir sie fordern. Es ist keine Garantie für alle Studierenden. Die Studierenden sind übrigens wie viele Wirtschaftsvertreter zu der Einsicht gelangt, dass der Bachelortitel allein keinesfalls ausreicht, weshalb sie den Master als nächsthöheren Abschluss anstreben.

Die Aussage eines Personalers: Wenn sich jemand bewirbt, der nur den Bachelorabschluss hat, frage ich mich natürlich, warum er oder sie das Studium abgebrochen hat. – Diese Aussage sagt viel über die Absicht und dann auch über die Realität von Bologna aus. Frau Freimuth hat es bereits gesagt: Das Nachfrageverhalten wurde falsch eingeschätzt, weil – das ergänze ich – der Bachelorabschluss nicht das ist, was er sein sollte.

Auch hat Frau Freimuth bereits angedeutet: Hinzu kommt, dass die Mittel nicht verstetigt, sondern wiederum nur Programmmittel sind. Wir wissen, auch

die besten Programme laufen irgendwann aus. Das bedeutet, dass nach 2020 nicht klar ist, ob es die Finanzierung weiterhin geben wird.

Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass wir bis 2020 wieder zu Diplom und Magister zurückkehren. Der Masterabschluss muss deswegen zwingend ein Erfolgsmodell werden.

Ich meine, dass dem Bachelor nun der nötige Glanz verliehen werden muss,

> (Zuruf von den GRÜNEN: Ihrer Rede merkt man das aber nicht an!)

vor allem aus der Fragestellung heraus: Wie können wir qualifizierten Nachwuchs für die Forschung und die Wissenschaft gewinnen? Nichts verleiht dem Bachelor so viel Glanz und auch Berechtigung wie die Masterplatzgarantie.

Es müssen genügend Masterplätze zur Verfügung stehen. Wir sehen da zwar mittlerweile Teilerfolge, wir begrüßen auch das Verhandlungsergebnis, aber stellen wir eine andere Frage, dann reichen die Plätze rechnerisch nicht mehr aus: Warum soll den Studierenden, die bereits zwei Jahre studiert haben und sich weiter qualifizieren möchten und den Masterabschluss anstreben, gesagt werden: „Wir haben keine Studienplätze für euch! Verlasst die Hochschule! Hier ist kein Platz für euch!“? – Das geht so nicht.

Aus Piratensicht sind Sie gegenüber den Studierenden, die keinen Masterplatz bekommen, aber weiterhin in der Pflicht, zu erklären, warum ausgerechnet an diesem Punkt, also nach Erwerb des Bachelors, ihr Recht auf Bildung enden soll.

Ich finde es fahrlässig, in einer Arbeitswelt, die möglichst hohe Qualifikation voraussetzt, vielen Studierenden aus finanziellen Gründen die Chance zu verbauen.

Na gut, das ist eine grundlegende Frage, auf die Sie, Frau Ministerin, antworten müssen. Eben sprach ich von Programmmitteln. Bevor hier Missverständnisse aufkommen: Das Programm ist erst einmal okay; es ist allerdings nicht perfekt. In der Anhörung haben besonders die Fachhochschulen im Ausbau der Masterkapazitäten einen Vorteil ausgemacht, da sie dann ihren Forschungsanteil deutlich erhöhen können.

Interessant ist der Aspekt des Übergangs zwischen Bachelor und Master, wenn der Hochschultyp gewechselt wird. Dazu hat Prof. Sternberg von der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen Folgendes gesagt:

> „Bei diesem Übergang zwischen Hochschultypen, darf es nicht um den Hochschultyp gehen. Es muss um die fachliche Qualifikation gehen. … Es ist durchaus in Ordnung, wenn man für einen Masterstudiengang gewisse Zugangsqualifikationen fordert. Das darf aber nicht davon abhängen, an welchem Hochschultyp man den Bachelor erworben hat. Das gilt umgekehrt natürlich auch für die Fachhochschulen. ... In diesem Zusammenhang kann man dann diskutieren, wie viel Volkswirtschaft ein Bachelorabsolvent der Betriebswirtschaft können muss, damit er einen Masterstudiengang an den Universitäten machen darf.“

Das unterschreibe ich so.

Ich finde, auch diese Form der Diskriminierung muss endlich angegangen werden. Aber das ist natürlich nicht Sache dieses Antrags.

Wir haben den Antrag im Ausschuss abgelehnt. Ich empfehle dies auch heute so zu tun, weil er eben überholt ist, sich überlebt hat und in klassischer Weise das Thema verfehlt. – Vielen Dank.

> (Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bayer. – Für die Landesregierung hat nun das Wort Frau Ministerin Schulze.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, in dem Wintersemester nach dem doppelten Abiturjahrgang hatten wir 111.000 junge Menschen, die ein Studium in Nordrhein-Westfalen aufgenommen haben. Im laufenden Wintersemester sind es jetzt 106.000, also rund 5.000 Erstsemester weniger. Es ist auch klar, dass die jetzt durch die Hochschule durchwachsen, dass es also eine größere Nachfrage nach Masterstudienplätzen geben wird.

Wir haben zunächst gesagt: Wir versuchen, es mit dem Bund zu verhandeln und in dem aktuellen Hochschulpakt III eine Masterkomponente einzuführen. Das ist nicht möglich gewesen. Wir haben damals schon angekündigt, dass wir dann ein eigenes Masterprogramm machen. Das haben wir nun gemacht, und die Hochschulen werden gut darauf vorbereitet sein, was da kommt. Bis zum Jahre 2020 werden insgesamt 65.000 zusätzliche Masterstudienplätze eingerichtet. Dafür stehen bis zu 700 Millionen € zur Verfügung. Die Hochschulen gehen erst einmal davon aus, dass diese Mittel reichen. Ich glaube, die sind sehr nah dran und wissen, was wir da brauchen.

Ich habe keine Zweifel daran, dass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die steigende Nachfrage

nach Masterstudienplätzen ebenso vorbildlich meistern werden, wie sie das beim doppelten Abiturjahrgang mit den Bachelorplätzen gemacht haben.

Sie haben immer gesagt: Das wird nicht funktionieren. Die Welt geht unter. – Die Welt ist nicht untergegangen, und das hat funktioniert. Das wird auch bei den Masterstudienplätzen so sein.

Ein bisschen wundert mich, Herr Dr. Berger, warum Sie so wenig Zutrauen in die Autonomie der Hochschulen haben.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

– Ja, das wundert mich wirklich. – Sie wollen, dass wir ganz genau festlegen, an welcher Hochschule welche Masterplätze und in welchem Fach ganz genau darunter gefasst werden. Wir haben da ein ganz anderes Zutrauen, ich habe da ein ganz anderes Zutrauen in die Erfahrungen der Hochschulen und darin, dass die schon ganz genau wissen, wo man da am besten Masterplätze einrichtet. Deswegen haben wir mit den Hochschulen die Anzahl der Plätze vereinbart. Die Hochschulen werden sie genau dort einrichten, wo sie eben nachgefragt und auch gebraucht werden.

Ich fand die Anhörung, die der Landtag durchgeführt hat, sehr interessant, weil im Ausschuss bestätigt wurde, dass es richtig ist, was die Landesregierung da macht.

(Beifall von der SPD)

Alle eingeladenen Expertinnen und Experten haben das landeseigene Masterprogramm ausdrücklich begrüßt. Der Ausbau der Masterstudienplätze erfolgt nicht zulasten der Aufnahmekapazitäten für die Erstausbildung. Wir können davon ausgehen, dass der geschätzte Bedarf durch das Masterprogramm wirklich ausreichend gedeckt ist. Wenn nicht, dann werden wir nachsteuern.

Frau Freimuth, vielleicht sollten Sie einmal mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Bund sprechen, weil der Bund uns immer wieder für unsere transparente Art der Abrechnung und dafür lobt, wie wir mit den Mitteln umgehen.

(Beifall von der SPD)

Da wird nichts vertuscht, da wird nichts versteckt. Wir haben da eine sehr transparente Herangehensweise, die mit dem Bund abgestimmt ist.

Meine Damen und Herren, es liegt auf der Hand, welche Ziele die Landesregierung beim Ausbau der Masterstudienplätze verfolgt. Wir bereiten die Hochschulen auf die steigende Nachfrage vor, damit die Studierenden in den Bachelorstudiengängen eine klare Perspektive erhalten. Ich bin den Verantwortlichen in den Hochschulen dankbar dafür, dass sie dieses Programm gemeinsam mit uns umsetzen.

Ich glaube, dass Ihre Unkenrufe genauso verhallen werden, wie das beim Bachelor schon der Fall war. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind wir am Ende der Beratung dieses Antrags.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung empfiehlt in Drucksache 16/7798, den Antrag Drucksache 16/5041 abzulehnen. Wir stimmen also nicht über die Beschlussempfehlung ab, sondern über den Antrag selbst. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen den Antrag? – SPD und Grüne sowie die Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/5041** mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 18. März 2015, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Nachmittag und eine arbeitsreiche Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:16 Uhr

---

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.